Nr. 195. 24. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Erdrosselung der freien Hülfskassen und freie Bahn für Schwindelkassen.

II.

Worin liegt die Aenderung gegenüber dem bisherigen Zustande?

Der Entwurf wirft die Rechte der Arbeiterklasse auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens für ganz Deutschland weit hinter das Niveau zurück, das ihnen in Preußen vor 1869 eingeräumt war und liefert die Rechte der Arbeiterklasse auf diesem Gebiete der Willkür der Behörde und der Vertreter der Großindustrie aus.

Vor einem Eingehen auf die Unterschiede zwischen der heutigen und der geplanten Gesetzgebung dürfte ein historischer Rückblick auf die Entwickelung der Kassengesetzgebung am Platze sein.

Bis 1869.

Die preußische Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 erleichterte in den §§ 144, 145, 168, 169 die Bildung von Unterstützungskassen: sie ließ neben den Innungskassen Ortsstatute zu, durch die Fabrikarbeiter unter Mitheranziehung der Arbeitgeber zum Beitritt zu Kassen gezwungen werden konnten. Das treibende Motiv zu dieser Art Fürsorge in Krankheitsfällen war die erhebliche **Armenlast**, die einigen Gemeinden mit dem Anwachsen der Großindustrie aus der Zunahme der Zahl erkrankter Fabrikarbeiter erwuchs. Denselben Weg, wie die Gewerbeordnung von 1845 beschritt eine Verordnung vom 9. Februar 1849. Ob neben diesen Zwangskassen sich **Vereine von Arbeitern auf freier Uebereinkunft** bilden durften, war zweifelhaft. Die Regierung vertrat insbesondere in der Reaktionszeit der fünfziger Jahre die Ansicht, solche Vereine seien nur mit **behördlicher Genehmigung** zulässig. Ein Teil der Gerichte vertrat den entgegengesetzten Standpunkt: aus dem **Vereinsrechte** folge auch das Recht, sich zu Zwecken gegenseitiger Unterstützung in Krankheits-, Sterbefällen, für Reisezwecke usw. zu verbinden. Von solchen im Jahre 1848 errichteten Vereine zur Fürsorge in Krankheitsfällen seien der „Gesundheitspflegeverein" des deutsch-sozialen Arbeiterbundes, der „Gutenbergbund" des deutsch-nationalen Buchdruckervereins, der „Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker" des Deutschen Buchdruckerverbandes, der Zigarrenarbeiterverband erwähnt. Sie hatten recht lebhaft unter behördlichen Vexationen zu leiden. Das unsinnige Wüten gegen solche Vereine, insbesondere in der Reaktionszeit der fünfziger Jahre, wurde durch die Rücksicht auf die großen Armenlasten der Gemeinden etwas gemildert. Im Januar 1854 gelangte im Abgeordnetenhause ein Antrag des Abgeordneten Reichensperger (Geldern) zur Beratung, eine besondere Kommission mit Untersuchung der Fragen zu beauftragen:

1. In welcher Weise die aus der Lage der Fabrikarbeiter, beziehungsweise der Handwerksgesellen, erwachsende **Belastung der Gemeinden** und Wohltätigkeitsanstalten abzuwenden oder zu erleichtern sei;

2. ob und unter welchen Bedingungen die Gründung von Kassen zur gegenseitigen Unterstützung derselben und der Beitritt in jene Kassen sowohl seitens der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer zu einer **Zwangspflicht** erklärt werden könne.

Bald darauf legte die preußische Regierung einen Gesetzentwurf vor, der dem Uebel dadurch zu steuern suchte, daß er der Regierung die Ermächtigung verlieh, eventuell ihrerseits statt der Gemeinden ortsstatutarische Krankenkassen mit Zwangsbeitrittspflicht zu errichten. In der Begründung wies die Regierung auf den in der Gewerbeordnung von 1845 und der Verordnung von 1849 beschrittenen Weg hin und legte dar, daß von dem Recht, Ortsstatute mit Beitragspflicht der Arbeitgeber zu erlassen, bislang nur — 58 Gemeinden Gebrauch gemacht hätten. Als Grund für diese Rückständigkeit führten die Motive an: „teils gebricht es den Gemeindevertretungen an der richtigen Erkenntnis und Würdigung jener Vorteile, **teils haben die Fabrikanten ihren Einfluß dahin geltend gemacht, um sachgemäße Beschlüsse zu hintertreiben**, teils hat sich da, wo die obwaltenden Verhältnisse die Einführung der beabsichtigten Anordnungen nur durch übereinstimmende Einrichtungen in mehreren nebeneinander belegenen Gemeindebezirken möglich machten, eine kongruierende Beschlußnahme aller beteiligten Vertretungen nicht herbeiführen lassen." Die Kommission ließ dahingestellt, ob die geringe Anwendung der gesetzlichen Vollmachten durch die Gemeinden **„dem überwiegenden Einfluß der durch solche Anordnungen zunächst betroffenen Arbeitgeber oder aber dem Mangel lebendiger Teilnahme an dem Wohl und Wehe der arbeitenden Klasse oder anderen Verhältnissen zuzuschreiben"** sei, jedenfalls stehe die Tatsache fest, daß überhaupt nur etwa 230 solcher Unterstützungskassen, darunter nur einige 60 mit Beitragspflicht der Arbeitgeber (der Handelsminister von der Heydt gab in der Sitzung vom 2. März 1854 die Zahlen auf 239 und 66 an) bestehen. Die Kommission und der Landtag stimmten dem Gesetzentwurf zu, der als **Gesetz vom 3. April 1854** dann publiziert wurde. In der Debatte über dies Gesetz spielte wie auch in den späteren Debatten über eine hinlängliche Fürsorge der Arbeiterklasse die Besorgnis eine Rolle „es sei das Gesetz mit dem Makel des Kommunismus behaftet, es trete in eine bedenkliche Sphäre hinein."

1869 bis 1875.

In dem Entwurf der deutschen Gewerbeordnung vom Jahre 1869 (§ 140) wurde die Entwickelung des gewerblichen Hülfskassenwesens von der Regierung als eine Aufgabe der Gemeinde- und Staatsverwaltungen aufgefaßt, die für die acht älteren preußischen Provinzen geschaffene Gesetzgebung ortsstatutarischer Zwangskassen sollte auf das Reich übertragen werden. Sie wurde in den Motiven als eine **„unentbehrliche Ergänzung zur lokalen Armenpflege"** bezeichnet. Dies Vorhaben stieß auf lebhaftesten Widerspruch. Die Verschiedenartigkeit der tatsächlichen Entwicklung der Gewerbe, die außerordentliche Mannigfaltigkeit des Rechtszustandes in Deutschland auf diesem Gebiete, die Unzulänglichkeit der altpreußischen Gesetzgebung, vor allem günstige Erfahrungen, **die mit dem auf freier Uebereinkunft beruhenden Unterstützungswesen in England, Frankreich, der Schweiz und einer Reihe von** deutschen Landesteilen gemacht waren, stellten sich der von der Regierung vorgeschlagenen Regelung als unüberwindliche Hindernisse entgegen. Man gelangte schließlich zu einem Kompromiß, dessen wesentlichster Teil (§ 141) dahin ging:

Bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes bleiben die Anordnungen der Landesgesetze über die Kranken-, Hülfs- und Sterbekassen für Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter in Kraft.

Die durch Ortsstatut oder Anordnungen der Verwaltungsbehörden begründete Verpflichtung der Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter, einer bestimmten Kranken-, Hülfs- oder Sterbekasse beizutreten, wird indessen für diejenigen aufgehoben, welche nachweisen, daß sie einer anderen Kranken-, Hülfs- oder Sterbekasse angehören.

Zugleich nahm der Reichstag am 1. Mai 1869 folgende Resolution, die auf Erleichterung der Schaffung auf freier Uebereinkunft aufgebauter Hülfskassen abzielte:

den Bundeskanzler aufzufordern, dem Reichstag in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches **Normativbedingungen** für die Errichtung von Kranken-, Hülfs- und Sterbekassen für Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter anordnet und die Beitrags- und Beitrittsverhältnisse der unselbständigen Arbeitnehmer sowie die Beitragsverhältnisse der Arbeitgeber regelt.

Von **sozialdemokratischer Seite (Dr. Schweitzer, Frühsche und Hasenclever)** war folgender Antrag gestellt, aber gegen alle bürgerlichen Stimmen abgelehnt:

Der Gewerbeordnung als Titel IX einzufügen was folgt:

§ — Alle Vereinigungen, welche den Zweck haben, durch gemeinsame Kassen, Arbeitseinstellungen oder sonstige gesetzliche Mittel die soziale Stellung und insbesondere die Lohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern (die sogenannten Trade-Unions, Gewerkschaften, Arbeiterschaften) unterliegen in keiner Weise einer polizeilichen Ueberwachung. Ebensowenig ist der Polizei gegenüber eine Anzeige, eine Einreichung der Mitgliederliste oder eine sonstige Formalität nötig. Es gilt dies auch dann, wenn eine solche Vereinigung mit Kranken-, Invaliden- oder ähnlichen Spezialkassen verbunden ist.

§ —. Es darf diesen Vereinigungen nicht durch Landesgesetze verboten werden, mit anderen ähnlichen Vereinigungen des In- oder Auslandes in beliebige vorübergehende oder organisch dauernde Verbindung zu treten.

Die Rechtslage wurde für die freien Hülfskassen, die von Arbeitern selbst gebildet waren und unter deren alleiniger Verwaltung standen, in den nächsten Jahren etwas günstiger. Die Gerichte entschieden insbesondere in den Gebieten des gemeinen Rechts (wie Schleswig-Holstein, Kassel, Bremen, Hamburg), in denen die Bildung von Kassenvereinen oder die Unterstützungen durch Gewerkschaften als Ausfluß des Vereinsrechts betrachtet wurde, aber auch in den älteren preußischen Landesteilen: **die freiwilligen Arbeiter-Unterstützungskassen, auf Gegenseitigkeit beruhend, bedürfen keiner staatlichen Genehmigung und unterliegen nicht der staatlichen Aufsicht.** Die preußische Regierung hielt trotzdem an der Anschauung fest, daß nur **behördlich genehmigte Kassen** legale seien und allein solche vom Beitritt zu den ortsstatutarisch errichteten befreit wären. Der Handelsminister Itzenplitz gab in einem Erlaß vom 15. Oktober 1872 dieser verkehrten, den Gerichtserkenntnissen entgegengesetzten Anschauung Raum und verlangte, im Verwaltungswege von dieser Anschauung nicht abzugehen. Im Reichstag kam es wiederholt zur Besprechung über diese zwischen Gerichten und Verwaltung herrschende Dissonanz. Der Zustand war unhaltbar, zumal in mehreren deutschen Staaten (z. B. Hamburg und Sachsen) die Krankenversicherungspflicht für jeden Fabrikarbeiter bestand.

1875 bis 1892.

Im Jahre 1875 legte die Regierung den Entwurf eines Hülfskassengesetzes und einen damit zusammenhängenden Gesetzentwurf betreffend Abänderungen der §§ 141 ff. der Gewerbeordnung vor. Nach dieser Gewerbeordnungsnovelle konnte die Bildung gegenseitiger Hülfskassen durch Ortsstatut oder durch die höhere Verwaltungsbehörde angeordnet werden. Das Gesetz über die gegenseitigen Hülfskassen stellt Normativbestimmungen auf. Vereine, welche diese Bestimmungen einhalten, erhalten als eingeschriebene Hülfskassen Rechtsfähigkeit und unterstehen behördlichen Eingriffen nur in dem durch das Gesetz begrenzten Umfang. **Völlige vereinsrechtliche Freiheit** wollte die Regierung und die Mehrheit des Reichstages den Hülfskassen nicht einräumen. Eine Reihe von Vorschriften zielte vielmehr darauf ab, zu hindern, daß die Hülfskassen mit anderen Organisationen in Verbindung treten, ein anderer Teil wollte eine Bevormundung durch die Behörde von hinten herum wieder einführen. Besonders heiß umstritten wurde die Vorschrift in § 6 Abs. 2 des damaligen Entwurfs:

„Den Mitgliedern darf die Beteiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nicht zur Bedingung gestellt, sowie die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Kassenzweck in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden."

Zur Begründung dieser aus Furcht vor Arbeitervereinen diktierten Vorschrift hieß es in den **Motiven**: „Inwieweit bisher die Verbindung von Hülfskassen mit anderweitigen Organisationen zu üblen Folgen tatsächlich geführt hat, mag hier dahingestellt bleiben. Zweifellos ist es, daß die Verbindung Folgen nach sich ziehen kann, deren neuerlichen Eintritt die Gesetzgebung nicht außer Betracht lassen darf. **Vereinen, deren politische, religiöse oder wirtschaftliche Tendenzen der Staat zu bekämpfen Anlaß hat,** wurde dadurch der Weg geebnet, eine kräftige Organisation zu gewinnen und mittels dieser gegen die staatliche Ordnung erfolgreicher vorzugehen. Eine Scheidung zwischen den verschiedenen Vereinsrichtungen in der Art, daß gewissen Vereinen grundsätzlich die Verbindung mit den Kassen untersagt würde, erscheint als ein vergeblicher Versuch." (S. 36 der Motive, Drucks. 15, Session 1875.)*) In der Kommission wurde diese Behinderung des Rechts der Arbeitervereine durch Streichung der Worte: „die Beteiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nicht zur Bedingung gestellt, sowie" beseitigt. Im Plenum stellte **Heyl** (jetzt Freiherr von Heyl zu Herrnsheim) auf Wiederherstellung und Verschärfung der Vorschriften der Regierungsvorlage gerichtete Anträge. Sie wurden unter anderem von Bebel und Moufang bekämpft und im Plenum abgelehnt. Der Vorschlag der Kommission wurde in der zweiten Lesung im Plenum des Reichstags bestätigt. Zur dritten Lesung war von Dr. Oppenheim und Genossen die jetzige Fassung: „Der Beitritt darf von der Beteiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nur dann abhängig gemacht werden, wenn eine solche Beteiligung für sämtliche Mitglieder bei Errichtung des Versicherungsvereins durch die Satzung vorgesehen ist. Im übrigen darf den Mitgliedern die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Zweck des Versicherungsvereins in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden", als Kompromiß vorgeschlagen und nach lebhafter Bekämpfung insbesondere auch durch die ultramontanen Abgeordneten Freiherrn **v. Heeremann** und **Moufang** angenommen. **Moufang** bekämpfte es lebhaft, daß man suche, die Arbeiterklasse „von dem Boden der Freiheit zurückzudrängen und ihnen selbst für das kleine Werk, nämlich für den Fall der Krankheit aus eigenen Mitteln Vorsorge zu treffen, **die Befugnis nur unter hoher Staatsbefugnis und mit ungeheuren Kautelen und zahlreichen Schwierigkeiten einzuräumen".**

Die Sozialdemokratie legte ihre gegen das Gesetz in seiner Gesamtheit gerichtete Stellung in der dritten Lesung durch Geib dar. Sie war wie schon 1869 gegen Kassenzwang, aber für Zwangskassen und zwar für jeden Deutschen eingetreten und hatte die Einmischung der Gemeinden und Arbeitgeber in der Gewerbeordnungsnovelle und die Einmengungen und Bevormundungen bekämpft, wie sie das Hülfskassengesetz trotz der Abschwächungen des Entwurfs durch den Reichstag enthielt. Das Gesetz wurde unter dem 7. April 1876 publiziert.

Die Scherereien, deren sich Hülfskassen schon nach wenigen Jahren zu erfreuen hatten, waren recht erheblich. So mußte in Breslau eine Kasse zwei Jahre lang warten bis sie zugelassen wurde: Die Statuten wurden zurückgezogen, weil sie — einen orthographischen Fehler enthielten. An einem anderen Ort erklärte ein Bürgermeister: es werde sich schon ein Haken finden. Der Bürgermeister in Kamenz verweigerte im Jahre 1883 der Tischlerkasse die von ihm auszustellende Bescheinigung, da am 1. Dezember das Krankenversicherungsgesetz in Kraft trat und er nicht dulde, „daß dazwischen gequirlt wird". In ähnlicher Weise wurde der kaufmännischen Hülfskasse in Görlitz die Zulassung verweigert usw. usw.

Die im Jahre **1884 vorgelegte Novelle zum Hülfskassengesetz** enthielt die durch die Krankenversicherungsgesetzgebung von 1882 notwendig gewordenen Anpassungen, daneben aber eine Reihe Verschärfungen des Aufsichtsrechts und Verschlechterungen des Selbstverwaltungsrechts, um die Kassen dem sozialdemokratischen Einflusse zu entziehen. Vorher hatte die „Provinziallkorrespondenz" und der von Hermes, Parisius und Eugen Richter herausgegebene „Reichsfreund" vor den „Krankenkassen der Sozialdemokraten" gewarnt und sie als „Kassen der Herren Bebel und Genossen" bezeichnet. Die von der Regierung vorgeschlagene Bestimmung, **die Leiter von General- und Mitgliederversammlungen mit Geldstrafe bis zu 300 Mark zu bestrafen, wenn sie in diesen Versammlungen Besprechungen über öffentliche Angelegenheiten zuließen,** wurde vom Reichstag freilich als zu weitgehend abgelehnt. Wird der jetzt von der Regierung vorgelegte Entwurf Gesetz, so kann die Aufsichtsbehörde aus allen möglichen ihr passend erscheinenden Gründen Geldstrafen bis 1000 M. androhen und festsetzen. Im Jahre 1892 wurden den Hülfskassen durch Anpassungen an die Krankenversicherungsnovelle größere Pflichten wie zuvor auferlegt.

Im Zusammenhang mit diesem geschichtlichen Rückblick sei daran erinnert, daß im Jahre 1900 die Hoffmannschen Pläne zur Rasierung des Selbstverwaltungsrechtes der Ortskrankenkassen durch Angliederung an die Gemeindeverwaltungen auftauchten und daß im Mai desselben Jahres der durch den „Vorwärts" veröffentlichte Geheim-Erlaß über die Krankenkassenfrage erging. In diesem wurden die höheren Verwaltungsbehörden aufgefordert, sich darüber zu äußern, **ob sich ein** Anschluß der Ortskrankenkasse an die Gemeindeverwaltung empfiehlt, ferner ob eine **Verstärkung der Befugnisse der Aufsichtsbehörden** notwendig sei und ob die **Hülfskassen** als gleichberechtigte Träger der Krankenversicherung beibehalten oder nur noch als Zuschußkassen zugelassen werden sollen.

Im Frühjahr 1903 wurde versucht, durch die Krankenkassennovelle das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen zu beschneiden. Der Vorlage wurden durch die Sozialdemokratie jedoch die Hauptgiftzähne gezogen und gleichzeitig das Verwaltungsstreitverfahren auch gegen die im Gesetz umgrenzten Befugnisse der Aufsichtsbehörde durchgesetzt. Zwei Jahre später, am 2. Juni 1905, versprach der Reichskanzler im Herrenhause, „Remedur dagegen zu schaffen, daß es der Sozialdemokratie gelungen ist, sich der Krankenkassen zu bemächtigen".

Diese Erinnerungen an den Werdegang auf dem Gebiete der Kassengesetzgebung dürften zur Aufklärung über den Zweck des jetzigen Entwurfs beitragen.

*) Auf diese Begründung nimmt der im Mai dieses Jahres vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes über die Hülfskassen" ausdrücklich Bezug.

Hochverrat.

Wir meldeten dieser Tage, daß das Unerwartete, ja Unglaubliche doch Ereignis geworden sei, daß der Ferienfenat des Reichsgerichts beschlossen habe, gegen den Genossen Liebknecht die Anklage des Hochverrats zu erheben, der durch Auslassungen in seiner bekannten Broschüre über den Militarismus begangen worden sein soll.

Man hätte die Entschließung des Reichsgerichts schon deshalb für ausgeschlossen halten sollen, weil der Vertreter der Anklage, der Oberreichsanwalt, sauerste Mühe gehabt hat, Handhaben für die Konstruktion des Delikts zu finden. Die Ansichten des Oberreichsanwalts haben stark gewechselt, obwohl oder gerade weil ihm seit Beginn seiner Amtswaltung gegen den Genossen Liebknecht vom April bis zum Juli Zeit genug zur Verfügung gestanden hat. Als seinerzeit die Schrift unseres Genossen vom Leipziger Amtsgericht mit Beschlag belegt wurde, geschah das, weil der Oberreichsanwalt in der Schrift die hochverräterische

Absicht entdeckt zu haben glaubte, einen Krieg Frankreichs gegen Deutschland anzuzetteln. Von dieser wundersamen Interpretation der Broschüre ist der Oberreichsanwalt bei längerem Nachdenken denn doch zurückgekommen. Die Anklage basiert nicht auf dem § 85 des Strafgesetzbuches, der die „durch öffentliche Ausstellung von Schriften" usw. begangene Aufforderung zur „Ausführung" einer hochverräterischen Handlung mit drakonischen Strafen bedroht, sondern stützt sich auf den § 86, der ganz allgemein „vorbereitende Handlungen" zu einem „hochverräterischen Unternehmen" zwar mit erheblich geringerer, aber im Minimalfalle immer noch höchst erklecklicher Freiheitsentziehung ahndet.

Es handelt sich also, wie wir schon am 13. August hervorhoben, genau um den mit dem § 66 des preußischen Strafgesetzbuches korrespondierenden Paragraphen des deutschen Strafgesetzbuches, gegen dessen älteren Zwillingsbruder sich vor jetzt 43 Jahren Ferdinand Lassalle zu verantworten hatte! Diese Staatsaktion, mit der damals, am 12. März 1864, der Staatsgerichtshof zu Berlin bemüht wurde, fiel so glänzend ins Wasser, daß man hätte erwarten sollen, daß fast ein halbes Jahrhundert später dem Deutschen Reiche ein ähnliches Schauspiel erspart werden würde. Gleichwohl ist nunmehr die Anklage erhoben worden, und zwar auf Grund eines unvergleichlich dürftigeren Indizienmaterials, als es der Anklage gegen Lassalle zugrunde lag!

Auf wie schwachen Füßen die Anklage gegen den Genossen Liebknecht steht, zeigt folgende Darstellung der „Leipziger Volkszeitung":

„Ist denn irgend wer so naiv, anzunehmen, daß die Schrift des Genossen Liebknecht beschlagnahmt worden wäre, oder — wenn schon beschlagnahmt — daß sie von den Gegnern der Partei nicht ausgebeutet worden wäre, wenn ein Wort darin zu entdecken wäre, das nur entfernt nach Hochverrat aussähe? Sie ist in der Tat ein sonderbares Kompliment, diese Anklage, für die Meute des Reichslügenverbandes, der sonst sozialdemokratischen Hochverrat auszuschnüffeln weiß, nach der Methode, die schon der vormärzliche Dichter gegeißelt hat:

Es ist ein rechtes Elend mit dem Hochverrat,
Er ist so schlimm, ja schlimmer selbst als Flöhe!
Allüberall zudringlich hüpft er einen an.
Schneuz' ich die Nase — aber nein! 's ist Hochverrat.
Kratz' ich am Kopfe — wehe mir! 's ist Hochverrat.
Ja, selbst ins Bette leg' ich mich des Nachts mit Angst,
Daß mir ein hochverräterischer — Traum entfährt.

Also — selbst die patentiertesten Hochverratsschnüffler haben keinen Hochverrat in der Broschüre des Genossen Liebknecht entdeckt, und auch der Oberreichsanwalt ist seiner Sache so wenig sicher, daß er, als er die Beschlagnahme der Schrift beim Leipziger Amtsgericht beantragte, den Hochverrat in der angeblichen Anzettelung eines deutsch-französischen Krieges durch den Genossen Liebknecht erblickte, eine so ungeheuerliche Konstruktion, daß er sie — äußerem Vernehmen nach — in der Anklage hat fallen lassen und nunmehr den Hochverrat in anderen Ausführungen der Schrift entdeckt. Wir sagen: äußerem Vernehmen nach, denn der Oberreichsanwalt hat auch die Anklageschrift mit besonderen Kautelen der Geheimhaltung umgeben, so daß sie sich einstweilen unserer Kenntnis entzieht. Und nach diesem Vorgehen darf man erwarten, daß er vor dem Reichsgericht beantragen wird, die Verhandlung vor verschlossenen Türen zu führen, worauf gewiß das Reichsgericht nicht eingehen wird, da sein Urteil nicht ebenso das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen haben wird, wie die Anklage des Oberreichsanwalts sie zu scheuen scheint.

Betrachten wir einmal diese Anklage durch einige Zitate aus der Schrift Liebknechts. Das Verbrechen des Hochverrats, den unser Genosse begangen haben soll, setzt voraus die Aufforderung zu einer bestimmten gewaltsamen, auf die Aenderung der Reichsverfassung abzielenden und in absehbarer Zeit auszuführenden Handlung. Fordert nun Liebknecht zu einer solchen Handlung auf? In seinem Kapitel über „antimilitaristische Taktik" führt er aus, das letzte Ziel des Antimilitarismus sei Beseitigung des Militarismus, das heißt Beseitigung des Heeres in jeder Form, und dann fährt er fort:

Dieses Ziel würde auch das Proletariat nur unter der Voraussetzung sofort verwirklichen dürfen, daß ein internationaler Zustand besteht, in dem jede Notwendigkeit, das Heer im Interesse des Proletariats zu verwenden, ausgeschlossen ist, wobei die Interessen des Proletariats den nationalen Interessen keineswegs zu widersprechen brauchen.

Dann erklärt Liebknecht die Beseitigung der Kriegsmöglichkeiten durch die Schaffung eines Weltbundesstaates „vorläufig" für „romantische Zukunftsmusik"; sie sei erst möglich, wenn das Proletariat sein Endziel erreicht habe und die kapitalistische durch die sozialistische Weltpolitik ersetzt sein werde

Liebknecht sagt dann weiter, mit der „internationalen Wehrlosmachung" liege es noch schlimmer. Sie bedeute nicht nur ein Aufgeben des militärischen Wettrennens zwischen allen Militärstaaten, sondern auch ein Preisgeben kapitalistischer Lebensinteressen, und führt dann aus:

Der Glaube, daß all dies unter der Herrschaft des Kapitalismus vor Erreichung jenes natürlichen, weltpolitischen Beharrungszustandes durchgesetzt werden könne, ist ein wahrer Köhlerglaube.

Weiter kommt Liebknecht auf die Idee Hervés zu sprechen, die tatsächlich vorhandenen Heere aktionsunfähig zu machen oder doch wenigstens in ihrer Aktionsfähigkeit zu lähmen. Er weist zunächst auf die praktischen Einwände gegen die Verwirklichung dieses Planes hin und sagt dann:

Aber die Hervésche Idee ist auch grundsätzlich nur dann annehmbar, wenn das Proletariat unter keinen Umständen und in keinem Falle ein Interesse an der Wehrhaftigkeit des Volkes besitzt. Und darum dreht sich folgerichtig der Hauptstreit, in dem der „realpolitische" Standpunkt Kautskys, der sich zutreffend mit der äußerlichen und irreführenden Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg nicht begnügt, vor dem verfliegenen und die praktische Lage verkennenden Antipatriotismus der Hervé-Föderation unbedenklich den Vorzug verdient; bis der wirtschaftliche und soziale Beharrungszustand, den die Sozialdemokratie erstrebt, die Aufhebung des Klassencharakters der Gesellschaft, international verwirklicht ist, gibt es Kriegsmöglichkeiten, denen sich auch die Sozialdemokratie, oder gerade die Sozialdemokratie, nicht verschließen kann.

Endlich bekennt sich Genosse Liebknecht ausdrücklich zu den Sätzen des Erfurter Programms: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volksheere an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege" und sagt dazu:

Es (das Erfurter Programm) weist damit den für die Gegenwart und nächste Zukunft unverkennbar utopistischen Standpunkt zurück, der sich nicht gegen den Militarismus, sondern gegen jede Art der Vorbereitung zum Kriege wendet, der nicht nur die Beteiligung an den vom Kapitalismus, von der politischen und nationalen Reaktion hervorgerufenen Kriegen, sondern die Beteiligung an jeder Art von Krieg prinzipiell verwirft, der nicht nur den Krieg bekämpft, sondern in phantastischer Weise die tatsächlichen Kriegsmöglichkeiten und die sich daraus ergebenden Konsequenzen hinwegzuleugnen versucht.

Und so rühmt es Liebknecht an den jungen Garden in Norddeutschland, daß sie den „anarchistischen Antimilitarismus, der sich auch in Deutschland bereits zu regen beginne, im Keime erstickten".

Man sollte denken: klarer und unzweideutiger läßt sich die Tendenz der Schrift nicht herausarbeiten, und man könnte höchstens dem Genossen Liebknecht den zwar nicht strafrechtlichen, aber literarischen Vorwurf machen, daß er sich allzugetreu an den Satz der Vorrede gehalten habe: „Meine Schrift macht sich nicht anheischig, etwas Neues zu sagen; sie soll nur eine Zusammenstellung bereits bekannten, meinethalben gemeinplätzlichen Materials sein."

Die „Leipziger Volkszeitung" betont schließlich mit Recht, daß es sich bei der Anklage gegen Liebknecht nicht um einen besonderen individuellen Fall handele, sondern um den Versuch, die Freiheit der deutschen Presse und Publizistik zu unterbinden!

In der Tat! Die Schrift Liebknechts bewegt sich durchaus in den Gedankengängen der deutschen Sozialdemokratie. Sie bekämpft den Hervéismus, aber sie vertritt, gleich der Sozialdemokratie Deutschlands, den Kampf gegen den deutschen Militarismus, dies reaktionäre Instrument der Feinde jeder gesunden nationalen und internationalen Entwickelung. Soll fortan dieser Militarismus Tabu sein? Soll die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr den junkerlichen Anachronismus des Kadavergehorsams kritisieren dürfen, dessen Widersinn unlängst selbst in dem führenden konservativen Organ, der „Kreuz-Ztg.", charakterisiert worden ist? Soll die Sozialdemokratie nicht mehr das Recht haben, zu fordern, daß die Armee, das „Volk in Waffen", die Exekutive des Volkes zu sein hat, nicht aber das Werkzeug kleiner Schichten der besitzenden Klasse?!

Diese Fragen sind brennend und überaus wichtig!

Noch zwar vermögen wir es nicht zu glauben, daß das Reichsgericht so schnurstracks aller modernen Kulturentwicklung zuwiderhandeln könne, um den Genossen Liebknecht zu verurteilen. Aber das deutsche Proletariat nicht nur, sondern das ganze deutsche Volk, das noch einen Rest demokratischen Empfindens besitzt, hat sich beizeiten aufzulehnen gegen den Versuch, jede Kritik dessen zu unterbinden, wozu das ostelbische Junkertum das deutsche Wehrsystem zu erniedrigen sucht!

Die Kolonialfrage auf dem Stuttgarter Kongreß.

Stuttgart, 21. August. (Privattelegramm.)

Am Sonntag wurde das von 25 Nationen beschickte Stuttgarter Arbeiterparlament unter brausenden Orgelklängen mit der Audorfschen Umdichtung des Lutherschen Kampfgesanges: „Eine feste Burg ist unser Gott", der Kirchenmarseillaise des aufsteigenden deutschen Protestantismus gegen die römische Hierarchie, eröffnet, und heute erst begannen die eigentlichen Plenarsitzungen des Kongresses. Gestern fand zwar schon eine Vollversammlung statt, aber sie kann kaum als Aufnahme der parlamentarischen Arbeitstätigkeit durch den Gesamtkongreß gelten, da die ganze Sitzung nur drei Stunden in Anspruch nahm und diese Zeit mit der Feststellung der parlamentarischen Geschäftsordnung, der Verlesung der aus allen Gegenden des Erdballs eingelaufenen Begrüßungstelegramme und der Diskussion des von der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei beim Internationalen Bureau gestellten Antrages, die Zulassungsbedingungen für die Internationalen Sozialistenkongresse zu erweitern, ausgefüllt wurde.

Dem äußeren Anschein nach hat also das sozialistische Völkerparlament zu Stuttgart bisher nur wenig Arbeit geleistet — allerdings nur dem Anschein nach: in Wirklichkeit hat es bereits mehrere schwere arbeitsvolle Tage hinter sich, wenn auch diese Arbeit sich dem Auge des Außenstehenden größtenteils entzieht. Wie in den Reichs- und Landtagen die wichtige Einzelarbeit immer mehr in die Kommissionen gedrängt wird, so haben auch die auf den früheren internationalen sozialistischen Kongressen gesammelten Erfahrungen dazu geführt, daß der schwierigste Teil der Arbeit gewählten Kommissionen zugewiesen wird. In einem Riesenparlament, das an Mitgliederzahl selbst die von Ludwig XVI. einberufenen Reichsstände des Revolutionsjahres 1789 übertrifft und das zudem in drei verschiedenen Sprachen verhandelt, läßt sich eine präzise Aussprache über die schwierigen Fragen, die der Amsterdamer dem Stuttgarter Kongreß als Vermächtnis hinterlassen hat, und über die Fassung der Resolutionen nur schwer durchführen, falls nicht die Verhandlungen ähnliche Zeiträume erfordern sollen, wie die der Haager Friedenskonferenz. Obgleich aber schon am Sonnabend sich die Vertreter der verschiedenen Nationen im Internationalen Bureau über die Zahl und Zusammensetzung der Kommissionen verständigt hatten und diese nach ihrer Wahl bereits am Montagvormittag zur Beratung zusammentraten, hatten sie ihre Arbeit gestern, am Dienstagmittag, doch noch nicht soweit gefördert, daß nachmittags eine Plenarsitzung stattfinden konnte.

So begann erst heute die eigentliche Arbeitstätigkeit des Gesamtkongresses, und zwar mit der Diskussion der Kolonialfrage. Zwei Resolutionen liegen, da die Mitglieder der Kolonialkommission sich auf einen gemeinsamen Beschluß nicht einigen konnten, dem Kongreß vor: die auch von der Mehrheit der deutschen Delegation unterstützte Resolution des holländischen Parteigenossen van Kol, eine Resolution, die nicht die Kolonialpolitik grundsätzlich verwirft, sondern sie gewissermaßen nur reformieren bezw. verbessern will, und die Resolution Ledebour-Wurm, die prinzipiell jede Kolonialpolitik ablehnt, indem sie von der Grundauffassung ausgeht, daß nach den historisch gegebenen Bedingungen unter dem heutigen Wirtschaftssystem jede Kolonialpolitik kapitalistischen Charakters sein muß. Als Redner der Kommissionsmehrheit sprach zunächst van Kol, eine kräftige, markige Erscheinung. Er hält seine Rede in formvollendetem Französisch, doch fehlt seiner Stimme jene Modulationsfähigkeit, die man bei so manchem Redner des französischen Proletariats findet. Ihrem Inhalt nach sind jedoch seine Ausführungen recht schwach, da sie noch deutlicher als seine Resolution erkennen lassen, daß er zu seiner Haltung weniger durch grundsätzliche Bedenken, als durch eine gewisse Philantropie bestimmt wird. Er stellt der kapitalistischen eine gedachte sozialistische Kolonialpolitik gegenüber, versteht aber unter dieser nicht die Durchführung sozialistischer, sondern bloßer humanitärer Maßnahmen auf kolonialem Gebiet. Demgemäß verwirft er auch die Haltung, welche die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie im Reichstage zur Kolonialfrage eingenommen haben. Sie hätten nach seiner Ansicht nicht prinzipiell die Kolonialpolitik der deutschen Regierung ablehnen, sondern für die kulturelle Entwickelung der Kolonien eintreten und Reformvorschläge machen müssen.

Im schärfsten Gegensatz zu van Kol steht Quelch von der sozialdemokratischen Föderation: ein Autodidakt, der es durch Selbststudium vom einfachen Arbeiter zu einem der fähigsten Journalisten und sozialistischen Theoretiker Englands gebracht hat. Er stellt sich auf den Klassenkampf-Standpunkt und spricht für die Ledebour-Wurmsche Resolution. Dagegen spricht Bernstein im Sinne van Kols. Wie dieser verlangt auch er, daß die Sozialdemokratie sich nicht auf die Negation und Kritik beschränke, vielmehr habe sie positive, praktische Kolonialpolitik zu treiben. Den größten Erfolg hatte jedoch Ledebour, als er die kapitalistische Bedingtheit der heutigen Kolonialpolitik nachwies, die Forderung einer sogenannten sozialistischen Kolonialpolitik als eine Utopie charakterisierte und die bisherige Stellungnahme unserer Reichstagsfraktion zur offiziellen deutschen Kolonialpolitik darlegte. Selten dürfte er besser gesprochen haben. Scharf, schneidend, sarkastisch drang seine Stimme durch den Saal und entfesselte mehrfach Beifallsstürme, die sich noch steigerten, als er seine Rede in englischer Sprache wiederholte und an die Erfahrung der englischen sozialistischen Arbeiterpolitiker auf dem kolonialpolitischen Gebiet appellierte. Nach Ledebour sprach noch Genosse David, der jedoch den Eindruck der Ledebourschen Rede nicht abzuschwächen vermochte.

Morgen Fortsetzung der Debatte. Ein Dutzend Redner ist bereits vorgemerkt.

Der Kampf um die Wahlrechtsreform.

Herr Naumann schreibt in der letzten Nummer der „Hilfe":

„Die Mehrzahl der Wähler aller Parteien sind Angehörige der dritten Klasse. Ueberall, selbst in den konservativen Parteien wird es empfunden, daß die Dreiklassenteilung eine Herabwürdigung der Mehrheit der Staatsbürger ist. Es sind ja keineswegs nur Lohnarbeiter oder ganz kleine Leute, die sich im Sammelbecken der dritten Klasse zusammenfinden. Es gibt zahllose Bauern dritter Klasse, Handwerker dritter Klasse, Kaufleute dritter Klasse, Gelehrte dritter Klasse. Alle, die innerhalb ihres Bezirkes nicht zu den reichen Leuten gerechnet werden können, kommen zu dem, was unten übrig bleibt, — zur Masse. Nichts würde falscher sein, als wenn wir die politische Interessenvertretung aller dieser Benachteiligten den Sozialdemokraten allein überlassen wollten. Damit würde man der Sozialdemokratie neue Kraft geben.

Es ist natürlich nicht zu leugnen, daß eine Verbesserung des politischen Rechtes der dritten Klasse auch der Sozialdemokratie als Partei zugute kommt. Darin liegt für den Liberalismus eine nicht zu verkennende Schwierigkeit. Es gibt Wahlkreise, die bei jeder auch nur teilweisen Verbesserung des Wahlrechtes sozialdemokratisch werden, und zwar auf Kosten der Freisinnigen. Vom Standpunkt der Wahlkreispolitik aus kann man deshalb wohl die Frage aufwerfen, ob die Gewinne des Liberalismus sicher genug sind, um diese fast sicheren Verluste mit Gelassenheit zu ertragen . . . Mit bloßer Statistik aber ist hierbei wenig gemacht, denn im Kampf um das preußische Wahlrecht werden sich überhaupt die politischen Schicksale der Parteien entscheiden. Dabei handelt es sich nicht bloß um einige Wahlkreise, so wichtig diese sein mögen, sondern es handelt sich darum, ob der Liberalismus als Ganzes eine politische Macht in Preußen wird oder nicht. Gelingt ihm eine ernstliche Wahlreform, dann braucht er keine allzuängstliche Wahlkreisorgen zu haben, denn dann wird er durch das Gelingen von selbst magnetisch, gelingt ihm aber die Reform nicht, so helfen auch die bisherigen Wahlkreise nicht viel. Wir sehen ja, wer in Preußen herrscht, solange das jetzige Wahlrecht gilt! Der Liberalismus darf nicht in die Lage kommen wollen, in die sich der österreichische Liberalismus gebracht hat, als er der dortigen Wahlreform zögernd und zumutig entgegenging. Jetzt hat er seine Quittung dafür und sitzt in Sack und Asche. Das ist es, was wir bei uns vermeiden müssen."

Es verdient vermerkt zu werden, daß hier Herr Naumann nur von einer „ernstlichen Wahlreform" spricht, die Forderung des Reichstagswahlrechts jedoch nicht ausdrücklich erhebt! Sollte das nur Zufall sein, oder aber Absicht!

Herr Naumann sollte doch um so mehr Veranlassung nehmen, über seine Absichten nicht den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen, als bekanntlich die „Straßburger Post" seinen letzten Artikel als beabsichtigten Rückzug bezeichnete! Herr Albert Traeger ist ja Herrn Naumann mit gutem Beispiel vorangegangen!

Daß die Taktik der Freisinnsmajorität, sich mit einer „Erklärung" des Reichskanzlers zu begnügen, keineswegs ausreicht, beweist die Tatsache, daß jetzt auch die Freikonservativen — doch wahrhaftig alles andere als Vorkämpfer des Reichstagswahlrechts! — von der Regierung eine solche Erklärung verlangen. Natürlich nicht, um das Reichstagswahlrecht für Preußen oder überhaupt nur eine ernstliche Wahlreform zu liefern, sondern um einem wirklichen, für die Reaktion gefährlichen Wahlrechtssturm der Volksmassen vorzubeugen!

Schreibt doch der bekannte Freikonservative Freiherr von Zedlitz im „Tag":

„Ganz abgesehen davon, daß ein solches Verhalten der Linksliberalen, wie es von Payer empfohlen wird, auf eine ähnliche Nebenregierung hinauslaufen würde wie die durch die Reichstagsauflösung beseitigte des Zentrums. War die Autokratie der „regierenden" Partei schon für Regierung und Parlament unerträglich, um wie viel mehr müßte dies der Fall sein, wenn sie nicht von der stärksten, sondern von der schwächsten Partei ausgeübt werden sollte! Es erscheint daher ganz ausgeschlossen, daß die preußischen Freisinnigen sich zu einer von verständiger Realpolitik so weit entfernten Taktik verleiten lassen sollten. Eine gewisse Gefahr liegt allerdings in ihrer schwachen Widerstandskraft gegen Druck von unten, wie er von sozialdemokratischer und radikal-liberaler Seite zugunsten der Einführung des Reichswahlrechts bei der Wahlbewegung im nächsten Herbst inszeniert werden soll. Dieser Versuch hat an sich zwar nur Aussicht auf sehr teilweisen Erfolg; voraussichtlich wird sich nur in größeren Städten und Distrikten mit starker Arbeiterbevölkerung eine lebhaftere Agitation in diesem Sinne entwickeln lassen. Immerhin ist es, schon um die Freisinnigen keiner zu starken Versuchung auszusetzen, rätlich, auch in diesem Falle dem Miquelschen Grundsatze „Senge vor" zu folgen und durch rechtzeitige Oeffnung eines Sicherheitsventils einen unbequemen Druck zu verhüten. Ein solches Sicherheitsventil würde in der bestimmten Erklärung der Regierung während der nächsten Session liegen, die Initiative zur Modernisierung des preußischen Wahlrechts ergreifen zu wollen. Trägt diese Erklärung, wie dies unter der Flagge der konservativ-liberalen Paarung geradezu selbstverständlich ist.

sowohl dem konservativen wie dem liberalen Standpunkte gebührend Rechnung, so steht nichts im Wege, daß alle Glieder des Blocks unter Vorbehaltung ihrer grundsätzlichen Auffassung sich zu positiver Mitarbeit bereit erklären. Geschieht dies, so dürfte einer demagogischen Verwertung der Wahlrechtsfrage der Boden entzogen werden und der preußische Freisinn vor einer für ihn und für den Block nicht ungefährlichen Belastungsprobe bewahrt bleiben."

Also der Freikonservative Herr v. Zedlitz befürwortet genau dieselbe Taktik, wie die „Freis. Ztg.", „Frankf. Ztg.", „Berl. Ztg.", „Weser-Ztg." usw. Aber nur deshalb, weil er sich vor den politischen Konsequenzen der Volksaufgebots fürchtet, weil er sich von dem Volkssturm Gefahren für die Reaktion gewärtigt!

Sollte sich angesichts solcher politischen Wetterzeichen des Freisinn wirklich auf eine Taktik einlassen wollen, die den Konservativen rätlich erscheint!?

Die Reaktion fürchtet das Volksaufgebot!

Wenn trotzdem der Freisinn auf das Aufgebot der Massen verzichten sollte, so beweist das nur, **daß seine Motive sich von denen der Reaktion nicht im geringsten unterscheiden! —**

Der heilige Krieg.

Es ist kaum noch ein Zweifel, daß der heilige Krieg der Marokkaner gegen die Franzosen beginnt. Der ohnmächtige Sultan Abdul Asis, der aus Furcht, seinen Thron durch Frankreich zu verlieren, nicht gewagt hat, das Volk Marokkos gegen die Eindringlinge aufzurufen, ist jetzt in Gefahr, durch die Marokkaner selbst vom Thron gestoßen zu werden. Empört über die Haltung des Sultans hat die zum Krieg entschlossene Partei den ältesten Bruder des Sultans, Mulay Hafid, in Marrakesch zum Sultan ausgerufen und unverzüglich den Zug gegen Casablanca beschlossen. 6000 Mann, darunter viele reguläre Soldaten des Sultans, sollen dem neuen Sultan vorerst zur Verfügung stehen. Dabei sollen nach einer allerdings unbeglaubigten Meldung eines Torpedojägers, der in Gibraltar eintraf, am Sonntag an den Kämpfen um Casablanca schon 10 000 Marokkaner teilgenommen haben.

Ueber den erneuten Angriff der Marokkaner vom Montag liegen noch keine amtlichen französischen Meldungen vor; man weiß über den Ausgang des Kampfes noch nichts, die Privatmeldungen der Pariser Blätter lauten aber durchaus nicht zuversichtlich. Der „Matin" berichtet, daß der Kampf von neuem beginne. „Gloire" und „Condé" beschießen den Hügelsaum, auf dem die Reitertrupps der Angreifer erscheinen. Die Batterie der 75 Millimetergeschütze rückt vor. Der „Petit Parisien" meldet, daß acht Breschen in die Mauern von Casablanca gebrochen seien, durch welche sowohl bewaffnete Einwohner der Stadt zu den Angreifern stoßen, wie auch unter Umständen Angreifer ins Stadtinnere dringen könnten. Die französischen Truppen hielten gute Wache, aber ihre Zahl reiche nicht aus, um alle bedrohten Punkte zu decken. Am böseften lautet die folgende Depesche des „Petit Parisien":

Den Franzosen gelang es nicht, die marokkanischen Reiter zurückzuschlagen; ihre Lage wird kritisch.

Die Verzögerung der amtlichen Meldungen erscheint angesichts dieser Berichte verdächtig. Gleichzeitig meldet der „Figaro", daß General Drude am Dienstag telegraphisch Verstärkungen gefordert habe. Andere Pariser Blätter erheben dieselbe Forderung — dem General müsse eine Angriffsaktion ermöglicht werden.

Was die Franzosen aus der Proklamierung des Gegensultans zu befürchten haben, das legt der marokkanische Korrespondent des „Figaro" also dar:

Mulay Hafid ist 30 Jahre alt und gilt als ein gutmütiger, friedliebender Prinz, aber seine Person bedeutet im Falle seiner Erwählung nichts gegenüber der Tatsache dieser Wahl an sich. Diese Wahl wäre nur zu erklären als ein Protest gegen die Schwäche des jetzigen Sultans, als eine Kriegserklärung gegen den europäischen Einfluß in Marokko. Wenn sie bestätigt wird, dürfen wir ein Aufflammen des Fanatismus in allen Städten erwarten, die ein europäischer Fuß betreten hat und uns auf eine Massenerhebung der Stämme im Inneren unter der grünen Fahne des Propheten gefaßt machen. Was vermögen in dieser Lage die dreitausend Mann des Generals Drude auszurichten?"

Von den übrigen Meldungen des Tages sind die folgenden zu registrieren:

Casablanca, 21. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.") Der gestrige Tag verlief ruhig, abgesehen von einigen Scharmützeln. Am Tage vorher hatten die Araber eine Angriffsbewegung gemacht, sich aber vor dem Feuer der Schiffsgeschütze zurückgezogen. Man spricht von Uneinigkeit im arabischen Lager. Die Fanatiker wollen von neuem angreifen, die Mehrheit aber ist dafür, ein Vorrücken der Franzosen abzuwarten, um einen Angriff außerhalb des Bereiches der Geschütze der Kriegsschiffe ausführen zu können.

Paris, 21. August. „Matin" meldet aus Casablanca: Eine dritte Mehalla hat sich gegenüber dem französischen Lager niedergelassen. Diese Truppen kamen aus Rabat. General Drude erwartet einen neuen Angriff.

Tanger, 21. August. Alle aus Marrakesch abgereisten Europäer sind glücklich in Saffi eingetroffen. Die Mehrzahl derselben wird in Tanger erwartet.

London, 21. August. Die „Times" melden aus Tanger: Der Sultan hat die Konsuln der europäischen Kolonien sowie die übrigen Fremden ersucht, Fez zu verlassen, da Unruhen befürchtet werden und er nicht über genügend Truppen verfüge, um den Flüchtigen eine Geleitmannschaft zu geben. In der Stadt befinden sich augenblicklich 50 Europäer, die in einigen Tagen abreisen werden.

Paris, 21. August. Es bestätigt sich, daß Mulay Hafid sich in Marrakesch zum Sultan ausrufen ließ. Er hat alle Beziehungen zum Hofe in Fez, der des Verrats beschuldigt wird, abgebrochen. Einer seiner ersten Entschlüsse war, mit 6000 Mann gegen Casablanca zu marschieren. Es heißt, daß sich unter den Truppen seines Anhanges viele reguläre marokkanische Soldaten befinden. Der neuproklamierte Sultan will unverzüglich gegen die Franzosen vorgehen.

Köln, 20. August. Ein Telegramm der „Kölnischen Zeitung" aus Tanger von heute meldet: Sonderboten aus Marrakesch sind in Mazagan eingetroffen und bestätigen, daß der Bruder des Sultans und Statthalter von Marrakesch, Mulay Hafid, sich hat zum Sultan ausrufen lassen. Mazagan ist ruhig. Aus allen Teilen Marokkos erging an den Sultan die Aufforderung, gegen Casablanca und Udschda einen Kriegszug zu unternehmen.

London, 21. August. „Daily Telegraph" berichtet aus Tanger: Während die Muselmanen in den Moscheen von Fez Gebete verrichteten, rief ein Fanatiker vom Dache eines Hauses herab Mulay Hafid zum Sultan aus. Der Fanatiker wurde ergriffen, mit Peitschen gezüchtigt und aus der Stadt getrieben.

* * *

Ueber Wien kommt die Meldung, daß in Pariser politischen Kreisen behauptet wird, die bevorstehende Zusammenkunft Gambons mit Bülow in Norderney bezwecke die Herbeiführung eines gegenseitigen deutsch-französischen Entgegenkommens in bezug auf Marokko und die Bagdadbahn.

* * *

Die deutschen Anklagen gegen das Vorgehen der Franzosen in Casablanca werden jetzt durch das Zeugnis eines englischen Missionars bekräftigt, der aus Casablanca in London eingetroffen ist. Er erklärt, wie dem „Berliner Tageblatt" aus London gemeldet wird:

„. . . Das Blutvergießen wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Franzosen sofort mit einer genügend starken Abteilung anstatt mit weniger denn hundert Matrosen an Land gegangen wären. Es hätte überhaupt kein gewaltsamer Versuch zur Einnahme der Stadt gemacht zu werden brauchen, denn die Marokkaner wären, meiner Meinung nach, willens gewesen, auf französisches Verlangen hin die an den Europäermorden Schuldigen, die sämtlich bereits gefangengesetzt waren, in jeder den Franzosen erwünschten Weise zu bestrafen. Die Fremdenlegionäre, in deren Reihen viele schwere Verbrecher aus den verschiedensten Ländern Unterkunft gefunden haben, ergingen sich in allen möglichen Gewalttaten, die ich mir wiederzugeben versagen muß. Ich sah mit eigenen Augen, wie sie verwundet und hilflos daliegende Eingeborene totschlugen, wie sie junge Mädchen aus den Häusern schleppten und sie auf offener Straße mißhandelten. Einen Marokkaner sah ich ohne jede Waffe aus einem Heiligengrab, wo er sich verborgen gehalten hatte, herauskriechen. Sofort wurde auf ihn geschossen, und als er hilflos am Boden lag, schlug ihm ein Fremdenlegionär aus purer Mordlust den Schädel ein. Von den französischen Behörden wurde der Befehl ausgegeben, daß jeder Eingeborene, der eine weiße Flagge trug, zu schonen sei; die Fremdenlegionäre kehrten sich aber nicht daran. Sie ließen sich überhaupt nicht Zeit, nach der Fahne zu sehen, sondern schossen, sobald sie ein menschliches Wesen des Weges kommen sahen, ihre Gewehre ab. Ich sah zu, wie ein unbewaffneter Marokkaner zwischen vierzig Gewehren, die ihre Kugeln auf ihn absandten, Spießruten laufen mußte, ehe er tot umsank. Die französischen Offiziere, die diese Vorgänge schwerlich billigen konnten, suchten die Ausschreitungen nach außen hin zu entschuldigen, indem sie sagten, es sei nicht möglich gewesen, die Leute sämtlich im Zaume zu halten. Der Eindruck, den die unter so viel unnützem Blutvergießen erfolgte Einnahme von Casablanca bei den Eingeborenen hervorgerufen hat, wird ein unauslöschlicher sein. . . ."

Die französische Soldateska hat also in einer der Sache der französischen Finanziers würdigen Weise gehaust. Das ist der Kolonialkrieg!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. August 1907.

Wer ist vergeßlich?

Die „Nordd. Allg. Ztg." sucht die Ausweisungsandrohung, die seinerzeit Fürst Bülow dem Genossen Jaurès zustellen ließ, damit zu entschuldigen, daß früher auch schon einmal französische Bourgeoisorgane deutsche Sozialdemokraten ausgewiesen hätten. Im Jahre 1896 sei nämlich von französischen Behörden eine bei Markirch geplante Versammlung, in der Bebel und Bueb sprechen sollten, inhibiert worden. Das offiziöse Organ schließt seine Reminiszenz mit den Worten: „diese doppelt bittere Ausweisung hat Bebel scheinbar vergessen."

Bebel besitzt glücklicherweise kein so kurzes Gedächtnis und keine so schwache Logik, wie die journalistischen Regierungshandlanger der offiziösen Presse. Aber er hat nicht die mindeste Ursache, die scharfmacherische, völkerverhetzende Torheit eines Bülow mit der analogen Torheit eines französischen Präfekten zu entschuldigen, der ein Jahrzehnt zuvor Bülows „rettende Tat" antizipierte. Was geht denn die deutsche Sozialdemokratie die kapitalistisch-chauvinistische Heldentat eines französischen Regierungsmannes an? Hat denn die deutsche Sozialdemokratie jemals behauptet, daß die herrschende Klasse anderer Länder nicht derselben Torheiten fähig sei, wie Bourgeoisie und Regierung in Deutschland? Selbstverständlich aber hat die deutsche Sozialdemokratie nicht die mindeste Ursache, chauvinistische Akte der eigenen Regierung damit zu beschönigen, daß auch die Regierungsorgane anderer kapitalistischer Länder gelegentlich an Kurzsichtigkeit und Kleinlichkeit hinter der deutschen Regierung nicht zurückstehen! Der Sozialismus ist ja gerade deshalb international, weil er in allen Ländern die gleiche kapitalistische Rückständigkeit und Volksfeindlichkeit zu bekämpfen hat!

Wenn ein französischer Bourgeois Bülow wegen der Ausweisungsbedrohung Jaurès' zur Rede gestellt hätte, wäre vielleicht die offiziöse Ausrede der „Nordd. Allgem. Ztg." am Platze gewesen; einem Sozialisten gegenüber ist dieser Rechtfertigungsversuch völlig deplaciert!

Viel mehr Verständnis hat Bülows Ausweisung im Jahre 1905 bei der französischen Chauvinistenpresse gefunden, die dem deutschen Reichskanzler wegen seines Versuches, die internationale Völkerverbrüderung zu durchkreuzen, besondere Anerkennung gezollt hat! Genau so, wie im Jahre 1896 die deutsche Chauvinistenpresse sich über die Dummheiten und Rüpeleien der französischen Chauvinisten höchlichst ergötzte!

Damals — anläßlich der Aktion chauvinistischer Rüpel in Lille — versicherte freilich der französische Genosse Lafargue die angepöbelten Genossen Liebknecht und Singer:

„Glaubt nicht, deutsche Freunde, daß diese Niedertracht Euch gilt, der deutschen Sozialdemokratie, die Ihr hier vertretet — sie gilt uns, der französischen Sozialdemokratie, der die Kapitalisten und Pfaffen, durch gemeinsamen Haß gereizt, den Tod geschworen haben. . . ."

So ist's! Die chauvinistische Wut und Verfolgungssucht gilt überall in erster Linie dem heimischen Volke, das sich nicht länger von Kapitalisten, Junkern und Pfaffen hütteln und ausbeuten lassen will. Die internationale Ausbeutersippe zwinkert sich dabei verständnisinnig zu!

Podchen als Reichstagskandidat.

Unseren Agrariern ist ihr verflossener „Minister für hohe Schweinepreise" derartig ans Herz gewachsen, daß sie überall, wo es nur angeht, ihn mit Ehrungen überhäufen. Vor kurzem erst hatte man ihm den Ehrenplatz unter den Großschweinezüchtern im Präsidium des Bundes der Landwirte eingeräumt, und augenblicklich trägt man sich mit dem Gedanken, das, was bei der letzten Reichstagswahl unmöglich war, Podchen in einem „totsicheren" Wahlkreise unterzubringen, in die Wirklichkeit umzusetzen.

Bekanntlich ging man im Bund der Landwirte bereits im Dezember vorigen Jahres mit der Absicht schwanger, v. Podbielski in einem ländlichen Kreise landidieren zu lassen. Der Abgeordnete für die Ost-Prignitz, v. Dallwitz, war kurz nach der Reichstagsauflösung gestorben. Die Gelegenheit erschien also günstig, diesen freiwerdenden Platz dem Truppenlieferanten und Schweineglichter von Dallmin zu erobern. Nur der Umstand, daß die Konservativen der Ost-Prignitz sich gegenseitig in die Haare geraten waren, vereitelte den schönen Plan.

Der Sohn des verstorbenen Dallwitz, ein in Tornow (Ostprignitz) strohdachflickender Dr. jur., glaubte sich erbberechtigt und verfocht diesen seinen Glauben mit Zähigkeit gegen Podbielski und Konsorten. Leider ist ihm im Wahlkampfe die Siegespalme von einem seiner feindlichen Brüder, dem deswegen aus dem Bund der Landwirte ausgeschlossenen Agrarier Löscher, der zwar nicht adlig, auch kein Dr. juris, aber desto geriebener ist, entwunden worden. Es waren also lediglich die verkrachten Erbansprüche des jungen Dallwitz, die unseren Parteigenossen das Vergnügen raubten, damals schon dem Herrn v. Podbielski mit der Tippelskircherei „vor den Bauch zu stoßen".

Im nächsten Wahlkampf wird aber Podchen unter allen Umständen als Ritter ohne Furcht und Tadel in die politische Arena niedersteigen, und zwar wird er die Westprignitz mit seiner Kandidatur beglücken. Den bisherigen Vertreter des Kreises, den Gutsbesitzer Stubbendorf-Zapel hat man jetzt soweit bearbeitet, daß er gutwillig seinen Reichstagssitz an den Dallminer abtreten will. Der „Prignitzer", das Organ der Agrarier in der West-Prignitz, ein Ableger der „Deutschen Tageszeitung", veröffentlicht folgende Zuschrift aus „politischen Kreisen":

„Unser verehrter Reichstagsabgeordneter Stubbendorf-Zapel trägt sich mit der Absicht, nach Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode kein Mandat für den Reichstag mehr anzunehmen, weil er mit Arbeit überhäuft ist. Dieser Entschluß des Herrn Stubbendorf ist ein endgültiger. In unseren politischen Kreisen ist man nun willens, Sr. Exzellenz Herrn Staatsminister von Podbielski das Reichstagsmandat anzutragen, dessen Wahl, falls er annimmt, wohl als sicher zu betrachten ist."

Herr Stubbendorf hat sich ja im Reichstage bisher nur in sofern dem Agrariertum nützlich erwiesen, als er sich an den Abstimmungen in reaktionärem Sinne beteiligte. Es bedeutet also der Wechsel für die Agrarier den Eintausch einer Null gegen eine Kapazität auf dem Gebiet der Schweinepolitik. Da im agrarischen Lager derartige Leute nicht sehr dick gesät sind, ist das Manöver verständlich.

Es wird also im nächsten Wahlkampf einen fröhlichen Tanz geben, zu dem auch unsere Parteigenossen aufspielen werden. —

Liberale Möchtegern-Internationale.

Während die reaktionär- und auch die landläufige liberale Presse die internationalen Bestrebungen des Proletariates mit den albernsten Witzen zu verspotten sucht, dämmert der „Hilfe" eine Ahnung der gewaltigen Bedeutung des internationalen Zusammenschlusses der Kulturnationen und der in ihnen um die Herrschaft ringenden Schichten. Das Blatt des Herrn Naumann schreibt:

„In Stuttgart tagen die Vertreter des internationalen Sozialismus. Ueber Verlauf und Ergebnis dieser Tagung werden wir erst in unserer nächsten Nummer reden können. Schon heute aber ist soviel klar, daß es sich um die größte und festgelungene derartige Tagung handelt, die bis jetzt vorhanden war. Die „Proletarier aller Länder" versichern sich ihrer Einmütigkeit in gewissen allgemeinen Sätzen. Mehr kann nicht geleistet werden, da die Politik jedes Staates eine andere ist; immerhin aber würde es falsch sein, diesen Stimmungsaustausch zu unterschätzen. Auch der ältere Liberalismus besaß auf seine Weise eine internationale Stimmung, und es ist bedauerlich, daß sie sich so sehr verflüchtigt hat. Was wissen wir deutschen Liberalen heute eigentlich vom österreichischen, belgischen, dänischen, englischen oder französischen Liberalismus? Wann trifft man sich? Die Agrarier sind international, die Sozialdemokraten, die Klerikalen; aber die Liberalen haben die Form noch nicht gefunden, in der sie dem Geiste des Zeitalters des Verkehrs sich erfolgreich anpassen."

Es ist hier nicht der Raum, über die Möglichkeiten einer liberalen Internationale zu sprechen. Solange der Liberalismus sich zum Vorspann der weltpolitischen Beutepolitik hergibt, kann von einer Internationale des Liberalismus keine Rede sein. Der alte Liberalismus war eben der Vorkämpfer demokratischer Tendenzen, nicht der nationalen Beutepolitik, deren Bannerträger gerade der moderne Liberalismus geworden ist. Trotzalledem: Aus dem Stoßseufzer der „Hilfe" spricht die Sehnsucht nach vergangenen besseren Tagen und einer besseren Zukunft. Die proletarische Internationale wird freilich die liberale Bourgeoisie niemals nachzumachen vermögen, es sei denn, daß sie zunächst eine völlige innere Umkehr vollzöge. Immerhin beweist der Neid des nationalistisch entarteten Liberalismus, welchen Fonds von politischer Keimkraft selbst der heutige Liberalismus in der international verbrüderten Sozialdemokratie wahrnimmt!

Der Militarismus als agrarischer Arbeitsnachweis.

In der „Elbinger Zeitung" vom 20. August lesen wir:

„Wieviel Soldaten des 1. Armeekorps zurzeit als Erntearbeiter auf dem Lande beschäftigt sind, geht aus folgenden Zahlen hervor: Zum 1. Armeekorps gehören (einschließlich Jäger und Pioniere) 39 Bataillone. Jedes dieser Bataillone hat durchschnittlich 120 Mann gestellt, also 39×120=4680 Mann. Die Zahl der Kavallerie-Eskadrons beträgt 30, von denen jede mindestens 30 Mann abgegeben hat, demnach 30×30=900 Mann. Die 30 Batterien der Feldartillerieregimenter sind mit etwa je 30 Mann beteiligt, das heißt mit 30×30=900 Mann. Jede der 10 Kompagnien Fußartillerie hat ungefähr 40 Mann bei der Ernte, das sind 10×40=400 Mann, und endlich das Trainbataillon noch ungefähr 30. Daraus würde sich eine Gesamtzahl an Erntearbeitern von 4680+900+900+400+30=6910 Mann ergeben. Da nun aber überall nur die Mindestzahlen angenommen sind, so geht daraus hervor, daß **mehr als 7000 Soldaten, d. h. weit mehr als ein Drittel des gesamten Korpsbestandes, „im Felde"** stehen. Wie lange die Soldaten noch den ostpreußischen Landwirten überlassen werden können, das ist Sache der einzelnen Regimenter. Diese sind vom Generalkommando neuerdings, nach Vertagung des Manövers, angewiesen worden, den Erntеurlaub entsprechend zu verlängern."

Daß von einem Armeekorps ein **volles Drittel** auf Wochen und Monate hinaus als „Erntearbeiter" vergeben werden konnte, ist doch der beste Beweis dafür, welcher Verkürzung die zweijährige Dienstzeit selbst heute, in der Aera des Gamaschendrills und des Parademarsches, noch fähig ist!

Sobald man auf diesen unsinnigen Gamaschendrill, der — nach dem Zeugnis der „Kreuz-Ztg."! — einen Wert für die kriegsmäßige Ausbildung überhaupt nicht besitzt, verzichtet, wäre erst recht eine gewaltige Verkürzung der militärischen Dienstzeit möglich. Denn als Kulis für unsere ostelbischen Agrarier sollten doch die Mannschaften unseres „herrlichen Kriegsheeres" eigentlich nicht fungieren! —

Beendet. Die „Dresdener Zeitung", das Organ der Liberalen der sächsischen Hauptstadt, ist nach langem, aber vergeblichem Wehren gegen den sicheren Untergang nun doch von ihrem Schicksal ereilt worden, das angesichts des Abonnentenmangels und der damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten unvermeidlich war. Nachdem alle Sanierungsversuche, darunter solche zweifelhaftester Art, gescheitert sind, hat am Dienstag der Gerichtsvollzieher

die Geschäftsräume amtlich versiegelt. Die Zeitung ist nicht mehr erschienen. Der Verlag kündigt zwar an, es solle das Erscheinen des Blattes nur vorübergehend eingestellt werden. Das ist aber nichts als eine Verlegenheitsfloskel. Mit dem liberalen Blatte ist es endgültig zu Ende. Anscheinend ist das der Anfang vom Ende des „siegreichen Liberalismus" in Dresden.

Schweiz.

Die neue Militärvorlage und die schweizerischen Offiziere.

Zürich, 19. August. (Eig. Ber.)

So oft die sozialdemokratische Presse über militärische Exzesse zu berichten wußte, wurde sie seitens der bürgerlichen Blätter zum mindesten der Uebertreibung, wenn nicht gar der Lüge bezichtigt. Um so wohltuender muß es nun berühren, aus dem Munde von Offizieren selbst zu hören, wie sie sich bezw. gewisse Kameraden einschätzen. Letzten Sonntag war nämlich in Aarau die Offiziersgesellschaft der Schweiz versammelt, um sich neben anderen Fragen auch mit er neuen Militärorganisation zu beschäftigen. Von mehr als einer Seite wurde hervorgehoben, daß sich die Offiziere n der Kampagne für die Vorlage Reserve auferlegen müßten, weil ein starkes Hervortreten der Sache nur schaden könnte. Ein bekannter Oberstleutnant, der auch als freisinniger Politiker eine Rolle spielt, meinte sogar, es sei nicht jeder Offizier geeignet, die Vorlage vor dem Volke zu vertreten. Diese Auffassung scheint von allen anwesenden Offizieren geteilt worden zu sein, denn es wurde beschlossen, von einer direkten Propaganda für die Vorlage durch die Offiziersgesellschaft abzusehen und nur die rein militärische Seite der Reuorganisation in einer Broschüre beleuchten zu lassen. Nicht einmal der Antrag, für die Propaganda zugunsten der Vorlage durch politische Organisationen einen größeren Kredit zu gewähren, fand Anklang. Wenn die Offiziersgesellschaft nun selbst die Ansicht vertritt, daß es unter ihren Mitgliedern solche gebe, die besser die Hand aus dem Spiele lassen, und wenn sie es für geboten hält, daß sie sich ebenfalls Zurückhaltung auferlegt, so kann man danach ermessen, in welchem Grade man sich schuldig fühlen muß an der zunehmenden Mißstimmung gegen das Militärwesen.

Es gibt aber Offiziere, die schlechterdings zu erkennen unfähig sind, wie sehr sie mit ihren Exzessen und Verrücktheiten zur Schürung jener Mißstimmung beitragen. Nicht einmal die bevorstehende Abstimmung über die neue Militärorganisation vermag sie vor wahnsinnigen Streichen zurückzuhalten; ja es scheint, als ob sie sich's zur Aufgabe gemacht hätten, die sozialdemokratische Agitation gegen die Vorlage zu unterstützen, so folgen jetzt die Exzesse Schlag auf Schlag. Kaum war die Geschichte des Majors, der einem ihm nicht grüßenden Soldaten auf der Straße eine Ohrfeige appliziert und dafür nur zwei Tage Arrest eingeheimst hatte, verklungen, so folgten die Exerzitien gegen streikende Arbeiter in Chur, von denen der „Vorwärts" in den letzten Tagen berichtet hat, und nun hat sich schon wieder ein Offizier durch Arroganz und Schikanierungen hervorgetan. Die Rekruten der Kavallerierekrutenschule in Bern hatten vor ihrem Instruktor eine Jaspektion zu bestehen, bei der auch das zweite Paar Schuhe vorgewiesen werden mußte. Der Herr Instruktor gewahrte nun, daß diese Schuhe auf der unteren Seite zwischen Sohle und Absatz nicht gewichst waren. Das verletzte das ästhetische Auge des gestrengen Herrn und er ließ die ganze Schwadron bis nachmittags 1 Uhr konsignieren, damit dann die anstößige Stelle der Schuhe in schwarzem Glanze erstrahle. Die Rekruten waren zwar über die Strafe nicht sehr erbaut, aber sie ließen es sich doch nicht in dem vom Instruktor gewünschten Maße verdrießen und kamen sogar noch in eine fröhliche Stimmung. Das reizte den gallonnierten Narren derart, daß er die Konsignierung der Schwadron bis nachmittags 4 Uhr ausdehnte. — Natürlich sind die Bauernsöhne — die schweizerische Kavallerie besteht zumeist aus solchen — hernach als begeisterte Anhänger des Militärwesens heimgereist. —

Knechtung des freien Wortes.

Rohrschach, 20. August. (Eig. Ber.) Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Huber in Rohrschach, der sich erlaubte, als Fourier militärische Artikel zu schreiben, ist wegen dieser zu vier Tagen Arrest verurteilt worden. Eine solche Knechtung des freien Wortes im Militär ist bis dahin in der Schweiz unerhört und ein vorzügliches Mittel für die Agitation gegen die neue Militärvorlage.

Portugal.

Ein Komplott gegen den König.

Aus Madrid wird dem „Berliner Tageblatt" berichtet:

Wie aus Lissabon gemeldet wird, ist dort eine Verschwörung gegen das Leben des Königs Don Carlos und des Premierministers Joao Franco entdeckt worden. Im Arbeiterviertel ereignete sich eine **Bombenexplosion**, bei der zwei Mann **getötet** und zwei verwundet wurden. Die Nachforschungen, die die Polizei aus diesem Anlaß anstellte, führten zur Verhaftung eines Studenten der Medizin José Bettencourt. Sein Verhör ergab, daß er der Anführer einer Verschwörerbande war, die ein **Bombenattentat gegen den König** und den **Ministerpräsidenten** plante und zu diesem Zweck eine Bombenwerkstatt eingerichtet hatte. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung wurden belastende Papiere gefunden, durch welche den Behörden die Namen vieler der am Komplott beteiligten Personen bekannt wurden. Man schritt sofort zur Verhaftung von dreißig Beteiligten, die sämtlich der republikanischen Partei angehören. Sie wurden heimlich an Bord des in Tejo vor Anker liegenden Kreuzers „Adamastor" gebracht. Es heißt, daß dort ein **geheimes Prozeßverfahren** gegen sie durchgeführt werden und sie dann unverzüglich nach der zu den **hinterindischen** Inseln gehörigen Kolonie Timor **deportiert** werden sollen.

In Portugal herrscht bekanntlich der Schrecken, die Verfassung **ist so gut wie aufgehoben.** —

Amerika.

Eine Antitrustrede Roosevelts.

In Provinceton zu Massachusetts hat der Präsident Roosevelt wieder einmal wider die Trusts geredet. Er sprach ziemlich scharf gegen die Besitzer der Riesenvermögen (der „swollen fortunes"). Wer regiert das Land? fragte er, das Volk oder die rücksichtslosen Reichen, die so furchtbar sind, weil sie ihre Person hinter den Korporationen verstecken? Zugleich verteidigte sich Roosevelt gegen den in den Trustorganen erhobenen Vorwurf, daß seine Reden und die letzten gerichtlichen Schritte gegen die die Gesetze verletzenden Trusts Kursstürze bewirkt und so das amerikanische Volk geschädigt hätten. Er glaube, daß diese Beunruhigung der Börsen zum großen Teil Ursachen zuzuschreiben sei, die nicht besonders auf die Vereinigten Staaten beschränkt sind, und Ursachen, die in keinerlei Zusammenhang mit irgend einem Vorgehen der Regierung stehen. Es möge aber wohl sein, daß der Beschluß der Regierung, gewisse reiche Uebeltäter zu strafen, etwas dazu beigetragen habe. Es sei aber zwecklos, von ihm zu verlangen, daß er Verbrecher, mögen sie reich oder arm sein, nicht verfolgen solle. Er wünsche aber nicht weniger entschieden, dahin verstanden zu werden, daß die Regierung keinerlei Aktion unternehmen werde, wenn durch die Strafmaßnahme die unschuldigen Fondsbesitzer und das Publikum als ganzes in auch nur unbedeutende oder unverdiente Mitleidenschaft gezogen würden.

Es fragt sich sehr, was bei diesem Feldzug der großen Reden an Taten herauskommen wird. —

Gewerkschaftliches.

Wieder ein Terrorismus-Schwindel.

Jüngst ging durch die bürgerliche Presse die Klage eines mit dem Metallarbeiterverband Unzufriedenen in Brandenburg, der vorgab, bei seinem Austritt aus dem Verbande schlecht behandelt worden zu sein. Wir haben die Sache richtiggestellt und gezeigt, daß der in Frage kommende Verbandsfunktionär durchaus einwandsfrei gehandelt habe, weniger einwandsfrei der Beschwerdeführer.

Fast dasselbe Vorkommnis nun berichtet der „Regulator", das Organ der Hirsch-Dunckerschen, aus Berlin. Er schildert den Hergang wie folgt:

„Der Arbeiter A. D. hatte bei der Firma Baer u. Stein Arbeit erhalten, durfte jedoch auf Anweisung des Metallarbeiterverbandes die Arbeit nicht antreten, da die Fabrik für die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes gesperrt war. Das Mitglied A. D. sollte nun auf Weisung des Metallarbeiterverbandes eine Arbeitsstelle antreten, in der ein völlig ungenügender Verdienst angeboten wurde. Das lehnte der Arbeiter A. D. ab, ging zu seiner Ortsverwaltung und beantragte seine Unterstützung, da er doch durch die Schuld seines Verbandes arbeitslos war.

Der Deutsche Metallarbeiterverband, dessen Redner in allen Versammlungen mit ihrem Unterstützungswesen krebsen gehen, wies das Mitglied A. D. brüsk ab, worauf der Kollege erklärte, wenn er in solchen Fällen keine Unterstützung erhalte, habe der Verband für ihn keinen Zweck, er werde diese Angelegenheit in der im August stattfindenden Generalversammlung vorlegen. Soweit war die ganze Angelegenheit eine Differenz zwischen dem Mitglied und dem Metallarbeiterverband.

Das weitere lassen wir jetzt das Mitglied A. D. selbst erzählen:

„Darauf verlangte **Cohen** meine Papiere (Quittungsbuch. D. Red.), was ich verweigerte, weil ich sie haben mußte, um zur Generalversammlung Zutritt zu erhalten, die im August stattfindet, was die Herren vom Vorstand auch ganz genau wußten. Jetzt sprang das Mitglied vom Vorstand, Kassierer Herr Henning, von seinem Platze auf,

würgte mich am Halse, stieß mir in den Mund mit der Faust, daß mir die Zähne bluteten,

weil ich mich weigerte, die Papiere herzugeben, und

entriß mir aus meiner Ueberziehertasche die Papiere mit Gewalt,

sogar noch ein Zeugnis der Firma Mosler u. Comp., welches ich bis heute noch nicht wieder habe. Als ich sagte, ich werde Anzeige erstatten, da schrie der feine Herr vom Vorstand, Herr Henning:

Wollen Sie Strolch jetzt machen, daß Sie rauskommen.

Auf meine Entgegnung, ich sei kein Strolch, sondern ein organisierter Arbeiter, kam mir der Herr (Henning. D. Red.) auf den Flur nachgelaufen, packte mich im Genick und schrie:

Ich schmeiße Sie die Treppe hinunter, alter Lump und Streikbrecher.

Das Wort „Streikbrecher" gilt diesem Herrn als Sportname, wenn es gilt Leute, die um Unterstützung kommen, dadurch abzuweisen." . . .

Soweit das Schreiben dieses Arbeiters, der nach seiner Angabe zirka 2 Jahre Mitglied beim Deutschen Metallarbeiterverband war und noch keine Unterstützung bezogen habe."

Wie in Brandenburg liegt auch die Sache in diesem Falle. Der Galvaniseur Albert Dreher verlangte in einer Sitzung der Ortsverwaltung, daß man ihm dafür, daß er nicht in einem gesperrten Betriebe Arbeit angenommen hätte, die Maßregelungsunterstützung zahlen solle. Da dies aber 1. nach den statutarischen Bestimmungen unmöglich ist, 2. jede moderne Organisation von ihren Mitgliedern verlangen kann, was für einen organisierten Arbeiter selbstverständlich ist, daß er gesperrte Betriebe meidet, so konnte die Ortsverwaltung diesem Verlangen nicht stattgeben. Nun wurde Dreher aufgebracht, und erklärte seinen Austritt. Trotz gütlichem Zureden, sich die Sache noch einmal zu überlegen, denn er bekäme doch Arbeitslosenunterstützung, verblieb er bei seiner Austrittserklärung. Darauf wurde D. aufgefordert, das Mitgliedsbuch abzugeben. Dies verweigerte Dreher mehrmals, und der Kassierer Henning nahm es ihm aus der Hand. Dreher entfernte sich dann. Der Kassierer Henning lief ihm dann aber nach, um ihm ein Arbeitszeugnis zu geben, welches er in dem Verbandsbuche des D. gefunden hatte. Dreher verweigerte jedoch die Annahme desselben und in der Woche darauf konnte der „Regulator" die Sache in der wiedergegebenen unrichtigen Weise veröffentlichen.

Soweit trifft die Sache nur den Ausgeschiedenen. In ihrer weiteren Entwickelung aber den „Regulator". Der fügte dieser Darstellung flugs hinzu:

„Sollte der Metallarbeiterverband sich aber nicht dazu äußern, müssen wir annehmen, daß alles buchstäblich wahr ist, dann würden wir allerdings diesen Fall in nächster Zeit einmal gründlich von seiner prinzipiellen Seite aus behandeln."

Inzwischen ist dem „Regulator" unter dem 9. d. M. eine Berichtigung zugegangen; ihr Abdruck aber durch Antwort unter dem 14. für die nächste Nummer verschoben. Die Wirkung dieser Handlungsweise, die Veröffentlichung der Berichtigung hinauszuschieben, ist natürlich, daß die Hirsche eine „neue Roheit des Deutschen Metallarbeiterverbandes" weitererzählen können, denn die Behauptung des „Regulator" ist durch eine Berichtigung nicht widerlegt worden. Diese Kampfesweise der Herren vom Gewerkverein erinnert an das Wort: Verleumde nur zu, es bleibt doch etwas hängen!

Berlin und Umgegend.

Verlorene Beitragsmarken. Ein Vertrauensmann des Metallarbeiter-Verbandes hat auf dem Wege von der Quitzowstraße bis Bahnhof Putlitzstraße 7 Stück Beitragsmarken a 75 Pf. und 27 Stück a 70 Pf. verloren. Der Finder wird gebeten, die Marken auf dem Bureau des Verbandes, Charitéstr. 3, abzugeben.

Deutsches Reich.

Ein neuer Lohnkampf der Bergleute in Sicht!

Die Bergarbeiter des Waldenburger Steinkohlenreviers hatten im Juli durch ihre Vertrauensmänner (Arbeiterausschüsse) an die Werksleitungen den Antrag gestellt, den Lohn um 15 Proz., den wöchentlichen Abschlag um 3 M. zu erhöhen. Die erste Werksverwaltung, welche diesen Antrag ablehnte, war die des Herzogs von Pleß. Allerlei schöne Dinge werden den Pleßschen Bergarbeitern gegeben, silberne Uhren nach 25jähriger Dienstzeit, Kochschulen für ihre Töchter, ein Gärtchen zur Erholung nach der Schicht — nicht aber das, was sie am nötigsten brauchen und was sie sich wünschen. Dem Beispiel der Pleßschen Verwaltung folgten auch die anderen Werksleitungen, worauf sich die Arbeiter an ihre Organisation — den Bergarbeiterverband — wandten. Dieser berief für den 28. und 30. Juli sowie für den 6. August vier öffentliche Bergarbeiterversammlungen ein, welche die Forderung der abgewiesenen Ausschüsse aufnahmen. Die in den Versammlungen gewählte fünfgliedrige Lohnkommission reichte die Forderung an die Werke und an den Unternehmerverein aufs neue ein. Und nun kam die Komödie: Die Werksherren wiesen auch die Lohnkommission ab mit der Begründung, daß zur Einreichung von Arbeiterwünschen nur allein die — Arbeiterausschüsse zuständig seien! Die Knappen blieben auf diese hohnvolle Behandlung die Antwort nicht schuldig, sie faßten in sechs überfüllten Versammlungen am 13., 14. und 15. August einstimmig folgende Resolution:

„Die Versammlung nimmt von der Antwort des „Bergbaulichen Vereins für Niederschlesien" Kenntnis. Sie betrachtet diese Erwiderung des Unternehmervereins als einen Versuch, die Arbeiterschaft hinzuziehen und ihre Wünsche auf die lange Bank zu schieben. Da die Arbeiter der meisten Gruben durch ihre Ausschüsse bereits die Forderung um erhöhten Lohn und Abschlag eingereicht haben und damit abgewiesen wurden, lehnt es die Versammlung ab, diesen Schritt noch einmal zu unternehmen. Sie beschließt, an den gestellten Forderungen festzuhalten und beauftragt die Lohnkommission, das Berggewerbegericht Waldenburg als Einigungsamt anzurufen."

Sollten die Bergherren wirklich so verblendet sein, Einigungsverhandlungen abzulehnen, dann ist dem Waldenburger Revier eine Neuauflage des 1889er Ausstandes sicher. Der Held Bogusławski ist tot, der das Grubenkapital in jenen Tagen durch Blutopfer geschützt hat. Einen Nachfolger würde er kaum nötig haben, denn die Arbeiterorganisation ist in Schlesiens Bergen soweit erstarkt, daß sie selbst durch Schulung und Aufklärung die Bergarbeitermassen vor übereilten Schritten zurückzuhalten imstande ist.

Die Handelskammer Schweidnitz hat in ihrem letzten Bericht festgestellt, daß alle Industriezweige im Waldenburger Bezirk, vor allem aber der Kohlenbergbau, sich einer außerordentlich guten Konjunktur zu erfreuen haben, nur nicht der Kleinhandel. Und dieser würde es zu allererst empfinden, wenn die Bergleute durch Ablehnung ihrer berechtigten Forderungen veranlaßt würden, zu Tausenden in andere Reviere auszuwandern. Und diese Befürchtung ist leider am Platze, warten doch schon Agenten aus dem hannöverischen Salzbergwerksrevier wie auch aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenbecken auf die günstige Gelegenheit, Heimatsmüde wegzuholen.

Der Hamburger Staat als Arbeitgeber.

Wie vor vierzehn Tagen mitgeteilt, hat eine Riesenversammlung der in den hamburgischen Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter ihre sehr bescheidenen Wünsche und Forderungen formuliert und die Verwaltungs- und sonstigen Behörden um Antwort ersucht. Auf eine persönliche Auseinandersetzung läßt sich der Senat, wie nicht anders zu erwarten war, mit seinen Arbeitern nicht ein, weil er in sozialpolitischen Dingen nur „verfügt". Diese „Verfügung" ist den in Betracht kommenden Arbeiterkategorien durch die unterschiedlichen Behörden mitgeteilt worden. In Hamburg hat in betreff sozialer Fürsorge stets eine botokudische Rückständigkeit geherrscht; müssen doch die Staatsarbeiter um die Einführung von Arbeiterausschüssen petitionieren — einer Einrichtung, die in anderen, namentlich süddeutschen Gemeinden schon seit langen Jahren besteht und als selbstverständlich gilt. Im Staatskaibetriebe, welcher der Deputation für Handel und Schiffahrt untersteht, ist eine Lohnkommission entlassen worden, weil sie den Auftrag bekommen hatte, dem antisemitischen Kaidirektor Winter die in einer Betriebsversammlung stipulierten Forderungen zu überreichen, und dabei nicht den Instanzenweg innegehalten haben soll. Und diese Entlassung wurde in der Hamburger Bürgerschaft, dieser illustren „Volksvertretung", als völlig gerechtfertigt bezeichnet! Die Kaiverwaltung geht jetzt so weit, den Kaiarbeitern unter Androhung der Entlassung die Mitgliedschaft zur Organisation der Staats- und Gemeindearbeiter zu verbieten. Beschwerden gegen diese Willkürherrschaft sind völlig aussichtslos, denn Präses der Deputation für Handel und Schiffahrt ist der Senator O'Swald, der bekanntlich den Standpunkt der Mehrheit des Senats bei der Beratung der Wahlrechtsumsturzvorlage vertrat. Von welchen Oberscharfmacheralüren dieser Staatsgewaltige beseelt ist, geht aus einer Antwort hervor, die er einem der Entlassenen zuteil werden ließ: „Was wollen Sie eigentlich? Sie sind von der Kaiverwaltung entlassen worden, und dies hat ebenso Geltung, als wenn Sie selbst Ihre Entlassung nehmen. Sehen Sie nur zu, daß Sie andere Arbeit erhalten." Punktum!

Was nun die Verfügung anlangt, so kann, „soweit die dienstlichen Verhältnisse es gestatten", den Arbeitern, welche länger als drei Jahre bei derselben Verwaltung ständig beschäftigt waren, das 25. Lebensjahr vollendet und sich gut geführt haben, alljährlich ein Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Die Dauer des Urlaubs soll nach 3 Jahren 3 Tage, nach 6 Jahren 6 Tage betragen. Zulagen in Höhe von 10—20 Pf. pro Tag sollen nur wenige Arbeiterkategorien erhalten, die bei der Straßenreinigung beschäftigten Arbeiter sollen nichts erhalten. So sieht das „Entgegenkommen" aus, das der Vater Staat als Arbeitgeber seinen Arbeitern gegenüber bekundet. Daß unter diesen Umständen in den Reihen der 7000 Staats- und Gemeindearbeiter eine starke Erregung herrscht, braucht nicht des näheren ausgeführt zu werden.

Ausland.

Hafenarbeiterstreik in Amsterdam. Der Ausstand der Docker kann als allgemein betrachtet werden. Verschiedene Dienstagabend abgehaltene Versammlungen haben einen dahingehenden Beschluß gefaßt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Erziehung zum Patriotismus.

Frankfurt a. M., 21. August. (B. H.) Wie die Abendblätter aus Mainz melden, zeichnete sich die auf dem Großen Sand abgehaltene Kaiserparade recht unvorteilhaft **durch ungemein scharfe Absperrungsmaßregeln aus, die durch das Auftreten des die Absperrungskette befehligenden Majors um so fühlbarer gemacht wurden. In Begleitung von 4 oder 5 hessischen Leibdragonern ritt der Major in vollster Karriere gegen die Zuschauermenge, unter der sich auch viele Kinder befanden, und gab sogar den unberittenen eingetroffenen Mannschaften vom 6. Dragonerregiment den Befehl, blank zu ziehen und gegen das Publikum anzudrängen.** Das Publikum flüchtete panikartig in eine Talsenkung. Daß hierbei kein Unglück passierte, muß wundernehmen.

Unwetter.

St. Etienne, 21. August. (B. H.) Ein furchtbares Unwetter ging über Rive-de-Gier und St. Chamond und hat große Verheerungen angerichtet. Jeder Verkehr ist unterbrochen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die proletarische Internationale in Stuttgart.

Internationaler sozialistischer Kongreß.

Stuttgart, 21. August.

(Telegraphischer Bericht.)

Zweite Plenarsitzung.

Singer eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr mit folgender Mitteilung: Gestern hat in der Nähe ein großes Brandunglück stattgefunden. Eine Reihe armer Leute haben schwer gelitten, ihre Häuser sind ihnen durch das verheerende Element zerstört worden, sie sind um Hab und Gut gekommen. Das Internationale Bureau, in dessen Namen ich jetzt spreche, schlägt dem Kongreß vor, zum Zeichen des Mitgefühls den Unglücklichen 500 Frank aus der Kasse der Internationale zu bewilligen. (Beifall.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten, und zwar soll zunächst die

Kolonialfrage

verhandelt werden. Dazu liegen folgende **Resolutionen** vor:

Die **Resolution der Kommissionsmehrheit** lautet:

„Der Kongreß stellt fest, daß der Nutzen oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen — besonders aber für die Arbeiterklasse — stark übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können.

Er bestätigt von neuem die Resolutionen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verwirft nochmals die jetzige Kolonisationsmethode, die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat, als fremde Völker zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten, während gleichzeitig im eigenen Lande die Lasten der Proletarier steigen.

Als Feind jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und als Verteidiger aller Unterdrückten ohne Unterschied der Rasse, verurteilt der Kongreß diese Politik des Raubes und der Eroberung, die nur die schamlose Anwendung des Rechts des Stärkeren ist und das Recht der besiegten Völker mit Füßen tritt.

Die Kolonialpolitik vermehrt die Gefahr kriegerischer Verwickelung zwischen den kolonisierenden Staaten und steigert ihre Belastung durch Heer und Flotte.

Finanziell betrachtet sollen die Ausgaben für die Kolonien, ebenso solche, die der Imperialismus verschuldet, als auch solche, die im Interesse der ökonomischen Entwickelung der Kolonien gemacht werden, von denen getragen werden, die allein von der Ausplünderung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichtümer aus ihnen stammen.

Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unversöhnlich diese Methode der schonungslosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht.

Zu diesem Zweck haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern, haben sie jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen, ihre Ausbeutung und ihre Versklavung zu verhindern, und haben sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an ihrer Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten.

Zu diesem Zweck sollen die Abgeordneten der sozialistischen Parteien ihren Regierungen vorschlagen, einen internationalen Vertrag zu schließen, um ein Kolonialrecht zu schaffen, das die Rechte der Eingeborenen schützt und von den vertragschließenden Staaten gegenseitig garantiert wird.“

Dazu liegt von der **sozialdemokratischen Partei Hollands** ein **Amendement** vor, den **Schlußpassus der Mehrheitsresolution ausfallen zu lassen** von „Zu diesem Zweck“ bis inklusive „gegenseitig garantiert wird“.

Von der **Minderheit der Kommission** liegt folgender, von den Genossen **Ledebour, Wurm, de la Porte, Bracke** und **Karski** unterzeichneter Antrag vor:

1. In der Resolution für Kolonialpolitik **Absatz 1 zu streichen.**
2. **Als Absatz 1 einzufügen:**

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß.

Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberung und Ausbeutungsgelüste. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu entfalten.

Die kapitalistische Kolonialpolitik, statt die Kollektivkräfte zu steigern, zerstört durch Versklavung und Verelendung der Eingeborenen wie durch mörderische verwüstende Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methoden verpflanzt. Sie verlangsamt oder verhindert dadurch selbst die Entwickelung des Handels und des Absatzes der Industrieprodukte der zivilisierten Staaten.

Der Kongreß verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwickelung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwickelung der gesamten Menschheit stellt.“

3. **Den letzten Absatz zu streichen.**

Von **den englischen Delegierten** liegt schließlich noch folgende **Resolution** vor, die sich mit der **Ausübung der englischen Herrschaft in Indien** befaßt und folgenden Wortlaut hat:

„In Erwägung, daß es dem Ideal einer Gesellschaftsordnung entspricht, daß kein Volk irgend einer despotischen oder tyrannischen Regierungsform unterworfen ist, spricht der Kongreß seine Ueberzeugung dahin aus, daß die Aufrechterhaltung der englischen Herrschaft in Indien **ein wahres Unglück für Indien** ist und seinem wohlverstandenen Interesse im höchsten Maße zuwiderläuft, und erklärt es für die Pflicht aller Freunde der Freiheit in der ganzen Welt, die Bewegung zu fördern, die zum Ziele hat die Befreiung des fünften Teiles der Menschheit, der in diesem unglücklichen Lande wohnt.“

Da die englischen und französischen Delegierten nur in sehr geringer Anzahl anwesend sind, wird auf Wunsch des Referenten, des Genossen **van Kol**, die Sitzung auf eine Viertelstunde ausgesetzt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt **Singer** mit, daß der Kongreß am Vormittag nur das Referat **van Kols** in den drei Kongreßsprachen entgegennehmen solle., da eine Anzahl Delegationen noch vor der Diskussion über diese Frage Besprechungen abhalten wollten.

Berichterstatter van Kol:

Ich werde mich streng an die Aufgaben eines Berichterstatters halten, denn wir sind hier nicht hergekommen, um schöne Reden zu hören und uns an kräftig-prächtigen Deklamationen zu erfreuen, sondern um Beschlüsse zu fassen, die für die Taktik der internationalen Sozialdemokratie bestimmend sein sollen. Ich werde daher kein Wort verlieren über Punkte, über die wir alle einig sind, über die Verurteilung der Eingeborenenmißhandlungen und über die unerbittliche Bekämpfung des ganzen kolonialen Kapitalismus überhaupt. Ich werde nur über die Streitpunkte sprechen, die in der Kommission zu so lebhaften Auseinandersetzungen geführt haben und die niedergelegt sind in den beiden Ihnen vorliegenden Resolutionen der Majorität und der Minorität. In der Kommission haben sich zwei Tendenzen gegenübergestanden, eine negative und eine positive, die eine theoretisch, die andere praktisch und aktiv. Aktive Politik, eine Politik der Aktion zu betreiben ist unsere Pflicht. Vor 1870, als wir noch eine kleine Gruppe waren, als wir noch an die Katastrophentheorie glaubten, da hielten wir es für ausreichend, gegen den Kapitalismus lediglich zu protestieren, unseren Anhängern ihre schrecklichen Leiden vor Augen zu halten und ihnen im scharfen Gegensatz dazu das Paradies der Zukunft vor Augen zu führen. Jetzt haben wir die Pflicht erkannt, gegen den Kapitalismus auch zu handeln. Auch in der Kolonialpolitik müssen wir ein Reformprogramm haben. Die große Mehrheit der Kommission hat eine Resolution angenommen, die von einem rein negativen Standpunkt absieht und eine

sozialistische Kolonialpolitik

fordert. Aus der Resolution der Minorität spricht eine dumpfe Verzweiflung. Sie ist nicht nur unbestimmt in ihren Ausdrücken, sondern steht auch in schärfstem Widerspruch mit den Tatsachen und der Wahrheit. Ich verstehe nicht, wie ein denkender und theoretisch gebildeter Sozialdemokrat die Resolution unterzeichnen konnte. Ledebour wird doch auch überzeugt davon sein, daß der Kapitalismus in Europa eine Notwendigkeit ist, eine notwendige und unvermeidliche Entwickelungsstufe. Sollte das gleiche nicht auch für den Kapitalismus in den Kolonien zutreffend sein? Ledebour erklärt die kolonialen Greuel für einen integrierenden Bestandteil der kapitalistischen Kolonialpolitik und fordert zum Protest gegen die koloniale Barbarei auf. Wenn wir diesen internationalen Kongreß ernst nehmen, so müssen wir mehr tun als Proteste erheben. Das haben wir in der kräftigsten Weise schon auf den vorhergehenden internationalen Kongressen und auf den nationalen Parteitagen getan. Gewiß, die kolonialen Greuel sind schrecklich, aber es ist nicht wahr, daß wir unfähig sind, sie zu unterdrücken und die Kolonialpolitik zu verbessern. Wir Holländer sind eines der ältesten Kolonialvölker. Aber wir haben es erreicht, daß man jetzt in den holländischen Kolonien nicht mehr alltäglich mordet, martert, brennt und plündert. Ledebours Zukunftspläne sind reichlich utopistisch. Er weiß doch sicher nicht, daß eine zukünftige Kolonialpolitik nach menschlichen Grundsätzen immer ganz friedlich sein wird. Ich würde es sehr bedauern, wenn eine so große Nation wie die deutsche sich im Vertrauen auf so utopische Pläne in den Schmollwinkel stellen und für die Gegenwart auf die bloße Negation beschränken würde. Die Resolution der Minorität leugnet weiter die Möglichkeit, durch die kapitalistische Kolonialpolitik die Produktivkräfte der Kolonien zu entwickeln. Das verstehe ich von einem denkenden Menschen überhaupt nicht. Man denke doch nur einen Augenblick an die Kolonisation der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ohne die Kolonisation Amerikas würden dort heute doch die Eingeborenen in den dürftigsten kulturellen Verhältnissen leben. Will Ledebour der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung etwa die unentbehrlichen Rohstoffe entziehen, die die Kolonien ihr bieten können? Will er auch nur für die Gegenwart auf die unermeßlichen Reichtümer der Kolonien verzichten? Wollen diejenigen deutschen, französischen und polnischen Delegierten, die die Minderheitsresolution unterzeichnet haben, die Verantwortung dafür übernehmen, das gegenwärtige koloniale System einfach aufzuheben? Solange die Menschheit besteht, hat es Kolonien gegeben, und ich glaube, es wird sie noch recht lange geben, es wird sogar nicht viele Sozialisten geben, welche die Kolonien für die zukünftige Gesellschaftsordnung für unnötig halten. Aber über diese Frage brauchen wir heute nicht zu diskutieren. Nur das frage ich Ledebour, ob er jetzt unter dem kapitalistischen Regime den Mut hätte,

die Kolonien aufzugeben.

Vielleicht sagt er uns auch, was er dann mit der Ueberbevölkerung Europas anfangen will, in welchen Ländern sich die Leute, die auswandern müssen, ihre Stätte suchen sollen, wenn nicht in den Kolonien. Was will Ledebour mit dem wachsenden Ertrag der europäischen Industrie anfangen, wenn er ihm nicht in den Kolonien neue Absatzgebiete schaffen will? Und will er sich als Sozialdemokrat etwa der Pflicht entziehen, ständig an der höheren Bildung und Weiterbildung der zurückgebliebenen Völker zu arbeiten? Allerdings scheint mir in der Mehrheitsresolution der Passus über den Schutz der Eingeborenen und über internationale Verträge wenig glücklich. Diese diplomatischen Verabredungen, auf die wir keinen Einfluß haben, haben stets der Reaktion gedient. Das beweisen die Erfahrungen der letzten Jahre ganz deutlich. Es könnte auch bedenklich sein, mit dem Schutze der Eingeborenen auf eine internationale Regelung zu warten. Die internationale Regelung bietet noch eine weitere Gefahr. Ich bitte Sie daher, den letzten Absatz der Mehrheitsresolution zu streichen. Ich gehe in der Anerkennung der bürgerlichen Kolonialpolitik nicht so weit wie Bebel, der am 1. Dezember des vorigen Jahres im deutschen Reichstage erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter kolonisierender Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenschaften der Zivilisation und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im weitesten Maße zu unterstützen bereit wären.“ Bebel geht also von der Annahme aus, daß auch im bürgerlichen Staat schon die Kapitalisten eine Kulturmission erfüllen könnten. Wir haben für unsere Resolution eine vorsichtigere, für Ledebour und seine Freunde liebenswürdigere Form gewählt und gleichwohl hat die Minderheit unsere Resolution abgelehnt. Nun kann man ja eine Resolution ablehnen. Aber man verhindert damit doch nicht, daß Kolonien existieren. Der ganze Erdball ist geteilt unter die kolonialen Mächte. Mit dieser Tatsache muß auch Ledebour rechnen. Die sozialistische Partei hat die Pflicht, auch in der kolonialen Frage zu handeln. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Pflicht, die große Macht, die sie hat, auch in der kolonialen Frage zur Geltung zu bringen. Im Jahre 1900 hatte der Internationale Kongreß in Paris die Sozialisten aller Länder aufgefordert, die kolonialen Fragen zu studieren, ein Kolonialprogramm zu entwerfen. Ich frage die deutsche Sozialdemokratie: Wo ist Euer Kolonialprogramm? Ihr habt immer nur mit dem Herzen gegen die Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten der Kolonialpolitik protestiert, und ich habe Ledebours warmherzige Rede mit lebhaftester Anteilnahme gelesen. Aber es ist traurig, das auszusprechen: Getan habt Ihr nichts für die Entwickelung der deutschen Kolonien. Geistig ist die deutsche Sozialdemokratie in der Kolonialfrage nicht auf der Höhe gewesen. Wo sind Eure Schriften, Eure Schriftsteller, die über die Kolonialfrage geschrieben hätten? Wer von Euch ist in die Kolonien gegangen, um dort die Verhältnisse zu studieren? Es wäre Eure Pflicht gewesen, nicht nur Opposition zu machen, sondern auch zu handeln. Aber Ihr habt es nicht getan, ebenso wenig wie Frankreich. Nur das kleine Holland hat seine Pflicht getan und ein

Minimalprogramm für die Kolonien,

eine Art sozialistischer Kolonialpolitik entworfen. Wenn Sie unsere Resolution annehmen, so tun Sie den ersten Schritt auch zur Herstellung eines deutschen Minimalprogramms, zu einer sozialistischen Kolonialpolitik. Ich bedaure besonders im Interesse Deutschlands, daß die Sozialdemokratie dort sich darauf beschränkt hat, die Notwendigkeit und Nützlichkeit von Kolonien zu bestreiten. Sie haben im letzten Wahlkampfe gesehen, wie durch den Gedanken von der Nützlichkeit der Kolonien die Massen hypnotisiert worden sind: die Kleinbürger und selbst die Industriearbeiter. Zu Hunderttausenden sind Dernburgs Broschüren ins Land hinausgeflattert. (Der Uebersetzer sagt: „Des Genossen Dernburg“ — stürmische Heiterkeit —, worauf **Ledebour** unter erneuter Heiterkeit dazwischen ruft: „So kann es ja noch kommen!) Ich weiß, daß Dernburgs Zahlen unrichtig sind, und ich weiß, daß weder der deutsche Handel, noch seine Industrie vom Besitze der Kolonie abhängt. Aber man kann doch auch nicht sagen, daß die Kolonien für Handel und Industrie in der Welt ganz gleichgültig wären. Ich gebe zu, daß die Industrie Hollands rückständig ist, weil es Kolonien hat. (Hört! hört!) Anstatt in der einheimischen Industrie legen die holländischen Kapitalisten ihr Geld in den Kolonien an. Die Profite, die Holland aus seinen Bergwerken und aus seiner Fischerei zieht, sind viel wichtiger für die holländischen Arbeiter, als die Profite aus der Ausbeutung der Kolonien. Keine 30 000 Arbeiter arbeiten in Holland für den kolonialen Export. Die Summe ihrer Jahreslöhne beträgt etwa 35 Millionen Mark, während die Gehälter der Beamten in den Kolonien und die Profite der Kapitalisten aus der Ausbeutung der Kolonien 315 Millionen Mark betragen. Die kapitalistische Kolonialpolitik hat nur die Ausbeutung der Eingeborenenstämme im Auge. Ihr müßten wir eine sozialistische Eingeborenenpolitik entgegenstellen. Die Kapitalistischen kennen nur das Recht des Stärkeren. Wir Sozialdemokraten wollen auch das Recht der Eingeborenen zur Geltung bringen. Die beiden Kriege der letzten Zeit sind aus der Kolonialpolitik hervorgegangen. Bei einem Kriege zwischen Japan und Amerika würde es sich um die Herrschaft im Stillen Ozean handeln und auch ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich könnte nur koloniale Ursachen haben. Daher wäre es die erste Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, sich gegen den Imperialismus zu wenden, wie auch die englischen Arbeiter den Imperialismus Chamberlains bekämpft haben. Es ist die Pflicht der Sozialdemokratie Deutschlands, die Kolonialfrage näher zu prüfen und ein Programm für die Kolonialpolitik aufzustellen. Wir müssen die Wege zeichnen, auf denen einerseits die Ausbeutung der Eingeborenen in den Kolonien eingeschränkt und andererseits ihr Kulturstand gehoben werden kann, um sie zu gleichberechtigten Menschen zu machen. Aufgabe des Kongresses ist es, dafür zu sorgen, daß den Millionen unglücklicher Eingeborenen durch praktische Arbeit der Sozialdemokratie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft geöffnet wird. (Beifall bei den Engländern und Holländern.)

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Die deutsche Delegation hat beschlossen, der Mehrheitsresolution ihre Zustimmung zu geben.

Nachmittagssitzung.

Singer eröffnet die Nachmittagssitzung kurz nach 3 Uhr und eröffnet die Diskussion über die Resolutionen zur Kolonialfrage. Die Resolution der Engländer über die englische Herrschaft in Indien soll besonders beraten werden.

Quelch-London

von der Socialdemokratic Federation tritt für die Resolution der Minorität ein. Er wendet sich vor allem gegen den ersten Absatz der Mehrheitsresolution, der keine prinzipielle Ablehnung der Kolonialpolitik bedeute, sondern nur ausspreche, daß der Nutzen der Kolonien übertrieben werde. Von den Regierungen könne man aber einen Schutz der Proletarierinteressen nie erwarten.

Eduard Bernstein:

Ich spreche für die Resolution der Mehrheit. Es kann sich für uns nicht darum handeln, die bürgerlichen Klassen zu verteidigen. Wir alle sind ihre Gegner und es handelt sich für uns nur darum, wie wir dieser Gegnerschaft Ausdruck geben. Mit der steigenden Macht der Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern steigt ihre Verantwortung. Wir dürfen deshalb auch in der Kolonialpolitik nicht einen rein negativen Standpunkt einnehmen, sondern wir müssen eine positiv sozialistische Kolonialpolitik treiben. (Bravo!) **Wir müssen von der utopischen Idee abkommen, die dahin geht, die Kolonien zu verkaufen.** Die letzte Konsequenz dieser Anschauung wäre, daß man die Vereinigten Staaten den Indianern zurückgäbe. (Unruhe.) Die Kolonien sind da. Damit muß man sich abfinden. **Eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker vor Nichtkulturvölkern ist eine Notwendigkeit,** die auch Sozialisten anerkennen sollten. Lassalle und Marx haben das auch anerkannt. Marx schreibt im dritten Bande seines „Kapitals“: „Die Erde gehört nicht einem einzigen Volke, sondern der Menschheit, und jedes Volk hat sie zum Besten der Menschheit zu verwalten.“ — Und Lassalle sagt einmal: „Das Recht eines Volkes auf eigene Entwickelung ist ebensowenig ein absolutes Recht, wie es überhaupt eins gibt. Es ist an die Bedingung geknüpft, daß eine Entwickelung da ist. Völker aber, die sich nicht entwickeln, dürfen mit Recht von Völkern, die eine Kulturentwickelung haben, je nachdem unterworfen werden.“ Auch frühere internationale Kongresse haben das anerkannt. Stellen wir uns doch auf den Boden der realen Tatsachen, und dann müssen wir dazu kommen, der kapitalistischen Kolonialpolitik eine sozialistische entgegenzusetzen. Ein großer Teil unseres Wirtschaftswesens baut sich auf der Produktion aus den Kolonien auf, mit denen die Eingeborenen gar nichts anzufangen wußten. Aus allen diesen Gründen müssen wir die Resolution der Mehrheit annehmen.

An dem letzten Absatz würde ich persönlich **nicht festhalten,** wenn auch die Aufforderung an die Regierungen, ein internationales Kolonialrecht zu schaffen, nicht bedingt, daß wir uns nachher all dem unterwerfen, was von ihnen beschlossen wird. Wir haben eine ganze Reihe internationaler Verträge, die, so mangelhaft sie sein mögen, doch immerhin einen Fortschritt bedeuten. Insofern ist es ganz gut, daß auch dieser Gedanke in der Resolution Ausdruck gefunden hat. Die belgische Sozialdemokratie hat die Anerkennung des Kongos deshalb verworfen, weil sie nicht die Verantwortung der belgischen Abgeordneten für das Wohl der Neger anerkannte, sondern im Hinblick auf internationale Komplikationen. Jedenfalls steht fest, daß es besser wäre, wenn der Kongo unter der Herrschaft eines Parlaments stände, in das die Arbeiterklasse ihre Vertreter sendet. Ich bitte Sie also, die Mehrheitsresolution anzunehmen. (Beifall und Zischen.)

Ledebour (mit Beifall empfangen) vertritt die Resolution der Minorität. Die Genossen von Schweden und Norwegen und Genosse Montefiore lassen durch mich erklären, daß sie ebenfalls für diese Resolution eintreten. Van Kol hat uns Deutschen den Vorwurf gemacht, daß wir im Parlament nur genörgelt und verneint und nichts Positives gearbeitet hätten. Als ein Echo dieser Vorwürfe klang es aus den Worten des Parteigenossen Bernstein heraus. In der Tat haben wir aber ganz in dem Sinne, wie es uns van Kol patronisierend empfahl, positiv gearbeitet. Ich verweise auf den Schlußsatz der von uns dem Kongreß vorgelegten Schrift, wo es heißt:

Da die sozialdemokratische Minderheitspartei in Deutschland ihre grundsätzliche Ablehnung der kapitalistischen Kolonialpolitik zurzeit noch nicht zur Geltung bringen kann, muß sie versuchen, fortlaufend durch kritisierende und kontrollierende Betätigung im Parlament und in der Presse die Uebel möglichst abzuschwächen, die dem Volke in seiner Mehrheit und dem Proletariat insbesondere aus den kolonialen Abenteuern erwachsen. Nicht minder drängt

sich uns die Pflicht auf, die unterdrückten und ausgebeuteten Eingeborenen in den Kolonien nach Möglichkeit zu schützen. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir fortgesetzt zu den verschiedenen Fragen der deutschen Kolonialpolitik Stellung genommen. (Hört! Hört!) Zum Beweise dafür, daß wir wirklich positiv mitgearbeitet haben, erinnere ich auch daran, daß wir wirksam aufgetreten sind

gegen die Beraubung der Eingeborenen

an ihrem Lande. Ein Eintreten, das speziell in Togo zu einem gewissen Erfolge führte. Das ist

unsere positive Tätigkeit,

genosse van Kol. (van Kol: Ich habe nach Eurem Programm gefragt!) Wenn ich Tatsache an Tatsache reihe und zeige, was wir für den Schutz der Eingeborenen tun, ist ein spezielles theoretisches Programm wohl von untergeordneter Bedeutung. Ein solches Programm kann auch nicht aus dem Aermel geschüttelt werden. Wir müßten zunächst auf dem Parteitag die Frage diskutieren, gründlicher, als es bisher möglich war, und dann werden wir auch ein Programm haben. Wir wenden uns vor allem gegen den ersten Satz der Mehrheitsresolution, in der die prinzipielle Anerkennung des Nutzens der Kolonien auch für die Arbeiter enthalten ist. Derselbe van Kol, der der Vater dieser Resolution ist, hat festgestellt, daß die Kolonialpolitik Hollands erstens ein Unglück für die Eingeborenen und zweitens ein Unglück für die Arbeiter war. (Hört! hört!) Das mußte van Kol auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen in den holländischen Kolonien konstatieren. Trotzdem bringt er eine solche Resolution ein und wirft uns dann Inkonsequenz vor. Wenn van Kol sich gegen den dritten Absatz unserer Resolution wendet, so verwechselt er wohl Produktivkräfte mit den Produkten. Es ist sehr wohl möglich, daß die Produkte gesteigert würden, während die Produktivkräfte dadurch vermindert werden. Denn zu diesen Produktivkräften gehört die Produktionsfähigkeit des Landes und die Arbeitskräfte der Eingeborenen. Ich komme nun zu Bernstein. Wenn wir seiner Methode der Kolonialpolitik folgen würden, würden wir bald in den kapitalistischen Sumpf kommen. Ich erinnere daran, daß Bernstein mit einigen Fabiern und englischen Sozialisten im Burenkriege auf die Seite der englischen Jingos trat. (Hört! Hört!) Er war imperialistischer als selbst die englischen Liberalen. Er trat für die Unterjochung Transvaals durch England ein, wie jener Genosse Blatchford, der sich während des Burenkrieges jeden Abend von seiner Tochter „Rule Britannia" auf dem Piano vorspielen lassen wollte. (Heiterkeit.) Hat er das während des ganzen Krieges getan, so muß das von unheilvoller Wirkung auf die Familie Blatchford gewesen sein. (Große Heiterkeit.) Es war auch Bernstein, der keinen Anstand genommen hat, als Kiautschou zwangsweise von den Deutschen gepachtet wurde, zu erklären, daß das nicht der schlechteste Streich der deutschen Diplomatie gewesen sei, während wohl heute alle Welt darüber einig ist, daß diese Pachtung eine der törichtsten Taten Deutschlands war. Fürst Bülow, der sich ja jede Dummheit eines Revisionisten gern zunutze macht, hat Bernstein natürlich wegen jenes Ausspruches als großes Licht gefeiert. Im Gegensatz zu Bernstein verwerfe ich absolut die Bevormundung anderer Nationen und halte es für unmöglich, daß der Kongreß eine solche Bevormundung gutheißt. (Lebhafter Beifall.)

Eduard David:

Ich bitte Sie, die Resolution der Mehrheit anzunehmen und stelle fest, daß die Mehrheit der deutschen Delegation hinter ihr steht. Was ist der Sinn des ersten Absatzes dieser Resolution? Er will in keiner Weise eine Rechtfertigung der kapitalistischen kolonialen Methode aussprechen. Diese Unterstellung weise ich entschieden zurück. (Beifall.) Das kann schon deshalb der Sinn dieses ersten Absatzes nicht sein, weil im zweiten Satz erklärt wird, daß wir energisch ankämpfen gegen die jetzige, d. h. kapitalistische koloniale Methode. (Sehr richtig!) Es handelt sich lediglich darum, auszusprechen, daß wir nicht gegen jede Kolonialpolitik als solche im Prinzip sind. Das aber müssen wir aussprechen, wenn nicht unser Eintreten für einzelne koloniale Reformen vollkommen sinnlos sein soll. Ledebour erklärt die Kolonialpolitik überhaupt nicht für reformfähig und derselbe Genosse Ledebour ist damit einverstanden, daß der Kongreß im zweitletzten Absatz der Resolution erklärt, daß er zum Zwecke der Verbesserung des Loses der Eingeborenen für Reformen in den Kolonien eingetreten habe. (Hört! Hört!) Bei dieser Logik hat er kein Recht, anderen Unlogik vorzuwerfen. Wenn die Minorität sagt, an der heutigen Kolonialpolitik ist absolut nichts zu verbessern, sie ist unter allen Umständen ein Schaden für die Eingeborenen und das Land, das sie treibt, so muß diese Minderheit, wenn sie konsequent wäre, dafür eintreten, daß die Kolonien abgeschafft werden. (Sehr richtig!) **Ledebour ruft mir zu, das wollen wir auch!** (Lebh. Hört! Hört!) Dann mögen die englischen Kameraden, die für die Resolution Ledebour eintreten, in ihren Parlamenten beantragen, ihre Kolonien abzuschaffen und ebenso die französischen Genossen. Und wenn nun wirklich die Vertreter dieser Auffassung in der Lage wären, die Kolonien als solche zu beseitigen, würde das heißen, diese den Eingeborenen zurückzugeben. Was würde wohl dann mit den Kolonien geschehen? Nicht Humanität würde in ihnen walten, sondern sie würden in die Barbarei zurückfallen. (Sehr richtig!) Nun hat Genosse Ledebour den Anschein zu erwecken gesucht, als ob die Anschauung, daß ein Volk berechtigt sein kann, eine Kulturmission in den Kolonien zu betreiben, im Munde eines Sozialisten verwerflich wäre. Demgegenüber erinnere ich an die Erklärung Bebels am 1. Dezember 1906, in der er den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik darlegte. Er sagte: „Daß Kolonialpolitik betrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. (Hört! Hört!) Kolonialpolitik zu treiben, kann unter Umständen eine Kulturtat sein. Es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird. (Hört! Hört!) Wenn die Vertreter kultivierter Völkerschaften zu den fremden Völkern als Freunde kommen, als Wohltäter, als Erzieher der Menschheit, um ihnen zu helfen, die Schätze ihres Landes im Interesse der Eingeborenen und der ganzen Kulturmenschheit zu heben, dann sind wir damit einverstanden." (Hört! hört!) Erziehen heißt doch bevormunden! Ledebour hat erklärt, wir hätten kein Recht, kulturell niedriger stehende Völker zu bevormunden. Denselben Standpunkt wie Bebel in dieser Erklärung hat auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrem Aufrufe zu den Wahlen, bei denen es sich um die Kolonialpolitik handelte, eingenommen. Und Genosse Ledebour hat den Aufruf der Fraktion mit unterzeichnet. (Hört! hört!) Um so weniger sollte er in so unschöner Weise Bernstein Mangel an logischem Denken vorwerfen. Was die Artikel Bernsteins während des Burenkrieges anlangt, so will ich zum Verständnis nur bemerken, daß diese Artikel gegen die Englandhetze in der deutschen Presse gerichtet waren. Ledebour hätte besser getan, diese persönliche Sache aus der Debatte zu lassen. (Sehr richtig.) Wenn Sie nicht nur Fragen stellen, sondern konsequent sein wollen, müssen Sie den ersten Absatz der Resolution annehmen. Auch die Kolonien müssen durch den Kapitalismus hindurch. Auch dort springt man nicht aus der Wildheit in den Sozialismus. (Sehr gut.) Der Schmerzensweg durch den Kapitalismus wird der Menschheit nirgends geschenkt und gerade nach der wissenschaftlichen Anschauung von Karl Marx ist dieser Weg eine Voraussetzung für ein sozialistisch geordnetes Wirtschaftswesen. Der Sozialismus ist in keiner Weise nur Kritik. Er hat überall ein positives Ideal, ein Ziel, das nur durch schrittweise Reformen zu erreichen ist. Aus unserem positiven kolonialpolitischen Ideal rechtfertigt sich unsere reformatorische Tätigkeit auf diesem ganzen Gebiete. Das gibt unserer Tätigkeit das große Ueberwältigende, die Gewißheit des Sieges. Daher bitte ich Sie, im Interesse der in den Kolonien lebenden Mitmenschen und dem Interesse des Fortschritts unserer Kultur diesem positiven Ideal Ihre Zustimmung zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Vorsitzender Singer: Ich habe noch folgende Mitteilung zu machen. Unser Genosse Quelch hat in seiner Rede die Vertreter der einzelnen Länder bei der Haager Konferenz als Diebe und Räuber bezeichnet. Nach Rücksprache mit Quelch habe ich zu erklären, daß er mit dieser Bezeichnung nicht etwa die Mitglieder der Haager Konferenz persönlich treffen wollte, sondern die konsequent auch auf jener Konferenz vertretenen kapitalistischen Interessen bezeichnen wollte.

Die Kommissionen.

Frauenwahlrecht.

Stuttgart, 20. August.

(Ausführlicher Bericht.)

Singer führt den Vorsitz. Der Beratung liegt die von der Internationalen Frauenkonferenz beschlossene Resolution zugrunde. Es wird beschlossen, zunächst eine Generaldiskussion stattfinden zu lassen.

Wibaut-Holland:

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Viktor Adler-Wien

unterstützt diesen Antrag. Ich schlage deshalb vor, die Resolution zu beginnen:

„Der Internationale Sozialistenkongreß begrüßt mit größter Freude, daß zum ersten Mal eine internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart zusammengetreten ist und erklärt sich mit den von ihr aufgestellten Forderungen solidarisch. (Bravo!) Insbesondere erklärt der Kongreß die sozialistischen Parteien aller Länder für verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen" usw.

Wir halten außerdem eine Einfügung für notwendig. Wir verdanken den Erfolg des hinter uns liegenden Wahlrechtskampfes in erster Reihe dem Opfermut, der Disziplin, dem Verstand und der Hingabe unserer Genossinnen. (Lebhafter Beifall.) Sie haben den Kampf mit uns geführt und haben mit uns gesiegt. Aber sie haben mehr getan. Sie haben sich den taktischen Notwendigkeiten dieses Kampfes freiwillig und selbstverständlich gefügt, sie haben das Verdienst, daß sie so viel politisches Verständnis für unsere Lage gehabt haben, daß sie uns den Kampf nicht erschwert, sondern erleichtert haben. Ihre Situation war eine schwere. Die bürgerlichen Frauen haben Meetings für das Frauenwahlrecht in dem Moment abgehalten, wo das Männerwahlrecht noch sehr in Frage stand und forderten unsere Genossinnen zur Teilnahme auf. Unsere Genossinnen aber waren einsichtig genug, zu sagen: Unser Platz ist an der Seite unserer Männer, wir haben nur eine gemeinsame proletarische Sache! (Bravo!) Nun kamen unsere Frauen hierher, sie standen vor der sozialistischen Oeffentlichkeit weiblichen Geschlechts. Sie verlangen keine Anerkennung, aber sie verdienten es noch weniger, daß sie gerügt werden für ihr Verhalten, wie es geschehen ist von Genossinnen, deren Verdienste ich hoch schätze, die aber unsere österreichischen Verhältnisse absolut nicht kennen. (Unruhe.) Wir werden daher eine Einfügung beantragen, die dem Gedanken Ausdruck gibt, daß es den Organisationen der einzelnen Länder überlassen bleiben muß, den Augenblick und die Methode, in dem sie für das Frauenwahlrecht eintreten, zu bestimmen. (Bravo!)

Klara Zetkin:

Ich kann zunächst im Einverständnis mit den Genossinnen Zietz und Ihrer erklären, daß wir uns auf den ersten Teil unserer Resolution nicht versteifen, der für die besonderen Zwecke der ersten internationalen Frauenkonferenz bestimmt war. Weiter erkläre ich, daß wir den Oesterreichern keine Rüge erteilt haben. Es ist ausdrücklich betont worden, daß die Resolution keinen schulmeisterlichen Tadel enthalten soll, sondern eine Richtschnur sei für das Verhalten bei künftigen Wahlrechtsfesten. (Sehr richtig!) Wir haben in Frage gestellt, ob es wirklich notwendig war, das Wahlrecht der Frauen auszuschalten, und da ist es unser gutes Recht, anderer Meinung zu sein als Genosse Adler. Wir sind der Meinung, daß internationale Kongresse die Pflicht haben, feste prinzipielle Richtlinien zu beschließen. Sonst sinken sie herab auf das Niveau freundschaftlicher Zusammenkünfte und scheiden aus den Aktionsmitteln der internationalen Sozialdemokratie aus. Wir halten es nicht für eine Frage der Taktik, sondern des Prinzips, daß wir unsere Prinzipien stets aufrecht erhalten und sie nicht von vornherein kampflos ausscheiden lassen. (Bravo!)

Viktor Adler-Wien:

Genossin Zetkin sagt mit Recht, der Kongreß hat die Prinzipien festzustellen, nach denen die Parteien vorzugehen haben, sonst hat er keine Berechtigung! Daher habe ich auch alles akzeptiert, was sie in ihrer Resolution prinzipiell fordert. Anders steht es mit der praktischen Durchführung der prinzipiellen Ziele. Wir halten es da für richtig, daß jedes Land nach seinem besten Wissen und Gewissen bestimmen und die Verantwortung dafür tragen soll, wie es den Kampf für die hier festgesetzten Prinzipien führt. (Sehr richtig!) Ich habe vorgeschlagen, daß dies in einem besonderen Passus anerkannt wird. Wenn aber Genossin Zetkin meint, es sei besser, wenn dieser Zusatz nicht hineinkommt, so sage ich Ihnen, daß das an den Verlauf der Dinge gar nichts ändern wird. (Sehr richtig!) Nehmen Sie unseren Antrag an, so beweisen Sie damit, daß Sie soviel politisches Verständnis haben, um zu wissen, daß die politische Konstellation in jedem Lande ergibt, was in diesem Lande in einem bestimmten Moment möglich und wünschenswert ist. (Bravo!)

Frau Dr. Pelletier-Paris

wendet sich gegen den österreichischen Vorschlag. Nach ihrer Erfahrung werde es dann den Männern nie opportun erscheinen, das Frauenwahlrecht zu erkämpfen; die Frauen würden immer mit Sympathieerklärungen abgespeist werden.

Adelheid Popp-Wien:

Genossin Zetkin meinte, eine Rüge wäre uns nicht erteilt worden. Tatsache ist doch aber, daß unser Verhalten mißbilligend kritisiert worden ist schon in Mannheim, wo mir leider das Wort zur Aufklärung verweigert wurde. Wir sind der Meinung, daß es nicht Aufgabe der sozialistischen Frauen allein, sondern Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien ist, den Kampf um das Wahlrecht zu führen. Sehr fördern wir die Sache des Frauenwahlrechts, wenn die Kommission dem Kongreß vorschlagen würde, es sollen zu einer bestimmten Zeit in allen Ländern große Massenkundgebungen aller Sozialdemokraten für das Frauenwahlrecht stattfinden. (Bravo!)

Miß Kenw-London

schlägt folgenden Zusatz zu der Resolution vor:

„Der Internationale Kongreß erkennt an, daß es nicht angebracht sei, für jedes Land die genaue Zeit anzugeben, wo ein Wahlrechtskampf anzufangen sei, erklärt jedoch, daß, wenn ein Kampf für das Wahlrecht geführt wird, er nur nach den sozialistischen Prinzipien geführt werden solle, also mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer." (Bravo!)

Klara Zetkin:

Mir scheint, daß man verkennt, worum es sich eigentlich handelt. Wir wünschen nicht eine erneute Prinzipienerklärung für das Frauenwahlrecht, sondern es handelt sich für uns darum, einen Schritt vorwärts zur Verwirklichung des allgemeinen Frauenwahlrechts zu tun. (Bravo!) Die Frage ist, welcher Weg ist dazu zu beschreiten? Dabei sind wir der Meinung, daß der Kampf für das Frauenwahlrecht nicht losgelöst werden kann von den Wahlrechtskämpfen des männlichen Proletariats. Wir wehren uns dagegen, daß aus taktischen Erwägungen das Frauenwahlrecht aus den jeweiligen Wahlrechtskämpfen ausgeschaltet wird. Natürlich sind wir nicht so politisch ungeschult, daß wir verlangen, daß die sozialistischen Parteien aller Länder in jedem Wahlrechtskampf unter allen Umständen aus der Forderung des Frauenwahlrechts den Grund- und Eckstein des Kampfes machen. Das wird von der historischen Entwickelung in den einzelnen Ländern abhängen. Wenn wir die Taktik kritisieren, die das Frauenwahlrecht von vornherein kampflos in die Tasche steckt, so verlehen wir damit nicht die Pflicht der internationalen Solidarität, die nicht darin besteht, daß wir alles loben und nachahmen, was eine Partei des Auslandes tut. Vor allem bitte ich Sie schließlich nochmals, auch die scharfe prinzipielle Ablehnung des beschränkten Frauenwahlrechts, die wir beantragt haben, anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Die **Generaldiskussion** wird hierauf **geschlossen**. Die ausführlichen Eingangsabsätze der deutschen Resolution werden mit großer Mehrheit gestrichen, dagegen die von Viktor Adler vorgeschlagene kurze Einleitung einstimmig angenommen.

In der **Spezialdiskussion** nimmt zunächst das Wort

Miß Mac Millan,

um das Verhalten der englischen Frauen zu rechtfertigen, die für das beschränkte Frauenwahlrecht eintreten. Frauen, die so viel Opfer für ihre Sache brächten, müsse man zugestehen, daß sie für ein hohes Ziel eintreten, und dürfe nicht davon reden, daß sie sich den reichen Frauen verkauft hätten. Keir Hardie, der doch sicher für die Interessen des Proletariats eintrete, habe selbst betont, daß mit der Gewährung des von den englischen Frauen erstrebten Wahlrechts 80 Proz. der Frauen das Wahlrecht bekämen.

Mr. Shaw

würde es für ein großes Unglück halten, wenn in irgendeinem Lande ein beschränktes Wahlrecht angenommen würde. Nicht 80 Prozent, sondern 29 Proz. der Frauen würden in England bei Annahme des vorgelegten Gesetzes das Wahlrecht bekommen. (Widerspruch von Miß Mac Millan.)

Ein **Schlußantrag** wird **angenommen**. Der Abänderungsantrag Adler wird mit 12 gegen 9 Stimmen **abgelehnt**, dagegen der Zusatzantrag Kenw angenommen, ebenso die so veränderten drei Absätze der deutschen Resolution.

Zur Referentin für das Plenum wird die Genossin **Zetkin** gewählt.

Kommission für Ein- und Auswanderung.

Stuttgart, 20. August.

Der Vorsitzende Ellenbogen-Wien eröffnet die Sitzung und erteilt als erstem Redner das Wort dem Genossen

Kotsche-Rumänien:

Es gibt zwei Arten von Einwanderungen, eine natürliche, die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen entspringt, und eine andere, nämlich die der Streikbrecher, die namentlich von den Regierungen und den Kapitalisten gefördert wird. Es gibt aber noch eine andere Form der Auswanderung, das ist diejenige, die von den Regierungen durch die **Massenausweisungen** verschuldet wird. In Rumänien sind mehr wie 400 000 Juden vollständig rechtlos. Jeder Polizist kann sie maßregeln. Redner geht auf die Massenausweisung der rumänischen Juden näher ein und namentlich der jüdischen Arbeiter, die oft über Nacht ohne jeden Heller aus dem Lande gejagt werden. Er fordert die Kommission auf, den sozialistischen Abgeordneten es zur Pflicht zu machen, in allen Parlamenten die Regierungen an solchen Massenausweisungen zu hindern.

Ellenbogen-Wien:

Die Diskussion bewegt sich in zwei Richtungen. **Die einen vertreten das Interesse des Einwanderungslandes, die anderen das der Auswanderer.** Zwischen diesen beiden Ansichten scheint keine Versöhnung möglich. Dennoch läßt sich hoffentlich eine Einigung erzielen, wenn wir diesen Erscheinungen auf den Grund gehen. Ich bitte Sie aber, diese komplizierte Frage nicht noch mit anderen Fragen zu belasten, wie mit der Lage der Juden in Rumänien. Ein- und Auswanderung sind keine Fragen der Moral, sondern Fragen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Mittel, mit denen der Kapitalismus versucht, seine Profitrate zu erhöhen und die Löhne der Arbeiter zu drücken. Es ist daher die Aufgabe des Kongresses, diesen beiden Bestrebungen entgegenzutreten. Es handelt sich darum, die beiden oben angegebenen Standpunkte zu verbinden und in beiden Richtungen Vorsorge zu treffen. Ich glaube, daß dies am besten möglich ist, indem wir negativ vorgehen und alles ausschließen, was von vornherein für Sozialisten unannehmbar ist, wie z. B. alle Ausnahmegesetze und alle gänzlerischen Maßregeln. Genosse Hillquitt wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich seine Resolution wegen ihrer unklaren Fassung nicht akzeptieren kann. Wir sollten uns doch vor solchen Unterscheidungen hüten, wie „natürliche" und „unnatürliche" Emigration, da es sich dabei um Kautschukbestimmungen handelt. Wir haben aber auch eine Reihe positiver Maßnahmen, bei denen die Hauptaufgaben den Gewerkschaften zufallen. Sie sollen ihre Arme bis ins Auswanderungsland ausstrecken und im Mutterlande der Auswanderer Aufklärung verbreiten, wie dies die deutschen Gewerkschaften in musterhafter Weise getan haben. Sie müssen auch Streikbrecherexporte zu verhindern suchen. Vor allem aber müssen sich die Gewerkschaften des Einwanderungslandes bemühen, die Einwanderer zu sich herüberzuziehen und ich muß es aufs höchste bedauern, daß **viele amerikanische Gewerkschaften den Einwandernden den Eintritt erschweren.** Eine zweite Reihe von Aufgaben liegt auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung. Dem Vorschlag Diners, den **Minimallohn** zu fordern, ist noch der des **Maximalarbeitstages** hinzuzufügen. Auch muß das Submissionswesen kontrolliert werden. Vor allem aber müssen wir eine genaue **Kontrolle der Auswandererschiffe** fordern. Schon dadurch würde die chinesische Einwanderung in der schlimmsten Form unmöglich werden, da bei Forderung gewisser Luftmengen pro Kopf in den Kabinen der Transport unrentabel würde. Ich möchte das Problem so stellen, daß der Kapitalismus danach trachtet, seine Profitrate zu erhöhen, während wir sie erniedrigen möchten, um den Anteil der Arbeiter daran zu erhöhen. Ich will nicht durch Zitieren berühmter Sozialisten Ihren Beifall erringen, sondern weise ausdrücklich auf die Nüchternheit des Problems hin. (Beifall.)

Chyß-Bern:

Wir müssen vor allem die Herabsetzung der Lebensverhältnisse bekämpfen, einerlei, ob diese herabgedrückt werden durch einheimische oder eingewanderte Arbeiter. Gar oft sind auch einheimische Arbeiter Streikbrecher. Der fremde Arbeiter, der mit uns für bessere Lebensbedingungen kämpft, steht uns näher, als der einheimische Streikbrecher. Hier muß auch die Wohnungsgesetzgebung eingreifen. Denn die italienischen Arbeiter werden meist in so elenden Massenquartieren untergebracht, daß schon dadurch der Profit der Kapitalisten erhöht wird. Die Wohnungsgesetzgebung kann hier eingreifen und eine Reihe von hygienischen Maßregeln treffen, sowie einen den Lebensverhältnissen des Landes entsprechenden Komfort zu verlangen. Schließlich sind ein weitgehender Arbeiterschutz und eine gute Arbeiterversicherung nötig, wie für die Einheimischen so auch für die eingewanderten Arbeiter.

Kato-Japan:

Als Vertreter der japanischen Sozialisten muß ich hier in einer ganz speziellen Frage das Wort ergreifen. Die Amerikaner haben uns aus Kalifornien ausgewiesen und begründen dies mit zwei Punkten: erstens, daß die japanischen Arbeiter den Lohn und die Lebenslage der einheimischen Arbeiter herabdrückten, zweitens, daß sie ihnen die Arbeitsgelegenheit wegnähmen. Dagegen möchte ich einwenden, daß dies nicht nur die Japaner, sondern auch die Italiener, Slovaken, Juden usw. tun. Ich frage daher, warum man gerade die japanischen Arbeiter ausweist? Mir scheint es, daß hier die Rassenfrage eine Rolle spielt, daß die Amerikaner sich von der sogenannten gelben Gefahr leiten lassen. Die Geschichte der amerikanischen Nation bestätigt diese Anschauung. Eine weitere Ursache scheint mir zu sein, daß die amerikanischen Kapitalisten ihren

Arbeitern schmeicheln wollen. Die Japaner stehen ebenso unter der Fuchtel des Kapitalismus wie andere Völker, und nur bittere Not treibt sie aus ihrem Heimatlande hinaus, um in der Fremde ihr Brot zu suchen. Es ist die Pflicht der Sozialisten, diese armen Brüder bei sich aufzunehmen, sie zu schützen und mit ihnen zusammen den Kapitalismus zu bekämpfen. Die Begründer des Sozialismus, vor allem Karl Marx, haben sich nicht an einzelne Nationen gewendet, sondern an alle. Der Internationalismus ist auf unsere Fahnen geschrieben und es hieße, dem Sozialismus ins Gesicht schlagen, wenn Sie die armen ausgebeuteten Japaner ausschließen würden. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Dr. Julius Hammer - Vereinigte Staaten (Sozialistische Arbeiterpartei):

Es gibt keinen Mittelweg in dieser Frage der Ein- und Auswanderung. Entweder muß man für eine Einschränkung der Einwanderung sein, oder eine solche energisch bekämpfen. Die Resolution Hillquitt ist ein Vermittelungsversuch. Er ist aber vollständig verfehlt. Redner bekämpft speziell den dritten Punkt der Hillquittschen Resolution, der eine eventuelle Beschränkung der Einwanderung chinesischer und japanischer Arbeiter vorsieht. Das ist durchaus unsozialistisch. Eine gesetzliche Beschränkung der Einwanderung muß verworfen werden. Auf gesetzgeberischem Wege, durch Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien kann für den Sozialismus nichts erreicht werden. Redner führt zahlreiche Beispiele an, wie der Rassenhaß in Amerika auch die Arbeiter verblende und zu Gewalttaten fortreiße. Die Japaner und Chinesen könnten sehr gut organisiert werden. Es sind keine so ungelernten Arbeiter, wie man wähnt. Sie lernen den Kapitalismus sehr wohl kennen und auch bekämpfen. Ich bitte Sie, in keine gesetzliche Einschränkung der Ein- und Auswanderung einzuwilligen. Wir müssen eine große Nation der Ausgebeuteten bilden.

Ein Antrag

Vliegen - Holland

auf Schluß der Generaldebatte wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag angenommen, die Zahl der Redner zu beschränken, und zwar auf je einen aus den Nationen, die noch nicht gesprochen haben.

Wytik - Galizien:

Wir verfolgen die Debatte aus erklärlichen Gründen mit großem Interesse und sind Anhänger der vollen Freizügigkeit. Wir sind infolgedessen gegen die Resolutionen der Amerikaner und Australier und gegen den folgenden Absatz der Resolution Ellenbogen: „Ausschließung derjenigen gewerblichen Arbeiter von der Einwanderung, welche mit einem Unternehmer des Landes in einem Kontraktverhältnis stehen, ferner aller jener, welche die Reise auf fremde Kosten machen." Wir fordern, daß die Sozialisten ein besonderes Auskunftsbureau für Ein- und Auswanderung errichten, welches den Strom der Auswandernden nach den natürlichen Gesetzen von Angebot und Nachfrage regelt und in Fällen von Streiks vor Zuzug warnt. Ich warne auch vor Annahme des Absatzes aus der Resolution des Bundes, der ein staatliches Auskunftsbureau fordert. Im übrigen bin ich für die Resolution Ellenbogen.

Marietzki - Polen

erklärt sich für die französische Resolution, die die vollkommene Freiheit der Ein- und Auswanderung fordert. Nicht mit Phrasen von der allgemeinen Brüderschaft begründen wir die Ablehnung der amerikanischen Resolution, sondern damit, daß wir gar nicht imstande sind, diese im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft liegenden Verhältnisse wirksam zu bekämpfen. Sind aber die amerikanischen Arbeiter mächtig genug, die im Interesse ihrer Kapitalisten liegende Einwanderung billiger Arbeitskräfte zu verhindern, so sollten sie anstatt dessen für Minimallohn usw. eintreten, für Gesetze, die auch den Einwanderern zugute kämen. Ferner polemisiert der Redner gegen Hillquitt und führt die Aufnahmebestimmungen der Amerikaner auf die bürgerliche Ideologie des Rassenkampfes zurück.

Kahan - England

erklärt im Namen der gesamten englischen Sektion, er wolle sich nicht in eine theoretische Diskussion einlassen, aber hervorheben müsse er, daß man doch nicht von den revolutionären Phrasen einer internationalen Brüderlichkeit reden könne. Das sei doch die Quintessenz des Sozialismus. Die Frage der Ein- und Auswanderung sei von zwei Gesichtspunkten aus zu prüfen. Wenn Hillquitt mit seiner Resolution etwa die Einschränkung der Einwanderung bewußter Streikbrecher verlangen wolle, dann sei auch er damit einverstanden. Wenn er aber die freiwillige Einwanderung der Arbeiter einschränken wolle, dann sei er entschieden dagegen, denn das wäre ein Attentat auf die Freiheit und Freizügigkeit der Arbeiter. Das wäre eine Anwendung bürgerlicher Erziehungsmethoden, die auf eine Spaltung des Proletariats hinzielen. Die Proletarier bildeten eine Klasse, die wir nicht innerlich spalten dürften. Wir müssen uns gegen die Rassenunterschiede erheben. Ich empfinde es als eine Schande, daß gerade aus England, dem Sitze der ältesten gewerkschaftlichen Bewegung, Streikbrecher nach Deutschland gegangen sind. Wir dürfen nicht zwischen höheren und minderwertigen Rassen unterscheiden. Die Japaner, deren Vertreter hier soeben mit so viel Kraft die Grundsätze des Sozialismus betont hat und bei denen der Sozialismus so große und schnelle Fortschritte macht, die sind kein minderwertiges Volk, sie können auch organisiert werden.

Valère - Italien

schließt sich den Ausführungen Ellenbogens und Diners an und schildert die Verhältnisse im italienischen Auswanderungswesen. Man dürfe nicht die Auswanderer bekämpfen, sondern die aus der Auswanderung hervorwachsenden Mißbräuche. Dem sind die italienische Partei und Gewerkschaften stets nachgekommen. Wir sind gegen die Beschränkung der Auswanderung, weil wir wissen, daß die Hungerpeitsche, die hinter den Auswanderern steht, stärker ist als alle Gesetze der Regierungen.

Vliegen - Holland:

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit, können also keine so gefährlichen Konkurrenten sein. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßregeln sind, Amerika, Südafrika und Australien, solche sind, in denen im Verhältnis zu ihrer großen Ausdehnung noch wenig weiße Arbeiter sind. In diesen Ländern können noch viele Arbeiter Arbeit finden. Die Einwanderung hat Amerika nichts geschadet, denn gerade hier gibt es ja die höchsten Löhne. Wenn man alle Länder schließen würde, wo sollen denn da die Arbeiter hin? Das können wir Sozialisten unmöglich machen. Die Einwanderung soll frei sein. In Südamerika haben die Regierungen Einwanderer herbeigerufen, aber ihnen keine günstigen Lebensbedingungen verschafft. Da, wo eine starke Einwanderung ist, da sind auch die Lohnverhältnisse besser als in den abgeschlossenen Ländern. Es ist noch gar nicht nachgewiesen, daß durch die Einwanderung die Löhne herabgedrückt werden, aber in den Ländern, wo die Auswanderung eine starke ist, da verbessern sich die Lohnverhältnisse für die bleibenden Arbeiter, wie in Holland, wo zahlreiche Landarbeiter ausgewandert sind, die zurückgebliebenen aber bessere Löhne errungen haben. In Amerika, da steht der Osten offen, aber der Westen, wo die Japaner und Chinesen einwandern, der ist geschlossen. Wenn da keine Rassenfrage dahinter steckt, was steckt denn dahinter? Zurzeit sind die Japaner sehr darüber aufgebracht, als minderwertige Rasse behandelt zu werden. Schon droht der Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten. Ich hoffe, sollte er ausbrechen, so wird es nicht wegen einer Arbeiterfrage sein. Ich muß noch die Frage der Einwanderung in die Kolonien behandeln. In den Bergwerken der holländischen Kolonien werden Chinesen beschäftigt, weil keine anderen Arbeiter da sind. Da haben nun die Sozialisten eingegriffen, in erster Linie Genosse van Kol, und haben für die Chinesen eine Reihe von Verbesserungen erlangt, namentlich den Zehnstundentag und bessere Wohnungsverhältnisse, hygienische Maßregeln usw. Dieses Vorgehen van Kols und der Holländer möge von den anderen Nationen, die ebenfalls Kolonien haben, nachgeahmt werden.

Drei Tendenzen sind hervorgetreten. Die erste findet ihren Ausdruck in den Resolutionen des Bundes, Ellenbogens und der Holländer, die zweite ist in der Resolution Hillquitt enthalten, die dritte ist die Tendenz der Polen, die die volle Freiheit von Ein- und Auswanderung verlangen. Ich beantrage die Abstimmung über die Grundsätze und dann die Einsetzung einer Subkommission, der die Genossen ihr Material und ihre Resolutionen und Amendements übergeben werden und deren Aufgabe sein wird, eine einheitliche Resolution zu verfassen.

Päplow - Deutschland:

Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß die Ein- und Auswanderung vollkommen frei sein soll. Wir unterstützen die Resolution Hillquitt, die wir für fast identisch mit den Resolutionen von Vliegen-Ellenbogen halten, und können keinen erheblichen Unterschied zwischen der Tendenz der drei Resolutionen erkennen. Redner kommt dann auf die Ein- und Auswanderung in Deutschland zu sprechen und führt aus, daß die deutsche Regierung für umfangreiche Erdarbeiten den Massenimport ausländischer Arbeiter organisiert habe, ja sogar ihren Submittenten verbiete, inländische Arbeiter zu beschäftigen, um die Abwanderung aus der Landwirtschaft zu verhindern. (Unruhe.) Im gewissen Sinne bestehen in allen Ländern Beschränkungen der proletarischen Wanderung. So gibt es in Frankreich Bestimmungen, daß ein gewisser Prozentsatz aller öffentlichen Arbeiten von Inländern ausgeführt werden muß, und die französischen Genossen, die hier so eifrig für volle Bewegungsfreiheit eintreten, haben gewiß — und mit Recht — für solche Bestimmungen gestimmt. Wir sind gern bereit, fremde Einwanderer aufzunehmen, sie mit unserer Kultur zu erfüllen und von ihnen zu lernen; aber wir müssen uns gegen den Massenimport schützen. Auch wir stehen vor der Gefahr der Kulieinfuhr. Bei unseren großen Schiffahrtsgesellschaften hat es angefangen, in den Bergwerken und in der Landwirtschaft wird es weiter gehen. Redner kommt dann auf die italienische Einfuhr und ferner auf die Streikbrecherimporte aus England nach Hamburg und Rotterdam zu sprechen und bedauert auf das lebhafteste, daß dies in dem klassischen Gewerkschaftslande möglich gewesen sei. Daran sei aber die konservative Gesinnung der englischen Gewerkschaften schuld, die sich um das Lumpenproletariat nicht kümmern. Wir Deutschen können keine Resolution annehmen, die jede Beschränkung der Fluktuation ablehnt.

Gisher - Rußland:

Es ist sehr schwer, bei dieser Frage zu einer taktischen Lösung zu gelangen. Man muß zwei Ein- und Auswanderungen unterscheiden, eine europäische und eine überseeische. Die erste ist weniger wichtig; hier kann durch die Einführung des Minimallohnes geholfen werden. Dann muß noch unterschieden werden zwischen der Auswanderung, die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen entspringt, und der Auswanderung, die von den Kapitalisten betrieben wird. Das muß auseinander gehalten werden, es ist unmöglich, die erstere Ein- und Auswanderung zu beschränken, da der Kapitalismus doch immer die Mittel und Wege finden wird, die gesetzlichen Schranken zu umgehen. Auch die Gewerkschaften können hier nur mit wenig Erfolg eingreifen. Die Arbeiter haben die Pflicht, überall bessere Löhne zu fordern. Dann müssen wir noch eine strenge Kontrolle der Auswanderungsagenturen und der Schiffahrtsgesellschaften verlangen. Eine Einschränkung der Ein- und Auswanderung ist unmöglich. Die Freizügigkeit der Arbeiter muß gewahrt bleiben.

Der **Antrag Vliegen** auf Abstimmung über das Prinzip einer Resolution und Einsetzung einer Subkommission wird **einstimmig angenommen.** Ebenfalls wird **einstimmig** ein zweiter Antrag **angenommen,** daß die Amendements und sonstigen Resolutionen, die der ersteren nicht zuwiderlaufen, von der Subkommission geprüft und verarbeitet werden können. In die Subkommission werden gewählt: **Ellenbogen, Vliegen, Schippel, Balabanoff** und **Diner-Dinnes.**

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

Stuttgart, 21. August.

(Telegraphischer Bericht.)

Der Vorsitzende **Südekum** teilt mit, daß vom Genossen **Karl Liebknecht** eine **Zuschrift** eingelaufen ist, in der es unter anderem heißt:

„Genosse Vollmar hat mich gestern persönlich in die Debatte gezogen. Zunächst hat er eine Aeußerung meines Vaters zitiert und mit bezug darauf behauptet, auf den letzten Parteikongressen seien Anträge auf Einleitung einer Kasernenagitation, die als gefährliche Kinderei zu betrachten sei, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Ich konstatiere, daß die hier gemeinten Anträge von mir gestellt waren und sowohl eine allgemeine wie spezialisierte antimilitaristische Propaganda als besonderen Zweig der Tätigkeit der Gesamtpartei erstrebten. Dann hat Vollmar mit Rücksicht auf die gegen mich schwebende Anklage die kritischen Worte des Genossen Jaurès mißbilligt. Ich erkläre demgegenüber, daß ich eine solche Rücksichtnahme auf das höchste bedauern würde. Ich wünsche und erwarte vielmehr, daß die gegen mich unternommene Aktion als Klassenjustiz zur Verschärfung und Kräftigung der antimilitaristischen Haltung des Kongresses beitragen möchte." (Bravo!)

Vandervelde - Brüssel:

Hervé hat gesagt, daß Belgien an der Frage als eine so kleine Nation nicht viel interessiert sei. Eine solche Aeußerung im Munde eines Antinationalisten ist immerhin recht merkwürdig. Dazu kommt, daß gerade die kleinen Nationen Opfer eines Krieges sein würden, Belgien überdies wahrscheinlich der Schauplatz des Krieges. Wir sind auch für das Ziel Hervés, aber nicht für seine Mittel. Aus den Ausführungen Vollmars klang der Rat an die Franzosen heraus, Hervé auszuschließen. Vollmar sollte doch nicht die Ausschließung linksstehender Genossen verlangen, da ja auch auch von der Ausschließung rechtsstehender Genossen die Rede ist. (**Vollmar:** Ich habe das ja gar nicht verlangt!) Hervé hat gewiß das Verdienst, in einem so nationalistischen Lande wie Frankreich die Frage des Antimilitarismus aufgerollt zu haben. Sein Rat aber geht dahin, daß die rückständigsten Menschen die Gewehre behalten, die fortgeschrittensten sie wegwerfen. Der Burenkrieg hat gezeigt, daß die englischen Arbeiter heroisch dagegen protestiert haben, wie auch im russisch-japanischen Krieg die russischen Arbeiter entschieden gegen den Krieg rebelliert haben. Ueberall, wo internationale Konflikte vorkommen, weiß die Sozialdemokratie schon, was sie zu tun hat. In der Kritik Hervés stimme ich mit Guesde vollkommen überein. Wie seinerzeit gegen die Genossenschaftsbewegung und gegen die Antialkoholbewegung, so führt man jetzt prinzipielle Gründe gegen den Antimilitarismus ins Feld. Das führt zum Doktrinarismus. Dort hatte man die Krämer und Wirte auf seiner Seite, hier die Chauvinisten. Wir brauchen den Antimilitarismus nicht am Tage nach der sozialen Revolution, sondern jetzt. Das ist keine Ablenkung vom praktischen Weg, keine Umgehung, sondern die natürliche Aufgabe des Sozialismus. Mein Herz gehört der Resolution Vaillant. Nun ist es wahr, daß Leopold nicht den Krieg erklären wird (Heiterkeit), daß wir es also leicht haben, für den Fall eines Krieges die Insurrektion anzukündigen. Wir erkennen die Schwierigkeiten an, die in anderen Ländern bestehen, aber wir glauben, daß doch eine Lösung möglich ist. Wir wollen eine feste Resolution, aber auch eine Uebereinstimmung erzielen. Wenn eine Uebereinstimmung nicht erzielt würde, wenn die Franzosen erklären, daß sie den Generalstreik machen wollen, die Deutschen aber, daß sie das nicht tun wollen, so ist das eine unmögliche Situation für einen internationalen Kongreß. Daran sollten die Deutschen denken. Als alter Freund der Deutschen, der in einer zwanzigjährigen Kampfgenossenschaft mit ihnen steht, der so viel von ihnen gelernt hat, ihnen so viel verdankt, frage ich Sie, ob Sie nicht auch einmal aus der Praxis der anderen Länder lernen wollen. Die Majorität des Kongresses findet, daß es schlimm wäre, wenn sich die Franzosen in die antimilitaristische Agitation stürzen wollten, während sich die Deutschen nicht genug zurückhalten können. Wir wollen keine Resolution, die mit tönenden Worten nichts umkleidet, sondern wir wollen in allen Ländern den Kampf gegen den Militarismus aufnehmen. Wir müssen arbeiten, um die Hirne der Soldaten für uns zu gewinnen. Wenn wir den Verhandlungen im Haag mit Mißtrauen und Geringschätzung gegenüberstehen, so sollten wir uns hüten, auch hier das Bild der Schwäche zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung erklärt **Vandervelde** nach der Uebersetzung, er habe sich davon überzeugt, daß Vollmar tatsächlich nicht die Ausschließung Hervés verlangt, sondern nur erklärt habe, daß, solange Hervé der französischen Partei angehöre, sie die Verantwortung für ihn trage.

Dr. Adler - Wien:

Die österreichischen Genossen sind mit dem meisten einverstanden, was Vandervelde gesagt hat, sowohl in der Sache als im Rhythmus. Trotzdem muß ich mit einer Polemik gegen Vandervelde beginnen. Er hat behauptet, Hervés Agitation habe doch den Nutzen gehabt, daß sie ein Gegengewicht gegen den Chauvinismus geschaffen habe. Ich mische mich nicht gern in auswärtige Angelegenheiten; aber ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß Guesde und Vaillant schon in den achtziger und neunziger Jahren gegen die Revanchepolitik protestiert haben, wo das doch viel gefährlicher war als heute. Solche Exzesse, wie sie Hervé begeht, fehlen in keinem Lande. Wenn Vandervelde Gelüste danach hat und Belgien welche braucht, wir sind gern bereit, einige davon nach Belgien zu exportieren. Wir brauchen sie nicht. Die Frage liegt auch gar nicht zwischen Hervé und uns anderen, die Frage liegt zwischen der französischen Art, den antimilitaristischen Charakter des Sozialismus auszudrücken, und der deutschen Art, diesen Gedanken auszudrücken. Hervé ist für uns eine Art von Baronin Suttner. (Heiterkeit.) Der sozialistische Antimilitarismus geht hervor aus dem Verständnis des politischen und ökonomischen Prozesses überhaupt, und zweitens aus der internationalen Solidarität des Proletariats selbst. Er beschränkt sich nicht auf einen bestimmten Akt in einem bestimmten Moment, sondern er ist ein integrierender Bestandteil der großen proletarischen Bewegung. Wir brauchen nicht auf die Stunde der Kriegserklärung zu warten, um gegen den Krieg zu arbeiten. Alle unsere Handlungen, unsere Parteitage dienen dazu, den Krieg zu verhindern, und das ist wahre antimilitaristische Aktion. Wir brauchen dazu keine besonderen Worte. Vielleicht sind unsere Worte nicht so heftig. Da können wir die Konkurrenz nicht aufnehmen; aber das erklären wir Ihnen: daß unser Handeln in Oesterreich wie in Deutschland nicht nur international sozialistisch, sondern auch antimilitaristisch und gegen den Krieg gerichtet ist. Bebel hatte es nicht nötig, sich von Hervé oder irgend einem anderen eine Lektion gefallen zu lassen. Er ist so ziemlich der einzige hier, der in einem kritischen Moment für einen antimilitaristischen Protest hat hüßen müssen. Jaurès hat gesagt, wir sollten mehr tun als bisher, wir sollten zur parlamentarischen Aktion auch die außerparlamentarische fügen. Wir in Oesterreich sind in der umgekehrten Lage. Wir fangen da erst an, zur außerparlamentarischen die parlamentarische Aktion zu fügen. So sehr ich die parlamentarische Tüchtigkeit der deutschen Genossen bewundere, so muß ich sagen: Wenn die Kraft der deutschen Sozialdemokratie allein auf die Heldentaten der Fraktion gestellt wäre, so wären wir verdammt arme Teufel. Wir legen das größte Gewicht auf das, was wir heute tun, und sehr geringes Gewicht darauf, was wir in einem Falle tun werden, dessen Umstände wir noch nicht berechnen können. Das Wort „si vis pacem, para bellum" hat heute eine andere Bedeutung gewonnen, als die herrschenden Klassen glauben. Indem sie den Krieg vorbereiten, bereiten sie tatsächlich den Frieden vor. Denn der kapitalistische Militarismus hat seine eigene Dialektik in den Knochen. Und in dem Maße, in dem sich der Militarismus erweitert, in dem die Bewaffnung sich durch allerlei technische Hilfsmittel vervollkommnet, die man auch nicht mehr von der Leipziger oder Wilhelmstraße lenken kann, sondern die durch Proletarierfäuste und Proletarierhirne gehandhabt werden, in dem Maße, wie

Proletarier in die Armee

eindringen, entwickelt der Militarismus auf dialektischem Wege Dinge, von denen die Herren sich nichts träumen lassen oder von denen sie sich vielleicht doch etwas träumen lassen. Denn Jaurès hat ganz richtig gesagt, daß die Herren im Haag in der Tat von einer gewissen Angst beherrscht zu sein scheinen. Wir können sie auch nicht für so verblendet halten, daß sie die große welthistorische Lektion schon vergessen hätten, die die russische Revolution ihnen gegeben hat. So blind sind sie doch nicht, daß sie nicht sehen, daß der russisch-japanische Krieg, wenn auch nicht die Ursache, so doch der Anlaß der Revolution war. Ich weiß nicht, ob die russischen Revolutionäre vorher auf einem Kongreß die Insurrektion beschlossen hatten. Wir tun jedenfalls gut, nicht zu sagen, was wir nicht wissen, und auszusprechen, was wir wissen.

Wir wünschen, mit der größten Bestimmtheit in der Resolution auszusprechen, daß der Kongreß die wichtigste Aufgabe darin sieht, die Proletarier mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß der Krieg ein Attentat auf ihre Existenz und daß er mit allen Mitteln abzuwehren ist. Wir wünschen, daß die Waffen der Abwehr so stark wie möglich seien, und wenn die Deutschen sagen, daß diese Resolution eine Waffe für später ist, so werden wir es ihnen glauben. **Aber ich stehe doch nicht uneingeschränkt auf dem Standpunkt Vollmars.** Wir dürfen uns in der Resolution ebensowenig positiv wie negativ festlegen. So haben wir Oesterreicher es mit dem Generalstreik gehalten. Wir haben gesagt, wir sind keine Freunde des Generalstreiks. Aber wir haben andererseits gesagt, daß wir keinen Anlaß hätten, dieses Mittel auszuschließen. Wir haben die Pflicht, die gesamten Kräfte des Proletariats in einer Form zu konzentrieren, die in jedem Lande und in jedem Moment nötig ist. Wir neigen der Resolution Bebel zu, denn das steht in der Resolution Bebel für jeden, der lesen kann. Ich halte es nicht für nötig, daß wir sie so lesen, wie Vollmar sie gelesen hat. (Jaurès: Nein, mit einer anderen Brille! Heiterkeit.) Ich habe auch gute Brillen zum Lesen. Ich begreife es, daß die französischen Genossen, die es wirklich nicht leicht haben, eine antimilitaristische Propaganda zu machen, wünschen, daß die deutschen Genossen hinter Ihnen nicht zurückbleiben, weil das ihre Position erschweren würde. Aber ich muß als Freund der Deutschen erklären, daß man ihnen unrecht tut, wenn man annimmt, daß sie bei ihren Argumentationen gewisse Paragraphen des Strafgesetzbuches in den Vordergrund stellen. **Die deutschen Genossen haben in einer Woche mehr politische Verfolgungen zu erdulden, als die französischen, österreichischen und belgischen Genossen zusammen.** Die Furcht ist es also nicht. Aber wir Deutschen haben eine Eigentümlichkeit. Wir wollen lieber nichts tun als reden. Das zu viel reden und zu wenig handeln ist eine uns unsympathische Methode. Wir Deutsche haben keinen Sinn für eine dekorative Politik. (**Vaillant:** Wir auch nicht!) Sie, Genosse Vaillant, sind in Ihrer Denkweise ein halber Deutscher, aber Sie sind doch mehr gezwungen, in Ihrer Landessprache zu reden. (Heiterkeit.) Gestatten Sie also, daß wir auch in unserem nüchternen Deutsch reden.

Der Redner verweist dann auf die ständige Kriegsgefahr zwischen Oesterreich und Italien, den beiden Freunden, die sich durch Stacheldrähte und Kanonen ihre Liebe beweisen, und auf die Zusammenkünfte der italienischen und österreichischen Genossen vor drei Jahren, als es galt, gegen den drohenden Krieg zu demonstrieren. Ich kann nun nicht sagen, ob wir nächstens wieder so zusammenkommen, ob wir bei einem Kriege mittun oder streiken werden. Das sind unbekannte Dinge, die ich nicht weiß. Ich weiß nur, daß wir und daß jedes Volk in einem solchen Moment alles tun wird, was es tun kann, um den Krieg zu verhindern. Das wichtigste ist, das tägliche Erziehungswerk am Proletariat, das wichtigste, das Bewußtsein so zu entwickeln, daß ein Krieg unmöglich wird. Die Resolution muß mit einem Worte sagen, was das Proletariat schon heute will und tun kann. (Lebhafter Beifall.)

Rosa Luxemburg:

Ich habe mich auch zum Worte gemeldet, um im Namen der russischen Delegation daran zu erinnern, daß wir auch der großen russischen Revolution gedenken müssen. Als bei der Eröffnung des Kongresses Vandervelde mit der ihm eigenen Eloquenz der Dankespflicht an die Märtyrer genügte, haben wir alle den Opfern, den Kämpfern gehuldigt. Aber ich muß doch offen sagen, als ich da nachher manche Reden, so besonders die Vollmarsche Rede hörte, da kam mir der Gedanke: wenn hier die blutigen Schatten der Revolutionäre wären, so würden sie sagen: „Wir schenken Euch Euere Huldigung, aber lernt von uns!" Und es wäre ein Verrat an der Revolution, wenn Sie das nicht täten. Auf dem letzten Kongreß 1904 in Amsterdam wurde die Frage des Massenstreiks erörtert. Es wurde ein Beschluß gefaßt, der uns als unreif und unvorbereitet für den Massenstreik erklärte. Aber die materialistische Dialektik, auf der sich Adler überzeugungsvoll berufen hat, hat sofort verwirklicht, was wir für unmöglich erklärt haben. Ich muß mich gegen Vollmar und leider auch gegen Bebel wenden, die sagten, wir wären nicht in der Lage, mehr als bisher zu tun. Aber die russische Revolution ist nicht nur aus dem Krieg entsprungen, sondern sie hat auch dazu gedient, den Krieg zu unterbrechen. Der Zarismus hätte sonst sicher den Krieg weiter geführt. Die geschichtliche Dialektik gilt für uns nicht in dem Sinne, daß wir mit verschränkten Armen zusehen, bis sie uns reife Früchte bringt. Ich bin eine fanatische Anhängerin des Marxismus und betrachte es darum als eine große Gefahr für uns, in der Resolution einen starren und steifen Standpunkt einzunehmen. Hervé ist ein enfant, allerdings ein enfant terrible. (Heiterkeit.) Wenn Vollmar sagte, daß Kautsky nur für seine Person gesprochen habe, so gilt dies doch noch viel mehr für Vollmar. Es ist Tatsache, daß die große Masse des deutschen Proletariats die Anschauungen Vollmars desavouiert hat. Es war auf dem Parteitag in Jena, wo nahezu einstimmig eine Resolution beschlossen wurde, die bewies, daß die deutsche Partei eine revolutionäre Partei ist, die aus der Geschichte gelernt hat. In dieser Resolution erklärte sie den Generalstreik, den sie jahrelang als anarchistisch verworfen hatte, als ein Mittel, das unter Umständen angewendet werden kann. Es war nicht der Geist Domela Nieuwenhuis, sondern das große Gespenst der russischen Revolution, das diesen Beschluß herbeigeführt hatte. Allerdings haben wir damals nicht den Massenstreik gegen den Krieg, sondern den für das Wahlrecht im Auge gehabt. Wir können gewiß nicht schwören, daß wir einen Massenstreik machen werden, wenn man uns das Wahlrecht nimmt. Aber ebensowenig können wir schwören, daß wir ihn nur für das Wahlrecht machen werden. Wir in Rußland halten es für notwendig, die belgische Resolution zu verschärfen, und wir haben ein Amendement ausgearbeitet, das wir noch vorlegen werden. Ich muß noch hinzufügen, daß wir in Rußland ausdrücklich sagen wollen, daß unsere Auffassung sich auf jeden Krieg, der ausbricht, ganz gleich, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg, bezieht. (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Südekum eröffnet die Sitzung kurz nach 3 Uhr und erteilt in der fortgesetzten Debatte das Wort dem Genossen

Ruffle-Smart (England):

Die Resolution Hervé paßt auf England überhaupt nicht, denn keine englische Regierung ist imstande, einen Krieg ohne die Zustimmung der ungeheuren Mehrheit der Arbeiterklasse zu führen. Wenn die Oeffentlichkeit aber nationalistisch verhetzt ist, so wäre ein Militärstreik der reine Wahnsinn. Die englische Sozialdemokratie kann also im Kampfe gegen den Krieg unter keinen Umständen über die friedliche Aktion im Parlament und die friedliche Aktion in den Versammlungen und auf der Straße hinausgehen. Die englische Sektion kann den Ausführungen Jaurès keinerlei praktische Bedeutung beimessen. Die englischen Sozialdemokraten würden bei einem neuen Kriege einfach genau so handeln, wie während des Transvaalkrieges. Sie lehnen es ab, etwas Gewaltsames zu inszenieren und sich dadurch lächerlich zu machen. Aber auch die französische und deutsche Resolution ist in der vorliegenden Form unannehmbar, weil sie die allgemeine Volksbewaffnung fordert. Die allgemeine Volksbewaffnung würde ein Fortschritt sein, wenn das Volk bereits militarisiert ist. Bei uns würde sie ein Rückschritt sein, weil unsere Bourgeoisie, die klüger ist als alle anderen, in unserer Arbeiterschaft jetzt eine Agitation für die allgemeine Wehrpflicht entfaltet. Daher müssen wir der Resolution auf das entschiedenste entgegentreten. Weiter aber: die englischen Soldaten schießen nicht aufs Volk. Das hat sich deutlich gezeigt bei den Streikunruhen in Belfast, wo es bei den Unruhen leider Tote gab, davon aber zwei nicht auf der Seite der Streikenden. Diese Zahl beweist, daß in England nicht auf das Volk, sondern in die Luft geschossen wird. Die englische Freiheit erlaubt uns, über diese Frage in gefahrlosester Weise zu sprechen. Wir müssen daher die Resolutionen sämtlich im Interesse Englands durch ein Amendement gegen die allgemeine Volksbewaffnung ergänzen. Das ist der Standpunkt der Independent Labour Party. (Beifall.)

Bebel:

Die Debatte scheint mir im wesentlichen erschöpft. Ich schlage vor, eine Subkommission von 13 Mitgliedern zur Abfassung der Resolution einzusetzen, und zwar je 2 Vertreter der 6 großen Nationen, die in erster Linie bei einem Konflikt in Frage kämen, hineinzuwählen: Frankreich und Deutschland, England und Rußland, Italien und Oesterreich und als 13., zugleich als Vertreter der kleinen Nationen und als Schiedsrichter bei zweifelhaften Fragen Vandervelde.

Jaurès hat gestern einen guten Witz gemacht und dafür bin ich immer zugänglich, auch wenn ich selbst die Kosten des Witzes zahlen muß. Er hat gesagt, Hervé und ich stimmten in der Ueberschätzung des Hervéismus überein. Ich habe aber Hervés Machtstellung in Frankreich überhaupt nicht diskutiert. Ich halte selbst die Anhängerschaft Hervés für eine kleine Gruppe innerhalb der französischen Partei, obwohl der Parteitag von Nancy dem Genossen Hervé eine Reihe von Konzessionen gemacht und obwohl gerade Sie, Genosse Jaurès, ihm zuviel Rechnung getragen haben. (Widerspruch Jaurès.) Nun, wenn das nicht richtig ist, würde es niemandem mehr freuen als mich. Ich habe den Hervéismus so ausführlich besprochen, weil ich dem Genossen Hervé nach den voraufgegangenen Zeitungspolemiken als höflicher Deutscher Gelegenheit geben wollte, mich anzugreifen. Hervé hat die Deutschen nun etwas grob angegriffen. Darauf antworte ich nicht, weil man sich durch Grobheit nur selbst schadet. (Heiterkeit.) Wenn er uns aber Mangel an Mut vorgeworfen hat, so kennt er die deutsche Partei nicht. In keinem Lande, außer Rußland, wird die Sozialdemokratie soviel verfolgt und erleidet soviel Gefängnisstrafen, wie in Deutschland. (Vielfaches Sehr wahr!) In diesem Augenblick sitzen z. B. nicht weniger als drei Redakteure der „Leipziger Volkszeitung" im Gefängnis. **Genosse Hervé, in Deutschland wird man nicht nach ein paar Monaten begnadigt wie Sie!** (Lebhafter Beifall.) In Deutschland begnadigt man politische Gefangene nie, und wir verlangen das auch nicht. (Sehr gut!) Hervé hat von der deutschen Partei als einer bloßen Wahl- und Zahlmaschine gesprochen. Ueber das Wählen spreche ich nicht, denn das machen Sie genau wie wir. Was aber die guten Kassenverhältnisse anlangt, so habe ich sie bisher nicht für einen Fehler gehalten. (**Südekum:** Andere auch nicht!), sondern für eine nachahmenswerte Tugend. (Zustimmung.) Wir haben uns oft gefreut, mit unserer Zahlenmaschine von Zeit zu Zeit schwächeren Mitparteien der Internationale zu Hülfe kommen zu können (Lebhafter Beifall. **Jaurès:** Das wissen wir und danken Euch!) und wir hoffen in Zukunft als Zahlmaschine noch mehr leisten zu können. (**Winarski:** Wir nehmen es gern! Heiterkeit.) Ein anderer Vorwurf Hervés ging dahin, daß wir bei dem drohenden Einmarsch der deutschen Truppen nach Frankreich unsere Schuldigkeit gegenüber der Internationale nicht getan hätten. Im Oktober 1905, als die russische Revolution ihren Höhepunkt erreicht hatte und selbst Pessimisten an eine sofortige grundlegende Umgestaltung des russischen Staatswesens glaubten, befürchtete auch die preußische Regierung das Uebergreifen der Revolution auf Polen und verstärkte zu diesem Zweck die Grenzstationen des Ostens. Nur zu diesem Zweck. An ein

militärisches Eingreifen in Rußland

hat auch die deutsche Regierung nicht gedacht, denn die Erfahrungen von 1792 haben doch gezeigt, welchen Leidenschaftssturm das entfesseln würde. Dann wäre in dem Augenblick, wo das erste preußische Bataillon die Grenze überschritte,

die Gefahr eines Weltkrieges

in unmittelbare Nähe gerückt. Schließlich wäre auch der Zar, der doch gerettet werden sollte, dadurch vor seinem Volke auf das schlimmste kompromittiert worden. Unter diesen Umständen hatten wir damals keinen Grund, zu besonderen Maßnahmen.

Hervé hat weiter an eine meiner Amsterdamer Aeußerungen erinnert. Es ist mir nie eingefallen, zu sagen, es sei uns gleichgültig, ob Republik oder Monarchie. Ich habe nur vor einer Ueberschätzung der bürgerlichen Republik gewarnt. Wenn ich die Wahl hätte zwischen der französischen Republik und der englischen Monarchie, ich weiß nicht, was ich nehmen würde. Wenn ich allerdings die Wahl hätte zwischen der deutschen Monarchie und der französischen Republik, ich würde keinen Augenblick zweifelhaft sein. (Heiterkeit und Beifall.) Ich wollte in Amsterdam nur sagen, daß wir uns wegen der bürgerlichen Republik nicht die Köpfe einzuschlagen brauchten. In der Sache hat es eine Zeitlang geschienen, als ob große und starke Differenzen zwischen uns beständen, als wolle sich Deutschland weigern, den Kampf gegen den Militarismus zu führen und sich seiner internationalen Verpflichtungen entledigen. Parteigenossen, das ist keinem von uns eingefallen, daran hat nie ein deutscher Parteigenosse gedacht. Wir haben bei der Behandlung der Frage des Militarismus auf früheren internationalen Kongressen uns auch stets mit der großen Mehrheit der Internationale zusammengefunden, und wir haben unseren Standpunkt nicht geändert. Dagegen haben unsere französischen Parteigenossen ihre Haltung geändert, indem sie Hervé entgegenkamen und dadurch einen Zwiespalt hervorriefen. Glauben Sie, daß wir wissen, wie der Schlußsatz der Nancyer Resolution aufgefaßt werden würde. Um eines Nichts willen, von dem wir noch nicht einmal wissen, ob wir es im Ernstfalle durchführen können oder nicht, sind wir nicht gewillt, uns Verlegenheiten zu bereiten und die Kräfte unserer Bewegung in erheblichem Maße lahmzulegen. (Beifall.) Adler hat heute vormittag schon treffend die dialektische Entwickelung des Militarismus geschildert. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, sage ich, noch darüber hinaus, ist der Militarismus in seiner Entwickelung auf einem Standpunkt angelangt, von dem wir sagen können, daß die erste Gelegenheit seiner Anwendung dazu führen muß, daß die Quantität in die Qualität umschlägt und der Militarismus sich den Hals bricht. Unsere Beschlüsse werden dem Militarismus kein Haar krümmen, wenn nicht die Entwickelung, die der Militarismus in den letzten 40 Jahren genommen hätte, mit Notwendigkeit die Wurzeln seiner eigenen Existenz untergraben hätte. (Lachen bei den Hervéisten.) Wir sind ja hier nicht dazu da, um zu wiederholen, was wir alltäglich in der Agitation sagen, die Scheußlichkeit und Verwerflichkeit des Militarismus und die Greuel der Kriege.

Die Entwickelung des Militarismus.

Ich muß hier schildern, an welchen Punkten der Entwickelung finanziell, ökonomisch und militärisch der Militarismus angelangt ist. Ich zeige es an Deutschland, der ersten Militärmacht und der Haupturheberin dieser ganzen Entwickelung. Nach dem Kriege von 1870 legten wir 120 Millionen von Euren (zu den Franzosen) 5 Milliarden in den Juliusturm und verpulverten hauptsächlich für militärische Zwecke binnen weniger Jahre die ganze Kriegsentschädigung. Seitdem haben wir die Steuern erhöht, verdoppelt, ja verdreifacht, 4 Milliarden Mark Schulden gemacht und sind jetzt trotzdem so arm wie eine Kirchenmaus.

Die gewaltige Summe von 120 Millionen ist in kaum 3 Tagen aufgebraucht. Die mobilisierte Armee Deutschlands erfordert täglich mindestens 40 Millionen an Unterhalt. Im Kriegsfalle würde nach der Erklärung des Kriegsministers Deutschland alle waffenfähigen Männer sofort unter die Fahne rufen, das sind in Deutschland 6 **Millionen Männer**, darunter mindestens 2 Millionen Sozialdemokraten, in Frankreich 4½ Millionen Soldaten. Wo bekämen wir da noch Menschen für den Militärstreik her. 4 Millionen Familien wären in der höchsten Not, das ist schlimmer als jeder Generalstreik. Denket Euch die Situation, die Stimmung der Massen! Wir bekommen vom Ausland einen großen Teil unserer Nahrungsmittel; am Tage der Kriegserklärung bleibt ihre Zufuhr aus. Wir haben keine Industrieprodukte mehr zu kaufen, weil ein großer Teil der Produktion unmöglich geworden ist. Eine ungeheure Teuerung und Hungersnot bricht aus. In den Massenschlachten der Gegenwart, so hat ein deutscher General gesagt, werden wir nicht wissen, wo wir die Verwundeten aufnehmen und die Toten begraben sollen. Und in solcher Situation sollen wir uns mit Massenstreikspielereien abgeben? Bei unserem ersten Aufruf dazu würden wir ausgelacht werden. Was kommen wird, weiß ich nicht, aber ich weiß, daß es ein letzter Krieg sein wird, und daß dieser Krieg die ganze bürgerliche Gesellschaft aufs Spiel setzt. Bis dahin können wir nichts tun, als aufklären und Licht in die Köpfe bringen und organisieren. (Zuruf Hervés: Tun wir!) Von einem gewissen Standpunkt aus könnte man als Sozialdemokrat sagen, daß ein großer europäischer Krieg unsere Sache so ungeheuer fördert, wie eine jahrzehntelange Agitation es nicht tut, und deshalb können wir ihn wünschen. Aber ein so furchtbares Mittel zur Erreichung unseres Zieles wollen wir nicht herbeiwünschen. Wenn allerdings die am meisten an der Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft Interessierten nicht einsehen, daß sie mit einem solchen Kriege die Wurzeln ihrer Existenz ausreißen, können wir nichts tun, dann nur darauf los, wir sind die Erben! (Lebhafter Beifall, Lachen bei den Hervéisten.) Aber wenn das die herrschenden Klassen nicht wüßten, hätten wir längst den europäischen Krieg gehabt. Nur die Furcht vor der Sozialdemokratie hat ihn bisher verhindert. (Sehr wahr!) Tritt aber einmal eine solche Situation ein, dann genügen solche Kleinigkeiten, wie Insurrektion und Massenstreik nicht mehr, dann muß die Kulturwelt ihr Antlitz von Grund aus ändern. Von dieser Erkenntnis ausgehend, brauchen wir uns über die Mittelchen, die man in solchem Augenblick anwenden könnte, nicht zu streiten. Die deutsche Resolution sagt klar und deutlich, daß wir den Militarismus mit allen Mitteln bekämpfen. Noch können wir die Taktik nicht bestimmen, noch zwingen sie uns die Gegner auf. Aber erschütternde Ereignisse können unsere Minorität sofort in die Majorität verwandeln. Denn so lange es eine Kulturwelt gibt, hat noch nie eine Parteibewegung die Massen so aufs tiefste ergriffen wie die Sozialdemokratie, noch nie eine Bewegung die verachteten Massen so mit dem Geiste der Vernunft und des Rechtes unserer Kultur erfüllt, wie wir, noch nie es so viel Menschen gegeben, die wußten, was sie in der Politik wollten. Halten wir weiter die Augen auf und sorgen wir für die Helligkeit der Köpfe, dann wird der rechte Moment auch das rechte Geschlecht finden! (Lebhafter und anhaltender Beifall.)

Weiß

will für die italienischen Syndikalisten den Hervéismus verteidigen, der in Italien eine gewaltige Anhängerschar und zahlreiche Märtyrer gewonnen habe. Hervé und Jaurès hätten nichts miteinander gemein, Hervé wolle das Schwert der Bourgeoisie zerbrechen, Jaurès die Bourgeoisie hindern, es aus der Scheide zu ziehen. Der Antimilitarismus Hervés sei keine Utopie, das beweise das Verhalten des 17. Regiments und die Weigerung der italienischen Soldaten, künftig noch in Lohnkämpfen zu intervenieren. Das beweise auch die Verfolgung der Antimilitaristen durch die Justiz der herrschenden Klassen. Auch die russischen Revolutionäre, die Moskauer Barrikadenkämpfer seien Antimilitaristen im Sinne Hervés, denn sie verpflanzer den Antimilitarismus in die Kaserne. Bebel habe die Bedeutung des Hervéismus, der von Hervés Person unabhängig sei, also nicht überschätzt. Freilich sei in Deutschland die antimilitaristische Agitation angesichts der drohenden Zuchthausstrafen sehr schwer. Aber wenigstens die Resolution Vaillant könnten die deutschen Sozialdemokraten annehmen. Ich muß meinen italienischen Genossen das Versprechen der deutschen Sozialdemokraten nach Hause bringen, daß sie die Nachbarländer nicht dem preußischen Militarismus ausliefern werden. (Bravo! bei den Hervéisten.)

Jaurès

stellt zur Geschäftsordnung fest, daß er, wenn in der Subkommission keine Einigung zustande komme, im Plenum Bebel auf seine Argumente antworten werde.

Vorsitzender **Südekum** bittet, sofort die Subkommission zu wählen.

Knudsen-Dänemark verlangt einen besonderen Vertreter für die drei skandinavischen Länder. — Das gleiche fordert **Sigg** für die Schweiz, um in der Kommission darzulegen, daß auch ein Milizheer nicht wünschenswert sei. (Zuruf: Ebenso wie in Amerika!) — **Vaillant** verlangt einen Sitz für die Polen, um Rosa Luxemburg einen Platz zu verschaffen.

Lenin bietet Rosa Luxemburg das eine Mandat für Rußland an. — Beschlossen wird also die von Bebel vorgeschlagene **Subkommission** mit je einem Sitz für Skandinavien und die Schweiz.

Gewählt werden **Bebel** und **Vollmar** für Deutschland, Dr. **Adler** und **Skatulla** für Oesterreich, **Jaurès** und **Guesde** für Frankreich, **Scheu** und **Smart** für England, **Ferri** und **Costa** für Italien, **Sigg** für die Schweiz, **Branting**-Stockholm für Skandinavien, **Rosa Luxemburg** und **Bystrenine** für Rußland.

Die Sitzungen der Subkommission sind nicht öffentlich. Morgen 10 Uhr geht zunächst die Generaldebatte weiter, es sind noch sechs Redner eingezeichnet.

Gerichts-Zeitung.

Der Begriff der Unbescholtenheit.

Dieser Begriff wurde in einer Klage der früheren Verlobten des Landmessers X. zu Kassel gegen diesen vom Reichsgericht näher erörtert und führte infolgedessen zu einer prinzipiellen Entscheidung. X. hatte als Student die Klägerin in Berlin kennen gelernt und mit ihr schon vor der Verlobung geschlechtlich verkehrt. Die damals 28jährige Klägerin hatte dem jetzt beklagten X. dabei erzählt, daß sie früher schon einmal mit einem jungen Mann in gleicher Weise verkehrt und sich mit ihrer Mutter deshalb überworfen und selbständig eingemietet habe. Späterhin wurde das Verlöbnis der Klägerin mit X. wegen Streitigkeiten wieder gelöst und forderte sie von X. wegen Rücktritts vom Verlöbnis Ersatz des erlittenen Vermögensschadens sowie eine Entschädigung von 10 000 M. nach § 1300 B.-G.-B.

Das Landgericht Berlin sprach der Klägerin den Vermögensschaden zum Teil zu und verurteilte den Beklagten auch nach § 1300 B.-G.-B. zu einer Entschädigung von 5000 M. Diese Entscheidung wurde auf die Berufung des Beklagten vom Kammergericht bestätigt. Auf die Revision des Beklagten hin wurde das Urteil des Kammergerichts vom Reichsgericht aufgehoben wegen Verkennung des Begriffs der Unbescholtenheit und Bemessung des immateriellen Schadens von 5000 M. nach § 1300 B.-G.-B. Der erkennende vierte Zivilsenat des Reichsgerichts hegt keinen Zweifel an der Ernstlichkeit des Verlöbnisses und billigt auch die Gründe des Berufungsgerichts, welche die Berufung des Beklagten auf den vor der Verlobung gepflogenen Geschlechtsverkehr mit der Klägerin verneinen, weil er nach seinem ganzen Verhalten die Klägerin nicht niedriger bewertet, vielmehr mit ihr verkehrt, ihr die Ehe versprochen und dadurch gezeigt habe, daß er die Klägerin nicht als bescholten angesehen habe. Dahingegen führt das Reichsgericht aus, daß der Berufungsrichter insofern den Begriff der Unbescholtenheit verkannt habe, als er annehme, daß der erwähnte frühere Verkehr der Klägerin in Berlin, wobei es zu der Ueberwerfung mit der Mutter gekommen war, eine Bescholtenheit der Klägerin deshalb nicht herbeigeführt habe, weil dieser Verkehr geheim geblieben sei. Dies sei rechtsirrtümlich. Schon von den Strafsenaten sei angenommen worden, daß es für den Begriff der Bescholtenheit nicht erforderlich sei, daß die diesbezüglichen Ausschreitungen einer Frauensperson in einem weiteren Kreise bekannt geworden seien, auch diejenige, die nur in engem Sinne oder bei einzelnen Personen „bescholten" sei, könne die Bezeichnung einer unbescholtenen Person nicht für sich in Anspruch nehmen. Die Kenntnis der Tatsachen, die den Mangel der Unbescholtenheit begründet auf seiten des Verlobten, ersetze nicht die Bescholtenheit begründet, auf seiten des Verlobten ersetze nicht die bewirken, daß der Verlobte, der trotz der Kenntnis das Verlöbnis eingeht oder fortsetzt, sich nicht auf die ihm schon früher bekannten Tatsachen zur Rechtfertigung seines Rücktrittes berufen kann. Infolgedessn wurde die Entscheidung des Kammergerichts betreffend die 5000 M. aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung hierüber an das Kammergericht zurückverwiesen.

Vom § 270 des alten preußischen Strafgesetzbuches. In zwei Strafprozessen — gegen Pohl und gegen Jenitzen — hatte das Kammergericht über die Gültigkeit des § 270 des preußischen Strafgesetzbuches zu befinden. Weil die Angeklagten durch Zusicherung von Vorteilen andere abgehalten hätten, bei Zwangsversteigerungen von Grundstücken mitzubieten, wurden sie in zweiter Instanz zu Geldstrafen verurteilt. Es wurde ihnen eine Uebertretung des § 270 des preußischen Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851 zur Last gelegt, welcher lautet: „Wer andere vom Mitbieten bei den von öffentlichen Behörden oder Beamten vorgenommenen Versteigerungen, dieselben mögen Verkäufe, Verpachtungen, Lieferungen, Unternehmungen oder Geschäfte irgend einer Art betreffen, durch Gewalt oder Drohungen, oder durch Zusicherung oder Gewährung eines Vorteils abhält, wird mit Geldbuße bis zu 900 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft." — Das Kammergericht verwarf die von den Verurteilten eingelegten Revisionen und erklärte den § 270 des alten preußischen Strafgesetzbuchs für noch rechtsgültig. Er sei nicht durch § 2 des Einführungsgesetzes zum Reichsstrafgesetzbuch außer Kraft gesetzt, denn die Rechtsmaterie, die § 270 behandele, sei kein Gegenstand des Reichs-Strafgesetzbuchs. Es sei auch die Zusicherung eines „Vorteils" im Sinne des § 270, wenn, wie in den vorliegenden Fällen, Baugeldgebern zugesichert werde, sie sollten keine Verluste erleiden, falls sie nicht mitböten bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken, die sie beliehen hätten.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands. Oertliche Verwaltungen Berlin I und II. Kombinierte Mitgliederversammlung.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Donnerstag, den 22. d. M., abends 9½ Uhr, Rosenthalerstraße 11/12: Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Verwaltungsbericht der Süddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft 1906. 71 Seiten. Buchdruckerei L. Prikarts in Mainz.

„März", Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: L. Thoma, H. Hesse, A. Langen, K. Aram. Zweites Augustheft 1907. Preis 1,20 M. Verlag von A. Langen, München.

Soziales Museum. 4. Jahresbericht 1906. 30 Seiten. Herausgegeben vom Vorstande. Selbstverlag in Frankfurt a. M.

Enthüllungen. Bismarck, Bülow und Harden. Von H. v. M. 1 M. Thüringische Verlagsanstalt, Leipzig, Talstr. 12.

Die internationale Organisation der sozialistischen Jugend. Bericht des Sekretariats der sozialistischen Jugendorganisationen. 83 Seiten. Verlag: Leipziger Buchdruckerei A.-G. in Leipzig.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 8 des zweiten Jahrganges August 1907. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

14. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche.

Mannheim, 19. August.

Der bereits gestern abend gewählte Vorsitzende der Jahresversammlung, Fräßdorf-Dresden, Vorsitzender der dortigen Ortskrankenkasse, eröffnete um 9¼ Uhr die Tagung und begrüßt zunächst die Vertreter der verschiedenen Behörden und Korporationen. Als Vertreter des Ministeriums war Ministerialdirektor v. Reck erschienen. Redner führte aus: Das Bestreben des Zentralverbandes ist, die Sozialreform vorwärts zu bringen. Es ist uns schon oft der Vorwurf gemacht worden, daß in den Ortskrankenkassen Parteipolitik getrieben wird. Ich weise dies hier ausdrücklich zurück und ich möchte darauf hinweisen, daß gerade das gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer innerhalb der Kasse auf den Ausgleich der Gegensätze von bestem Einfluß gewesen ist. Jedermann soll seine politische Meinung zum Ausdruck bringen an geeigneter Stelle, wir stehen aber auf dem Standpunkte, daß die Ortskrankenkassen nicht der geeignete Boden hierzu sind. Die Krankenkassen sind die wichtigste Einrichtung der Sozialreform. Ob der Wechsel im Reichsamt des Innern zum Nutzen der Sozialreform ausschlagen wird, muß der Zukunft vorbehalten bleiben. Posadowsky, einer der tüchtigsten Staatsmänner, ist gegangen, an seine Stelle ist ein neuer Herr getreten, dessen Anschauungen wir noch nicht kennen, wir hoffen aber, daß er noch auf liberaleren Bahnen wandelt, als sein Vorgänger. Als einen Hauptgegenstand der Beratungen betrachtet der Redner die Regelung der Aerztefrage. Es solle nicht in die Kriegstrompete gestoßen werden, sondern man hoffe, die Frage in befriedigender Weise zu lösen. Ich darf deshalb wohl die Hoffnung aussprechen, daß unsere Tagung zum Wohle der Versicherten und damit zum Wohle der Allgemeinheit ausschlagen wird.

Herr Ministerialdirektor v. Reck spricht zunächst seinen Dank für die Einladung zu der Tagung aus. Ich bin als Referent für das Krankenkassenwesen Ihrer Einladung mit großem Vergnügen gefolgt, er dürfe den Dank aussprechen auch für das Bezirksamt Mannheim. Ich kann um so mehr meiner Freude über die Einladung Ausdruck geben, als es sich um ein Arbeitsgebiet handelt, bei dem Staat und Selbstverwaltung in gleichem Umfange zu wirken bestimmt sind. Ich hoffe, daß Ihre heutige Versammlung beiträgt zum Ausgleich vorhandener Gegensätze, zur Klärung schwebender Fragen und im Sinne und Geiste unserer Gesetzgebung weiterzuarbeiten. Ich heiße Sie nochmals auf badischem Boden herzlich willkommen.

Herr Bürgermeister v. Hollander heißt die Erschienenen namens des verhinderten Herrn Oberbürgermeisters, des Stadtrats und der Mannheimer Bürgerschaft herzlich willkommen. Was das Verhältnis der Kassen zu den Aerzten betrifft, so hegt Redner den Wunsch, daß außerhalb ein ebenso friedliches Verhältnis zwischen Kasse und Aerzten herbeigeführt werden möge, als es in Mannheim besteht. Insonderheit sei im Interesse einer finanziellen Kräftigung der Krankenkassen zu wünschen, daß die Bestrebungen auf größere Konzentration der Kasse von Erfolg begleitet sein möchten.

Herr Reichsrat Wiedholz-Wien exemplifiziert in seiner Ansprache von der deutschen auf die österreichische Krankenkassenfürsorge. Von sonstigen Verhältnissen wie in Deutschland könne er aus Oesterreich nicht berichten. Die Reichskommission für die Krankenkassen besteht fünf Jahre, und es sind ihr 1 Million Mitglieder einverleibt. In Oesterreich hegt man nicht die Sympathie für die Krankenkassen wie im Deutschen Reich. Wir werden in derselben objektiven Weise wie Sie hier insbesondere den Ausbau der Krankenversicherung versuchen. Eine Reihe von Gegenständen, die auf der Tagesordnung stehen, interessieren uns lebhaft. Nicht die Frage des Aerztewesens, sondern die Frage des Apothekerwesens beschäftigt uns jahraus, jahrein.

Die Feststellung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 332 Delegierten, die 148 Kassen und 18 Verbände vertreten, außerdem wohnen 20 Gäste den Verhandlungen an.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht der geschäftsführenden Kasse über die Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre, die Auswahl von Rechtsanwälten auf Grund des Beschlusses zu Punkt 7 der vorjährigen Versammlung und die Wahl der Kassenvertreter zu den Bezirksämtern. Referent hierzu ist Herr Verbandsdirektor Hesse-Dresden.

Bei Uebernahme der Verbandsgeschäfte durch die Ortskrankenkasse Dresden im September 1903 belief sich die Zahl der Verbandskassen und Kassenverbände auf 90. Zugetreten sind 1903-04 33, 1904-05 40, 1905-06 42, 1906-07 30, zusammen 235 Kassen und Verbände mit 4 Millionen Mitgliedern. Nach den Mitteilungen des kaiserlichen Statistischen Amtes waren bei einer Bevölkerung von rund 60 Millionen im Jahre 1904 11 418 446 Personen gegen Krankheit versichert, das sind 192 von je 1000 Personen der Gesamtbevölkerung. Der Unfallversicherung unterlagen 15 876 000 gleich 309 vom Tausend, der Invalidenversicherung 13 756 400 gleich 232 vom Tausend. Im Jahre 1904 waren 22 912 Krankenkassen tätig, und zwar:

8194 Gem.-K.-V. mit 1 515 789 Personen, 4092 Orts-Krankenkassen mit 5 337 967 Personen, 7601 Betriebs-Krankenkassen mit 2 693 927 Personen, 672 Innungs-Krankenkassen mit 249 054 Personen, 176 Knappschafts-Krankenkassen mit 707 726 Personen, 1536 eingeschriebene oder landesrechtliche Krankenkassen mit 37 374 Mitgliedern. Die in den Ortskrankenkassen versicherten Personen machen also bald die Hälfte aller Krankenversicherten aus, von denen sich wieder zirka ⅓ dem Zentralverband anschlossen. Die vorjährige Versammlung beauftragte die geschäftsführende Kasse mit der Erledigung folgender Aufgaben: 1. Petition auf Abänderung §§ 25 und 26 des Gem.-Unfallverf.-Ges., §§ 8, 21, 45 und 57a des Krankenversicherungsgesetzes.

2. Petition auf Klarstellung des Verhältnisses der Krankenkassen zu den Aerzten in dem Sinne, daß im Konfliktsfalle entweder die Aerzte gegen Bezahlung staatlicher Taxen zur ärztlichen Behandlung der Krankenkassenmitglieder verpflichtet oder die Krankenkassen der gesetzlichen Verpflichtung zur Gewährung ärztlicher Behandlung an ihre Mitglieder enthoben werden. Diesen Beschlüssen ist in der in dem Geschäftsberichte ersichtlichen Form stattgegeben worden. 3. ist ein weiterer Beschluß auf Abänderung der Reichsarzneitaxe an das Reichsamt des Innern mit dem Antrage eingereicht worden, zu künftigen Beratungen über Abänderung der Arzneitaxe regelmäßig Vertreter der Ortskrankenkassen zuzuziehen.

Vors. Fräßdorf verweist auf die Bestrebungen der Kassen und Kassenverbände, daß die Delegationskosten von Mitgliedern auf Kosten der Kassen erfolgen dürfen. Eine große Zahl von Landesregierungen haben in dieser Beziehung dem Drängen der Kassen nachgegeben, andererseits bereiten aber die Aufsichtsbehörden die größten Schwierigkeiten. Der Redner schlägt vor, die Versammlung wolle beschließen, daß die Unterverbände in gleicher Weise wie die einzelnen Kassen bei ihren Regierungen dahin vorstellig werden, daß die Kosten zu Delegationen auf die Kasse übernommen werden dürfen. Die geschäftsführende Kasse wird beauftragt, im gleichem Sinne beim Reichsversicherungsamt vorstellig zu werden.

Nach kurzer Debatte wird demgemäß beschlossen.

3. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Aerzten. Hierüber referiert Herr Albert Kohn-Berlin. Seit dem Jahre 1904 seit die Aerztefrage nicht mehr zur Ruhe gekommen. Nicht weil die Sache der Aerzte eine gerechte gewesen, sei der Kampf gegen sie an den verschiedenen Orten zu ihren Gunsten ausgefallen, sondern weil die Regierung für sie Partei genommen und die Krankenkassen zum Frieden zwang. Bis in die jüngsten Tage hinein suchte man nach den kleinsten Verfehlungen der Kassenverwaltung seitens der Aerzte, sie hätten sich auch nicht gescheut, die Tagespresse zu beeinflussen, sogar die Monatsblätter und die schöne Literatur und die Witzblätter mußten für die Zwecke der Aerzte herhalten. Der Aerztestreik wurde sogar zu einer Broschüre verarbeitet. Wolle man an der Tätigkeit der Aerzte Kritik üben, so könne man sagen, nichts sei von ihnen mehr vernachlässigt worden, als die hygienische Erziehung.

In langen, zum Teil sehr interessanten Ausführungen beschäftigte sich dann der Redner mit der von den Aerzten erstrebten freien Aerztewahl, die er geradezu als den Ruin für manche Kassen bezeichnet.

Der Redner empfahl zum Schlusse die Annahme folgender Resolution:

„Die 14. Jahresversammlung von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich in Mannheim erklärt in Uebereinstimmung mit den Ausführungen ihres Referenten über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Aerzten, daß sie sich nach wie vor zu den Leitsätzen bekennt, welche in der Resolution des Allgemeinen Kongresses der Krankenkassen Deutschlands im Jahre 1904 niedergelegt sind.

Der große Kampf, welcher sich seither in Leipzig, Köln, München, Solingen und Remscheid und vielen anderen Orten des Deutschen Reiches zwischen den Aerzten und den Krankenkassen abspielte, liefert der Jahresversammlung den unumstößlichen Beweis, daß unter der gegenwärtig gültigen Gesetzgebung den Aerzten eine Machtvollkommenheit eingeräumt ist, durch welche die Krankenkassen in Streitfällen denselben willenlos unterworfen werden. Dadurch wird nicht nur die finanzielle Leistungsfähigkeit der Ortskrankenkassen aufs schwerste erschüttert und die Selbstverwaltung in Frage gestellt, sondern es werden die Krankenkassen auch mehr und mehr ihren örtlichen sozialen Aufgaben entzogen. Machen die Aerzte doch heute bereits an vielen Orten die Erhöhungen der Leistungen der Krankenkassen von der vorherigen Erfüllung der ärztlichen Forderungen abhängig. Die Jahresversammlung protestiert deshalb nicht nur auf das entschiedenste gegen die Absicht, die freie Arztwahl gesetzlich allgemein einzuführen und erachtet nach wie vor die Wahl des Systems der ärztlichen Versorgung als Aufgabe der einzelnen Kassen und Verbände, sondern sie fordert auch eine Aenderung der sich auf den ärztlichen Beruf erstreckenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, so lange die Krankenkassen zur Gewährung ärztlicher Hülfeleistung gezwungen werden und somit den Aerzten gegenüber willenlos gemacht sind. Der Staat, der den Krankenkassen die Gewährung dieser Leistungen direkt auferlegt, muß auch gesetzlich für die Möglichkeit dieser Erfüllung dadurch Sorge tragen, daß er die Bezahlung einer staatlichen Minimaltaxe zur ärztlichen Hülfeleistung gegenüber den Krankenkassenmitgliedern regelt. Gegenüber den Tatsachen, daß Millionen Versicherter in Mitleidenschaft gezogen werden, kann es nicht verfangen, daß die Majorität der deutschen Aerzteschaft aus dieser Forderung einen Eingriff in die Gewerbefreiheit ableitet. Genau wie die Versicherten müssen sich die Aerzte darüber klar sein, daß die Rechte, welche ihnen durch das Krankenkassengesetz zugesprochen sind, notwendigerweise auch die Uebernahme von Pflichten in sich schließen. Die Jahresversammlung macht schließlich den Krankenkassenvorständen wie den Verwaltungsbeamten zur Pflicht, keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um das reiche Material, das sich im Kampfe mit den Aerzten angesammelt hat, zur Kenntnis der Versicherten zu bringen. Die vorsitzführende Kasse wird beauftragt, sich mit den einzelnen Krankenkassen bezw. mit den Verbänden deshalb ins Einvernehmen zu setzen. Insbesondere sollen die Jahresergebnisse der Krankenkassen nach den verschiedenen ärztlichen Systemen zusammengestellt und nicht nur den angeschlossenen Kassen, sondern auch dem Bundesrat und dem Reichstag unterbreitet werden. Die Jahresversammlung erklärt schließlich, daß sie sich von jeder prinzipiellen Aerztefeindschaft frei weiß und anerkennt, welche große Aufgaben der Aerzteschaft auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, der Schule und Gewerbehygiene, bei der Fabrik- und Wohnungskontrolle noch bevorstehen. In allen diesen Fragen darf aber das Interesse der versicherungspflichtigen Bevölkerung nicht zugunsten eines einzelnen Standes geschädigt werden."

Die Resolution wurde nach kurzer Debatte angenommen.

Hierauf wurde in die Mittagspause eingetreten.

In der Nachmittagssitzung nahm zunächst das Wort Herr Apotheker Staller-Charlottenburg zu seinem Vortrage über den Entwurf eines Reichsapothekengesetzes. Der Referent ist der Ansicht, daß durch die neue Arzneitaxe die Arzneipreise nicht vermindert, sondern erhöht werden. Die Apotheker erheben auch jetzt das Jammergeschrei darüber, daß auch die Heimarbeiter in das Versicherungsgesetz einbezogen werden sollen. Es ist sogar soweit gekommen, daß die Apothekenkonzession nicht mehr abhängig gemacht wird von den Bedürfnissen, sondern von dem Preise der benachbarten Apotheken. Der Moloch des Apothekerschachers sei eben unersättlich. Wenn irgend ein neues Mittel eingeführt wird, so ist nicht die erste Frage, ob es gut oder schlecht ist, sondern was daran verdient wird. Auch die freigegebenen Mittel sind dem Apotheker tributpflichtig. Ist auch der Bezug von Mitteln, die einer besonderen tarifarischen Zubereitung bedürfen, aus den Apotheken notwendig, so muß es doch eigentümlich erscheinen, wenn der Drogist zum Beispiel Borsalbe für räudige Hunde abgeben darf, aber nicht für Menschen. Auf den neuen Gesetzentwurf über das Apothekenwesen eingehend, bemerkt der Redner, wer glaube, daß der neue Gesetzentwurf geeignet sei, das Uebel an der Wurzel zu fassen, der täusche sich. Die Regierung habe bei der Abfassung des Entwurfes ein altersschwaches Roß geritten, ein Entwurf sei herausgekommen, der an geistiger Impotenz das Menschenmöglichste leiste. Der Redner geht dann über zu einer Kritik der einzelnen Paragraphen. Redner empfiehlt dann als Resümee seiner Ausführungen folgende Resolution zur Annahme:

„Die 14. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche erklärt:

Eine durchgreifende Neuordnung des deutschen Apothekenwesens ist durch die seitherige Entwickelung zur unabweisbaren Notwendigkeit geworden. Sie erklärt sich bereit, mit allen Kräften bei einer solchen mitzuwirken und sieht sich hierzu nicht nur als größter Arzneizahler berechtigt, sondern auch deswegen, weil sie unter den gegebenen Verhältnissen die gegebenen sachkundigen Vertreter der gesamten Arzneikonsumenten überhaupt sind.

In dem vom Reichsamt bekannt gegebenen Entwurf eines Reichsapothekengesetzes vermögen wir eine Lösung der Apothekerfrage nicht zu erblicken. Als einzige, den Interessen der Allgemeinheit dienende Form des Apothekenmonopols ist unter Wegfall auch der verkäuflichen Privilegien und Realkonzessionen — die Kommunalapotheke zu bezeichnen. Zur Erreichung dieses Zieles erscheint die Ablösung der Idealwerte unter Zuhülfenahme des Staatskredites unumgänglich; die reine Personalkonzession kann höchstens als ein Uebergangssystem zur Kommunalisierung des Apothekenwesens in Betracht kommen, sofern gesetzliche Garantien dafür gegeben werden.

Wir verurteilen an dem vorliegenden Regierungsentwurf, daß derselbe statt wirklicher Vorteile zur Regelung des Apothekenwesens zu bringen, sich mit polizeilichen und behördlichen Reglementierungen begnügt und über die wichtigsten Fragen sich ausschweigt.

Andererseits läßt der Entwurf, von der Form des Konzessionssystems ganz abgesehen, eine wirkliche durchgreifende Regelung vermissen. Wir erklären es für unerläßlich, daß unter Wegfall aller diskretionären Befugnisse von Behörden und von Verordnungsfreiheiten ein Apothekengesetz mit umfassen und regeln muß:

1. Regelung der den Apotheken vorbehaltenen Mittel, der Vorschriften über die Arzneistoffe, die jede Apotheke führen muß, durch das Gesetz.

2. Die Vorschrift, daß der Taxkommission zur Feststellung der Preise usw. Delegierte der Krankenkassen anzugehören haben.

3. Das Recht für Gemeinden, Aerzteorganisationen, Krankenkassen und Apothekenkonzessionsanwärter im Verwaltungsstreitverfahren über die Errichtung neuer Apotheken entscheiden zu lassen.

4. Festlegung des Zwanges für die Apotheker, jedes ordnungsmäßige ärztliche Rezept auf Kredit ausführen zu müssen, sofern durch Hinterlegung eines Vorschusses bei einer amtlichen Behörde Sicherheit zur Zahlung gegeben ist.

5. Regelung der Abgabe fabrikmäßig hergestellter Spezialitäten in jeder der technischen Entwickelung entsprechenden Form."

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Herr Direktor Ullmann-Leipzig begründet hierauf folgenden Antrag der Ortskrankenkasse Leipzig auf Einfügung folgender Bestimmung im § 52 des Krankenversicherungsgesetzes:

„Die Krankenkassen, welche von der Befugnis, eine Vorauszahlung der Beiträge festzusetzen, keinen Gebrauch machen, sind berechtigt, in ihnen geeignet erscheinenden Fällen von den Arbeitgebern die Einzahlung eines zur Deckung etwa in Rückstand verbleibender Beiträge zu verwendenden entsprechenden Vorschusses zu fordern. Die Vorschriften über das Zwangsbeitreibungsverfahren finden entsprechende Anwendung."

Der Antrag entfesselt eine lebhafte Debatte, die schließlich zur einstimmigen Annahme des Antrages führt.

4. Antrag der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M. auf Abänderung des § 32 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes. Nach kurzer Begründung des Antrages durch Gräf-Frankfurt wird derselbe debattelos angenommen.

Die Verhandlung wurde hierauf auf den 20. August vertagt.

Aus der Partei.

Berichtigung.

In der „Leipziger Volkszeitung" vom 16. August befindet sich ein Versammlungsbericht, in dem der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" Dr. Lensch über die Stellung des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse Ausführungen gemacht hat; in einem aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" an die Parteipresse versandten Bericht sind diese Ausführungen noch verstärkt worden.

Alle Behauptungen des Redakteurs Genossen Dr. Lensch sind, wie schon in einer früheren Erklärung festgestellt worden ist, völlig unwahr.

Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse hat mit dem in den Mitteilungen abgedruckten Entwurf eines Preßbureaus gar nichts zu tun. Jener private Entwurf beruht auf den von der Preßkonferenz im März d. J. entwickelten Auffassungen, ist aber weder direkt noch indirekt vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse oder von einzelnen Mitgliedern angeregt, beeinflußt, beraten oder beschlossen worden.

Ebenso unwahr ist es, daß der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse oder seine einzelnen Mitglieder versucht haben, das Institut des Preßbureaus in die Hände zu bekommen. Wir haben bis zur Stunde noch nicht einmal Stellung zu der Frage genommen.

Mit Parteigruß:

Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse.

* * *

Die erste Behauptung dieser Berichtigung beruht auf einem Irrtum. Der in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse abgedruckte Entwurf eines Preßbureaus kann nicht „auf den von der Preßkonferenz im März dieses Jahres entwickelten Auffassungen beruhen", da die Preßkonferenz solche Auffassungen nicht entwickelt hat. Es hat über diesen Punkt keine erschöpfende Debatte auf der Konferenz stattgefunden, sondern es haben lediglich einige Genossen ihre persönlichen Wünsche in dieser Richtung ausgesprochen.

Der zweiten Behauptung setzen wir folgende Stelle entgegen, die der Vorsitzende des Vereins Arbeiterpresse, Genosse Thiele, im „Volksblatt für Halle" veröffentlichte:

„... Nun denkt aber niemand daran, die Maßnahmen zum Ausbau unserer Parteipresse zum Gegenstand eingehender Erörterungen auf dem Parteitage zu machen ... Erörtert soll der Entwurf nur werden auf der Generalversammlung des Vereins Arbeiterpresse am 14. und 15. September in Essen."

Das nennen wir einen zweifellosen Versuch eines Vorstandsmitgliedes des Vereins Arbeiterpresse, die Institution des Nachrichtenbureaus in die Hände des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse zu bekommen. Auf andere Tatsachen, die dieselbe Sprache reden, weist die uns heute zugehende Erwiderung hin, die uns Genosse Dr. Paul Lensch-Leipzig auf die gestrige Erklärung des Gen. Lipinski sendet. Sie lautet:

Erklärung. Die Erklärung des Gen. Lipinski über seine Stellung dem Entwurf für das Nachrichtenbureau gegenüber enthält einzelne Unrichtigkeiten, die ich zu berichtigen bitte. Nicht ich, sondern ein Diskussionsredner nannte ihn den Vater des Entwurfs, der in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse abgedruckt war und der das zu gründende Preßbureau in die Hände des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse lancieren wollte. Ich selber habe gesagt, daß bekanntlich der Verein Arbeiterpresse unter Führung der Genossen Thiele und Lipinski versucht hätte, das Preßbureau in die Hände zu bekommen. Diese Behauptung halte ich aufrecht. Von den Entwürfen, die über die Einrichtung des Preßbureaus vorlagen, veröffentlichte Genosse Lipinski nur den Entwurf in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse, der das gesamte Preßbureau dem Verein Arbeiterpresse auslieferte. Und nachdem er dergestalt für diesen Entwurf einseitig Stimmung gemacht hatte, setzte der Vorstand des Vereins diesen Entwurf auf die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung. Das nannte ich einen Versuch des Vereins Arbeiterpresse, das Preßbureau in die Hände zu bekommen, und das nenne ich auch heute noch so.

Im übrigen stammte der an die Parteipresse versandte Versammlungsbericht nicht „aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung"", sondern er ist die Privatarbeit eines Kollegen, der sich ihr nur unterzog, weil der sonst für die Parteipresse aus Leipzig korrespondierende Genosse an jenem Abend verhindert war.

Leipzig, 21. August 1907.

Dr. Paul Lensch.

Auf der Generalversammlung des 7. schleswig-holsteinschen Wahlkreises (Kiel-Neumünster), die am Sonntag in Neumünster tagte und von 43 Delegierten besucht war, konnte über einen erfreulichen Fortschritt der Bewegung im abgelaufenen Geschäftsjahre (1. Juli 1906 bis 1. Juli 1907) berichtet werden. Die Mitgliederzahl der Ortsvereine hat sich von 5961 auf 7917, d. h. um 30 Proz., erhöht. Die Abonnentenziffer der „Schleswig-Holst. Volkszeitung" ist im Wahlkreise von 11 944 auf 15 130 gestiegen, weist also ein Mehr von 3186 gegen das Vorjahr auf. Insgesamt zählt unser Kieler Parteiorgan jetzt zirka 24 000 Abonnenten. Die Einnahmen der Zentralkasse haben sich von 35 583 M. auf 48 245 M. erhöht, die außerordentlichen Einnahmen während der Wahlzeit nicht mitgerechnet. Daneben sind die Kassenbestände der Ortsvereine, deren Einnahmen 51 754 M. betrugen, darunter aus Mitgliedsbeiträgen 32 412 M., wovon 60 Proz. an die Zentralkasse des Kreises abzuführen waren, um 41 Proz. gestiegen. An den Parteivorstand in Berlin wurden 5900 M., an die Agitationskommission der Provinz 3750 M. abgeführt. Die Ausgaben für die Reichstagswahl, die aus den während der Wahlperiode eingegangenen außerordentlichen Einnahmen mehr als gedeckt werden konnten, beliefen sich auf rund

16 000 M., wovon 2000 M. an benachbarte Wahlkreise und eine ebenso große Summe an die Agitationskommission der Provinz abgeführt wurden.

Der Generalversammlung lag ein Antrag der Kreisleitung auf Herausgabe einer gratis zu verteilenden, wöchentlich bezw. vierzehntägig erscheinenden Landarbeiterzeitung für den Kieler Wahlkreis vor. Dem Antrag wurde nach fünfstündiger eingehender Debatte über die Agitation auf dem Lande prinzipiell zugestimmt. Die definitive Beschlußfassung wurde vertagt bis zur nächsten Generalversammlung, da auf dem demnächst stattfindenden Provinzialparteitage voraussichtlich die Gründung eines monatlich erscheinenden Landarbeiterorgans für die ganze Provinz beschlossen werden wird und die Erfahrungen, die mit dieser Zeitung gemacht werden, abgewartet werden sollen. Der Anstellung eines besoldeten Kreisbeamten, der am 1. Oktober sein Amt antreten soll, wurde zugestimmt. Der Ortsverein Kiel hat bereits im vorigen Winter einen besoldeten Sekretär angestellt.

Die Zahl der regelmäßige Beiträge zahlenden Genossinnen ist von 440 auf 800, die der „Gleichheit"-Abonnentinnen von 800 auf 1487 im Berichtsjahr gestiegen.

Die Kreis-Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Ruppin-Templin fand am Sonntag in Curtschlag statt. 16 Ortschaften waren durch 36 Delegierte vertreten; außer dem Zentralvorstand waren die Berliner Agitationskommission und der sechste Berliner Wahlkreis durch die Genossen Dobrohlaw und Dams vertreten; als Vertreter der Presse war der Genosse Sydow-Brandenburg anwesend. Den Bericht des Vorstandes erstattete Krasemann-Neu-Ruppin. Eine Besserung der Organisationsverhältnisse im Kreise ist eingetreten. Die Zahl der organisierten Parteigenossen beträgt annähernd 1100. Die Abonnentenzahl der „Brandenburger Zeitung" könnte eine erheblich bessere sein. In der zweiten Hälfte des September soll eine energische Agitation zur Gewinnung neuer Abonnenten vorgenommen werden.

Den Kassenbericht gab der Genosse Hinze-Neu-Ruppin. Es betrugen die Einnahmen 3741,21 M., die Ausgaben inkl. eines kleinen Bestandes auf der Sparkasse 3506,51 M., so daß am Schlusse des Geschäftsjahres ein Bestand von 239,20 M. verblieb. Die letzte Reichstagswahl verursachte eine Ausgabe von 3066,00 M.

An den Bericht des Vorstandes knüpfte sich eine lebhafte Debatte, die sich naturgemäß hauptsächlich auf die Erfahrungen und Beobachtungen bei der letzten Wahl konzentrierte. Von allen Diskussionsrednern wurde für die Zukunft eine planmäßige und lebhafte Agitation gewünscht. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Stadtverordneten Adolf Ritter-Berlin über die allgemeine politische Lage, wurde er einstimmig als Kandidat des Wahlkreises Ruppin-Templin nominiert.

Die Tagesordnung zur Brandenburger Provinzialkonferenz erläuterte Dobrohlaw-Berlin. Als Delegierte hierzu wurden gewählt Krasemann-Neu-Ruppin, Klammer-Zehdenick und Nevermann-Lindow. Zum Preußentag bestimmte die Konferenz die Genossen Kadler-Zehdenick, Ludicke-Curtschlag und Krasemann-Neu-Ruppin als Delegierte. Vorher hatte der Genosse Dams-Berlin die Tagesordnung der Provinzialkonferenz einer kurzen Betrachtung unterzogen. Ueber den Parteitag in Essen referierte Ritter-Berlin, dem auch das Mandat des Kreises zum Parteitage übertragen wurde. Ein Antrag Zehdenick, dem „Märkischen Landboten" für jeden einzelnen Kreis zugeschnittene, besondere Beilagen beizulegen, wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. — Ein Antrag desselben Wahlvereins, den Sitz des Zentralvorstandes von Neu-Ruppin an einen anderen Ort zu verlegen, wurde gegen drei Stimmen abgelehnt.

Zum Vorsitzenden des Zentralvorstandes wurde Krasemann-Neu-Ruppin, zum Kassierer Hinze-Neu-Ruppin gewählt; als Mitglied des Zentralvorstandes für die Provinz Brandenburg Krasemann-Neu-Ruppin. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Gransee bestimmt.

Die Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins für Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde fand am Sonntag in Luckenwalde statt. Der Jahresbericht konstatiert günstige Kassenverhältnisse und mäßige Fortschritte in der Bewegung, die freilich nicht den gehegten Erwartungen entsprochen haben. Die Herrschaft der Junker läßt in dem überwiegend ländlichen Kreise keine freiere Entfaltung politischen Lebens zu. Doch ist auch die Gleichgültigkeit eines großen Teiles der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegenüber der Parteiorganisation zu beklagen. Der Kreis hat 7396 Gewerkschafts-, aber nur 2654 festorganisierte Parteimitglieder. Noch schlechter ist es um die Verbreitung der Parteipresse bestellt; die „Brandenburger Zeitung" hat in 39 Ortschaften des Kreises 1874 Abonnenten, außerdem sind noch 94 „Vorwärts"-Leser vorhanden. Die Lehren der letzten Reichstagswahl, die auch in diesem Kreise eine herbe Enttäuschung gebracht hatte, wurden auf der Generalversammlung nach einem Referat des Reichstagskandidaten Genossen F. Ewald eifrig diskutiert. Planmäßigere, frühzeitig einsetzende Agitation wurde allgemein als notwendig erklärt. Das gleich nach der Wahl aufgetauchte Projekt einer eigenen Parteizeitung für den Kreis wurde jedoch, weil es unzweckmäßig ist, nicht weiter verfolgt. Erneute Propaganda für die „Brandenburger Zeitung" soll im Herbst betrieben werden. Außerdem wurde auf Antrag des Vertreters der Agitationskommission, Genossen Zinke-Berlin, beschlossen, alljährlich vier Flugblätter im Kreise zu verbreiten. Zum Parteitage in Essen delegierte die Versammlung den Genossen Ferd. Ewald. Ein Antrag der Genossen Jüterbogs, der Parteitag möge beschließen, daß bei künftigen Wahlen nie mehr von unserer Partei zugunsten der Liberalen der Ausschlag gegeben wird, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag wurde mit der besonders schroffen Haltung des Freisinns im Kreise motiviert. Zum preußischen Parteitag und zur Provinzialkonferenz in Berlin wurden je drei Delegierte bestimmt.

Personalien. Zum leitenden Redakteur des neuen Parteiorgans für den Wahlkreis Darmstadt, das Anfang Oktober ins Leben treten soll, ist der Genosse Dr. Ludwig Quessel, zurzeit Redakteur am „Volksboten" zu Stettin gewählt. — In die Redaktion der „Märkischen Volksstimme" zu Kottbus tritt der Genosse Otto May ein. Er war früher Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen, dann Angestellter der „Freien Presse" zu Elberfeld und zuletzt Beamter der Gemeindearbeiter zu Berlin. — In die Redaktion der „Arbeiterzeitung" zu Dortmund ist Genosse Rottebohm eingetreten.

Aus Industrie und Handel.

Wirtschaftsprognosen aus der Arbeitsmarkt-Korrespondenz.

1. **Juni.** Die deutsche Börse würde wohl nicht so schnell auf die Anregung von Amerika reagiert haben, wenn nicht auch am deutschen Warenmarkte die Geschäftstätigkeit lebhafter geworden wäre. . . .
8. **Juni.** Am Warenmarkte wechseln gegenwärtig starke Preissteigerungen mit ebenso starken Rückgängen ab. Außer den Getreide- und Kartoffelpreisen weisen auch die Kohlen- und Eisenpreise in der letzten Zeit wieder mehr nach oben. . . .
10. **Juni.** Obgleich sich im Marktverkehr für Textilwaren seit einigen Wochen wie regelmäßig mit dem Herannahen des Hochsommers eine größere Ruhe eingestellt hat, ohne daß indes von einer Ungunst gesprochen werden könnte, so hat die Intensität der Beschäftigung vornehmlich in der Spinnerei kaum oder doch nur ganz unmerklich nachgelassen. . . .
13. **Juni.** Schließlich muß ein Konjunkturumschwung in einem Gewerbe doch nicht nur in der jeweiligen Kauflust am Markte, sondern auch in der Bewegung der Preise, des Außenhandels und nicht am wenigsten in dem Andrang am Arbeitsmarkt zum Ausdruck kommen. Auf keinem dieser Gebiete läßt sich aber eine Abschwächung bemerken. Die Bewegung auf allen beweist vielmehr, daß trotz der günstigen Lage im letzten Jahre die Situation in der Eisenindustrie 1907 noch eine Besserung aufweist. . . .
26. **Juni.** Liegt der Arbeitsmarkt für Hüttenarbeiter auch noch überall unverändert glänzend, so ist in der weiterverarbeitenden Industrie vereinzelt in Gunst doch etwas zurückgegangen.
29. **Juni.** Daß der Stand der Bautätigkeit im allgemeinen die Höhe des vorjährigen nicht erreicht, ist zweifellos . . .
5. **August.** Dadurch kommt es auch, daß auf dem Arbeitsmarkt im Baugewerbe eine die vorjährige noch übertreffende Gunst herrscht . . .
16. **August.** Die ungünstige Wendung, die der Monat Juli auf dem Arbeitsmarkt gebracht hat, verstärkt die Befürchtungen, die sich an die weitere Gestaltung der Konjunktur schon seit mehreren Monaten knüpften . . . Es überwiegen zurzeit die Stimmen, die mit einem gewerblichen Rückgang rechnen und es kann nicht geleugnet werden, daß für die ungünstige Auffassung eine Reihe schwerwiegender Gründe ins Feld geführt werden . . .
17. **August.** . . . Dabei mehren sich die Anzeichen einer Erholung im Herbst. Aus der Roheisenindustrie wird gemeldet, daß bereits für 1908 Aufträge eingehen . . .

Zur Lage auf dem Roheisenmarkte schreibt die „Rh.-Westf.-Ztg.":

„In Verbraucherkreisen begegnet man vielfach der irrigen Meinung, daß die Roheisenpreise generell herabgesetzt worden seien. Das ist aber ganz und gar unzutreffend, und die bisherigen Syndikatspreise haben bis Ende des Jahres Gültigkeit. Das Düsseldorfer Syndikat verkauft sogar schon, wenn man den in die Oeffentlichkeit gelangten Meldungen Glauben schenken darf, zu diesen Preisen für das erste Semester nächsten Jahres . . . Von einer Preisherabsetzung kann also weder im allgemeinen noch im speziellen Fall die Rede sein. Eine alleinige Ausnahme macht das Luxemburger Gießereieisen Nr. III, das vor einiger Zeit in Konkurrenz gegen englisches Eisen um zwei Mark die Tonne ermäßigt wurde. Auch muß man von den billigen, außersyndikatlichen Angeboten des Kraftwerks in Mittel- und Nordostdeutschland absehen, mit denen ja ein bestimmter Zweck verknüpft wird. Inwieweit sich allerdings angesichts dieser Konkurrenz und angesichts der unsicheren Marktlage die seitherigen Syndikatspreise auch in der Zukunft aufrecht erhalten lassen, ist eine andere Frage, deren Beantwortung man sich in Abnehmer- und Verbraucherkreisen vorlegen sollte, ehe man jetzt schon zu langsichtigen Abschlüssen übergeht. Uns will es vom Standpunkt der Verbraucher gerade in der gegenwärtigen Zeit nicht besonders ratsam erscheinen, sich schon jetzt für das ganze erste Semester nächsten Jahres einzudecken, schon um deswillen nicht, weil einmal eine Preiserhöhung kaum in Rechnung zu ziehen ist und weil andererseits sich der wirkliche Bedarf fürs erste Semester heute kaum schon übersehen läßt. Der Bedarf dürfte sich auch kaum auf der seitherigen Höhe halten, normalen Gang der Marktverhältnisse vorausgesetzt. Umgekehrt hat das Syndikat ja ein gewisses Interesse, seinen Mitgliedern auf weiter hinaus unter den heutigen Verhältnissen Aufträge zu sichern. Denn angesichts des bevorstehenden Konkurrenzkampfes mit dem Kraftwerk eröffnen sich für dasselbe keinesfalls günstige Perspektiven. Das Vorgehen des Syndikats scheint uns aber mit Rücksicht auf die Erfahrungen früherer Jahre auch nicht ohne Bedenken zu sein. Wir erinnern an die langsichtigen Verkäufe des Jahres 1900, die die Veranlassung zu den bekannten Prozessen des Syndikats mit einer Abnehmergruppe bildeten. Angesichts dieser Tatsachen empfiehlt sich deshalb doppelte Vorsicht gerade in der gegenwärtigen Situation, bei der sich die zukünftige Gestaltung der Marktlage nicht überblicken läßt. Verkäufe über Jahresende hinaus sollten daher nur in Ausnahmefällen eingegangen werden."

Rentabilität im Großgewerbe.

Unterstellt man, daß das für 1906 ermittelte Kapital auch schon im Vorjahre investiert war, dann gelangt man zu folgendem Ergebnis:

2097 Aktiengesellschaften, deren Geschäftsjahr am 31. Dezember schließt und deren Rechnungsergebnisse für 1905 und 1906 bisher bekannt geworden sind, hatten ein Nominalaktienkapital im Betrage von 8046,18 Millionen Mark. Auf dieses Kapital wurde im Jahre 1905 eine Dividendensumme in Höhe von 686,53 Millionen Mark ausgeschüttet; das Aktienkapital verzinste sich mit 8,54 Proz. Die Dividendensumme für das Jahr 1906 stellte sich auf **744,03 Millionen Mark.** Das gesamte Nominalkapital verzinste sich demnach im Jahre 1906 mit **9,24 Proz.** Der relativ größte Teil des berücksichtigten Kapitals entfällt auf die Banken. 383 Banken mit 3281,25 Millionen Mark Aktienkapital verteilten 8,32 Proz. Dividende im Jahre 1906 gegen 8,08 Proz. im Jahre 1905. Die Steigerung nicht nur, sondern auch die absolute Höhe der Dividende bleibt also bei den Banken hinter dem Durchschnitte aller Gesellschaften erheblich zurück. Ganz anders stellen sich die Ergebnisse im **Bergbau** sowie bei den **Hütten und gemischten Werken.** Beide Gruppen haben im Jahre 1906 überaus günstig abgeschlossen. Die Hütten und gemischten Werke, 50 an der Zahl, verteilten auf ein Aktienkapital im Betrage von 575,61 Millionen Mark eine **Dividende von 12,01 Proz.** im Jahre 1906 gegen 10,92 im Jahre 1905. Die dem Bergbau angehörigen 82 Gesellschaften mit einem Kapital von 348,62 Millionen Mark schütteten 1906 eine **Dividende von 11,05 Proz.** aus gegen eine solche von 8,68 im Jahre 1905. Wenn auch nicht ganz so erheblich über dem Durchschnitt, so doch noch immer über ihm stellte sich die Rentabilität bei den Gesellschaften der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie. 210 Gesellschaften mit einem Kapitale im Betrage von 507,06 Millionen Mark verteilten 1905 40,57 Millionen Mark Dividende, 1906 dagegen 48,46 Millionen. Es verzinste sich also im Jahre 1905 das Nominalkapital mit 8,00, im Jahre 1906 dagegen **mit 9,56 Proz.** Auch die Textilindustrie weist steigende Ergebnisse auf. Die berücksichtigten 149 Gesellschaften des Textilgewerbes verfügten 1906 über ein Nominalaktienkapital in Höhe von 291,85 Millionen Mark. Auf dieses verteilten sie 1905 eine Dividende von 8,40, 1906 dagegen von **9,08 Proz.** Die absolute Höhe der Dividenden entspricht also durchaus dem Charakter eines hervorragenden Aufschwungjahres, das heißt eines Jahres, in dem die Tributpflicht der Arbeit für das Kapital besonders drückend war.

Ueber die Konzentration im Wirtschaftsbetriebe geben die in dem kürzlich veröffentlichten Jahresberichte der See-Berufsgenossenschaft enthaltenen Uebersichten, welche einen Zeitraum von 19 Jahren umfassen, ein klares Bild. Am 1. Januar 1888 waren danach im ganzen 1790 Schiffahrts- und 28 verwandte Betriebe mit zusammen 3189 Kauffarteischiffen von 4 028 000 Kubikmeter Gesamtbrutto-Raumgehalt im Genossenschaftsverzeichnis eingetragen. Wie in vielen Arten typisch großkapitalistischer Unternehmungen ist auch im Seeschiffahrtsbetriebe die Konzentration immer stärker geworden. Am 1. Januar 1907 war die Zahl der reinen Schiffahrtsbetriebe auf 1339 zurückgegangen und die der verwandten Betriebe auf 40 gestiegen. Die Anzahl der Kauffahrteischiffe hat sich vermindert und zwar auf 2982, ihr Brutto-Tonnengehalt dagegen ist auf 10 897 000 Kubikmeter angewachsen. Der Rückgang in der Zahl der Betriebe macht 23 Proz. aus, während die gleichzeitige Steigerung der Tonnage 6 869 000 Kubikmeter = 175 Proz. beträgt. Durch Bundesratsbeschluß vom Juni 1895 und Februar 1896 ist die Hochseefischereiflotte der Seeberufsgenossenschaft angegliedert worden. In ihr hat sich die Anzahl der Betriebe seit 1900 von 41 auf 56 vermehrt, die Zahl der Heringslogger ist von 74 auf 198, die der Fischdampfer von 105 auf 196 gestiegen.

Moderne Küche. Wie eine moderne Hotelküche aussieht, illustriert die nachfolgende Schilderung der Anlagen im Kaiserhof:

Für den Praktiker sind speziell die Anlagen im Souterrain interessant, wo die Elektrizität für die denkbar verschiedensten Zwecke der Kraftübertragung nutzbar gemacht wird. Unsere Hausfrauen würden über die Arbeit staunen, die sie dort verrichtet. Ein Motor treibt den Fleischwolf, daneben hämmert der elektrische Steinmörser Zucker, Gewürz, Krebsnasen u. a. m. Die im Nebenraum mit gemeinsamem Antrieb ausgerüsteten Maschinen bereiten die appetitlichsten Dinge so schnell und hygienisch einwandfrei, wie es der Hand kaum möglich ist. Geschäftig stampft der Schnee- und Sahnenschläger; konische Walzen bereiten Fleischmischungen und Farcen; das Speiseeis wird elektrisch gerührt. Geschirrspülmaschinen, bei denen der Elektromotor das kochende Wasser in wirbelnde Drehung versetzt, sind bekannt.

Die nach dem Ammoniakverfahren von Borsig gebaute Gefrier- und Kühlanlage hat elektrischen Antrieb für Kompressor, Pumpe und Ventilator, ebenso die Wasserversorgung und die Entwässerung. Das Wasser wird dem 45 Meter tiefen Hotelbrunnen entnommen und nach Passieren der Enteisenungsanlage durch zwei Zentrifugalpumpen mittels 10pferdiger Motoren zu den Bassins im Dachgeschoß gehoben.

Bemerkenswert ist weiter die Lüftungseinrichtung. Vier elektrisch betriebene Ventilatoren saugen stündlich je 15 000 Kubikmeter Frischluft in zwei getrennte Kammern. Durch die in einer von diesen montierten Heizkörper strömt im Winter Dampf, im Sommer kaltes Brunnenwasser, und erst die so angewärmte resp. gekühlte Luft wird, in einer dritten Abteilung mit der Frischluft der ersten Kammer gemischt, den verschiedenen Sälen und Korridoren zugeführt. Ein elektrisches Fernthermometer gestattet in der Nähe der Ventilatoren das Ablesen der in diesen Räumen herrschenden Temperatur; mit regulierbaren, zwischen den drei Luftkammern befindlichen Klappen lassen sich beliebige Wärmegrade einstellen. Um die verbrauchte Luft abführen zu können, hat man die Säle, Küche, das Kesselhaus und den Akkumulatorenraum außerdem mit elektrischen Schraubenventilatoren von 8000 bezw. 15 000 Kubikmeter stündlicher Leistung ausgerüstet. Fünfzehn Elektromotoren von zusammen 20 PS sind in diesem Teil der Installation tätig.

Daß man im Kaiserhof Personen und Lasten elektrisch durch alle Stockwerke befördert, braucht hier kaum hervorgehoben zu werden; aber der Hinweis ist wichtig, daß gerade diese Aufzüge außerordentlichen Anteil an der Steigerung des Hotelverkehrs haben.

Die gesamte elektrische Energie wird von den V. E.-W. durch eine im Souterrain aufgestellte Akkumulatorenbatterie von 120 Elementen und 1250 Ampèrestunden Kapazität geliefert.

Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Wilhelm Große

aus Klub „Marylland" am 17. d. M. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 23. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.

3/11 **Der Vorstand.**

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Den geehrten Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Georg Footh

am Sonnabend, den 17. August, nach längerem Leiden verstorben ist.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben, so früh verstorbenen Sohnes und Bruders

Paul Bieberstein

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Glasarbeiter-Verbande, der Kommission des Klavierarbeiter-Verbandes, den Gültlern der Firma Gebr. Lüdke, dem Personal der Firma Gebr. Jonas und dem Rauchklub „Deutsche Brüder" vom Berliner Raucherbund unseren innigsten Dank. 21046

August Bieberstein und Frau nebst Kindern

Adalbertstraße Nr. 59.

Allen Freunden und Verwandten sowie dem Arbeiter-Gesangverein „Ober-Schöneweider Liedertafel", der Zahlstelle Ober-Schöneweide des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter sage ich für die Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meiner Frau meinen herzlichsten Dank.

Ober-Schöneweide.

Fritz Rabe.

50 %

billiger als im Laden kaufen Sie verfallene Pfänder in d. Pfandleihe

Beusselstraße 23

1 Treppe.

Kratz

Radikal-Wanzentöter

Fl. 1.75 u. 1.00, Probe 50 Pf. vernichtet unter Garantie alle Wanzen und Brut.

Schwaben-Puder

Sch. 1.75 u. 1.00, Probe 50 u. 30 Pf.

Fritz Kratz, Drogen

Reinickendorferstr. 119

(zw. Bhf. Wedding u. Fennstr.).

Heute 12¼ Uhr morgens starb nach langem Leiden mein Verlobter sowie unser lieber Bruder

Hans Dexl

im 37. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Wwe. J. Mäuseler.
Franz und **Ludwig Dexl.**

Berlin O., den 20. August 1907. Frankfurter Allee 180.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, statt. 24105

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Hans Dexl

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. August, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

14/10 **Der Vorstand.**

Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschl.

(Filiale Berlin)

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

Joseph Dexl

im Alter von 36 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 23. August, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, statt.

165/16 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

August Reinicke

am 14. August verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

92/16 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Handwerkern des Baues Bodestr. 25 für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die großen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres einzigen lieben Sohnes und Bruders

Otto 57312

sagen wir unseren herzlichsten Dank.

F. Fleischer nebst Frau u. Tochter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 21. August.
Anfang 8 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Salome.
Neues königl. Opernthaater. Der Zigeunerbaron.
Deutsches. Robert und Bertram. Anfang 7½ Uhr.
Kammerspiele: Aglavaine und Selysette.
Berliner. Die tanzenden Männchen.
Lessing. Die Stützen der Gesellschaft.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Jüdin.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Weg zur Hölle.
Neues Schauspielhaus. Raffles.
Neues. Der Dieb.
Komische Oper. Tosca.
Westen. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus. Husarenfieber.
Zentral. Das Tagebuch einer Verlorenen.
Kleines. Vater und Sohn.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Thalia. Ihr Sechs-Uhr-Onkel.
Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8½ Uhr. Nachmittags 4½ Uhr: Er ist nicht eifersüchtig. Das vierte Gebot. Verbotene Wege.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.
Passage. Bernardi. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Donnerstag, 22. Aug., abends 8 Uhr:
Die tanzenden Männchen.
Detektiv-Komödie in 4 Aufzügen von Ferdinand Bonn.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Vater und Sohn.
Morgen und folgende Tage: **Vater und Sohn.**

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Husarenfieber.

Zentral-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Tagebuch einer Verlorenen.

---

8 Uhr **Residenz-Theater.** 8 Uhr
Direktion: **Richard Alexander.**
Donnerstag, 22. August:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten von Maurice Hennequin und Pierre Veber.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: **Der Weg zur Hölle.**

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater
5½ Uhr: **Humpsti-Bumsti, Pipifax und Paulo,** Exzentriker.
9½ Uhr: **Schenk Bros.,** zwei Berliner Jungen, Wunder der Kraft-Equilibristik.
10 Uhr: **Hartstein** in seiner Burleske **„Der Hochzeitsgast".**

Max Kliems
Sommer-Theater
Hasenheide 13/15.
Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.**
Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.**
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.)
Moritz-Oper.
Donnerstag abends 8 Uhr: **Die Jüdin.**
Freitag, abends 8 Uhr: Gastspiel **Heinrich Bötel:** **Der Postillion von Lonjumeau.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Figaros Hochzeit.**

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstr. 57—62: **Sternwarte.**
Täglich geöffnet von 7½—11 U. abds.

Zoologischer Garten
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Garten, Anf. 4½ Uhr:
Das glänzende August-Programm.
Sperrsitz 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8½ Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler Arturo
Bernardi
! und das neue großartige !
August-Programm.
14 Attraktionen 14.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11—2 Uhr.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Wag.
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrnfeld. Musik v. L. Ital.
Dazu die Separee-Affäre
Es lebe das Nachtleben!
mit den Autoren Anton u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Winter Garten
Anne Dancery, Pariser Sängerin.
The 8 English Girls, Gesangs- und Tanztruppe.
Die 4 Barowskys, Akrobaten, „Die Bauernjungen im Walde."
Le Roy Talma u. Bosco, Zauberkünstler.
Agoust, komischer Jongleur.
George B. Reno Company, amerikanische Exzentriks.
Annie Dirkens.
Olga Preobrajensky, Prima Ballerina, u. **M. Legat,** Solotänzer v. d. kais. Hofoper in Petersburg.
Papinta, amerikan. Phantasie- und Spiegeltänzerin.
Kellino Truppe, „In Venedig".
The Hartleys, Springer. **Der Biograph.**

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7/9.
Flotte Weiber.
Spezialitäten I. Ranges.
Auftreten der **Löwenbraut Tilly Bébé** mit ihren dress. Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4½ Uhr.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 1. September, nachm. 3 Uhr:

Neues Schauspielhaus. **1. Abteilung.**
Fuhrmann Henschel
Schauspiel in 5 Aufzügen von Gerhart Hauptmann.
Künstlerische Leitung: **Alfred Halm.**

Berliner Theater. **19./20. Abteilung.**
Freiwild
Schauspiel in 3 Akten von Artur Schnitzler.
Künstlerische Leitung: **Adolf Steinert.**

Heft 1 und **2** der **Monatsschrift „Freie Volksbühne"** liegen von der letzten Augustwoche in allen Zahlstellen aus. 229/14

Die neuen Mitgliedskarten müssen **schleunigst** aus den Zahlstellen abgeholt werden.

Umschreibungen in eine andere Zahlstelle können nur noch im August vorgenommen werden.

Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76—79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: **Ob Regen!**
Riesen-Lacherfolg.
Landsberger Allee auf Stelzen.
The Reros, konkurrenzlose Neuheit. Heinz Heuer, prolongiert.
Dazu das **neue** brillante August-Programm.
Anf. 3 Uhr. Kaffeeküche. Volksbelustig. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Arnold Scholz
Neue Welt
Hasenheide 108/114
Donnerstag, den 22. August cr.: Elite-Tag.
Großes Doppel-Konzert
Spezialitäten-Vorstellung.
Hervorragendes Programm.
Unter anderem:
Conte Seranos Löwen-Dressuren.
Zum 52. Male:
Rau-Diedel-Dau.
Original-Pantomime von Curt Ellis.
Monster-Feuerwerk
des Pyrotechnikers **Adolf Beck.**
Tanz-Reunion.
Anfang 5 Uhr. { Entree zum Konzertgarten 10 Pf. / Entree zum Theatergarten 50 Pf.

W. Noacks Theater
Direktion: **Rob. Dill.** Brunnenstr. 16.
Nur einmalige Wiederholung:
Minna von Barnhelm.
Dazu die vorzügl. August-Spez.
Anfang **6** Uhr.
Bei schlechtem Wetter: **Vorst. im Saal.**
Sonnabend: **Extra-Vorstellung.**

Walhalla-Varieté-Garten
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Die Veilchenfee.
Volksstück m. Gesang in 2 Akten von W. Gerlach. Musik von Max Schmidt.
Hierzu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volksbelustigungen.

CIRCUS NORTON B. SMITH
Berlin, Memelerstr.
Heute **Donnerstag: Benefiz-Abend** zu Ehren des weltber. Pferdebändigers Prof. **Norton B. Smith.**
Zur Bändigung gelangt ein wilder bisher unbezähmbar gewesener Klopphengst und zwei nervöse Pferde.
Havemanns einz. dast. Raubtierschule. Auftreten des ges. Künstlerpersonals.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: **Bernh. Rose.**
Heute: **Großer Elite-Tag!**
's Lieserl.
Seph. Gemsjäger . Bernhard Rose.
Erstklassige Spezialitäten.
Rosa und Josefa Blazeks, das zusammengewachs. Zwillingspaar.
Paul Coradini.
Hopkins Dressurakt. Anton Sattler.
The Dammann Family.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4½ Uhr.
Gr. Elite-Ball!

Fröbels Allerlei-Theater
Schönh. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.
Aeltestes Volkstheater Berlins.
Benefiz für **Udo Hurst!**
Einmalige Aufführung:
Der lustige Witwer.
Anfang 4½ Uhr. Entree **30** Pf.
Sonnabend, den 24. August:
Sommernachtsfest.
Alle Frei- u. Ehrenkarten Gültigkeit.
Am 5. September:
Benefiz für **Minnie Russe** und **Willi Fröbel.**

Reichshallen-Theater.
Täglich:

Stettiner Sänger.
Britton als **Auto im Familienbad Wannsee.**
Anf. Wochent. **8,** Sonntags **7** Uhr.

Sanssouci,
Kottbuser Straße 6.

Direktion **Wilhelm Reimer.**
Bei günstiger Witterung auf der Gartenbühne.
Heute sowie jeden Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Großer Lacherfolg!
In der Damuka.
Sonntags Beginn **5,** wochent. **8** Uhr.

Braatz' Amerikanischer
Affen-Zirkus
à la Brockmann.
Am Prenzlauer Tor.
Täglich: **Gr. Vorstellung** 8½ Uhr. Außerdem Sonntags, Feiertags, Mittwochs u. Sonnabends nachm. 4 Uhr: **Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.**

Während der Aussperrung der Holzarbeiter

gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein:

Tischlereien Trumpke 4,30; Sommerlatte 3,—. Ungenannt 12,—. Tischlereien Herrmann 10,—; Gehrke 5,—; Zoch 15,—; Bendix Söhne 8,50; Meyer, 1. Rate 52,65; Mösler 9,60. Genosse Behrend, 1. Rate 1,—. Stempelfabrik Haß 11,51. Tischlereien Fahnkow 5,32; Meyer, 2. Rate 49,85. Genosse Neumann 2,—. Tischlereien Heidelkang, 1. Rate 3,—; Küster 17,80; Küppler, 1. Rate 3,—; Klee, 1. Rate 19,70; Jakob u. Braunfisch 11,20; Meyer, 3. Rate 48,45. Genosse Seemann 2,—. Tischlereien Peetz 11,50; Belzig u. Co., 1. Rate 5,70; Tante Böhl, 1. Rate 6,—. Genosse Lohmann 1,—. Campbell u. Pullig 6.—. Tischlerei Heidelkang, 2. Rate 2,—. Tischlerei-Genossenschaft „Modern", 1. Rate 20,—. Unbekannt 2,—. Gen. Schulz 2,—. Heimann u. Kühn, 1. Rate 6,50. Ungenannt 17,40. Präger und Brügerinnen von Tilius 17,50. Gen. Seefeld, 1. u. 2. Rate 4,—. A. Meyer 50,—. Tischlereien: Meyer, 4. Rate 51,90. Heidelkang, 3. Rate 2,—. Tante Böhl, 2. Rate 6,—. Einsetzer von Bendix, 1. Rate 1,95. Gürtler von Witte u. Pinsker 9,—. Ueberschuß von einer Begräbnisfeier A. E.-G. 3,10. Gen. Anton Boeker, 1. Rate 50,—. Tischlereien: Binger 51,—. Sänger 15,—. Tellersammlung der Handtuchfahrer 2,05. Tischlermeister Lehmann 2,—. Tischlereien: Gast, 1. Rate 21,10. Meyer, 5. Rate 55,55. Genosse Erdmann 0,50. Tischlereien: Nissen, 1. Rate 6,50. Heidelkang, 4. Rate 2,—. Gen. Henzelmann 10,—. Gen. Gräf 2,—. Tischlerei-Genossenschaft „Modern", 2. Rate 20,—. Tischlereien Ernst Mittag, 1. Rate 60,35; Gossow, 1. Rate 14,—. Gesammelt bei Niemitz 1,40. Arnold Scholz 100,—. Modelltischler von Lucas 3,—. Tischlerei Wollenburg, 1. Rate 14,70. Angestellte der Krankenkasse 50,—. Tischlereien Röthling, 1. Rate 46,50; Wasserbarth u. Sohn 7,30; Klug, 1. Rate 4,—. Zahlstelle Hermsdorf 20,—. Tischlerei Meyer, 6. Rate 52,60. Gen. Acker 3,—. Gen. Grigosteit 1,—. Gen. Geldmann 1,—. Firma Adam 8,75. Tischlereien Klug, 2. Rate 26,10; Gast u. Bruck 20,20; Heidelkang, 5. Rate 2,—; Nissen, 2. Rate 6,50. Firma Ahmann u. Comp., 1. Rate 7,50. Firma Dallmann u. Petereit, 1. Rate 6,—. Einsetzer von Blauschmidt 6,—. Koll. Heese 2,—. Einsetzer von Bendix, 2. Rate 3,—. Tischlereien Binger, 2., 3. Rate 49,50; Lütke, Britzerstraße, 1. Rate 41,50. Einsetzer von Blankenburg 5,50. Tischlerei Beier u. Linke 7,75. Firma Ballin aus München 17,40. Firma Belzig u. Co., 2. Rate 8,70. Firma Franz 7,30. Firma Eppe u. Manecke 8,80. Tante Böhl, 3. Rate 6,—. Genosse Brückner 6,—. Firma Weinert 36,85. Tischlereien Gossow, 2. Rate 11,70; Siebert u. Aschenbach, 1. Rate 43,—. Gentschen 4,50. Tischlereien Ernst Mittag, 2. Rate 51,65; Steinbock 10,—. Kollege Rammler 4,—. Stockfabriken Goldmann 11,75; Meißner 6,—. Hülfsarbeiter im Streikbureau, 1. Rate 28,—. Firma Woltner 3,—. Tischlerei Hyan 22,80. Firma Jakobowitz 15,—. Verband der Schankwirte 300,—. Tischlereien Lütke, Pankow, 1. Rate 25,—; Markiewicz, 1. Rate 100,—. Firma Wollenberg, 2. Rate 12,50. Tischlerei Lochmann, 1. Rate 10,—. Firma Heimann u. Kühn, 2. Rate 12,—. Firma Siebert u. Schwesing 33,—. Firma Lautenschlager 5,—. Firma Possenbacher 5,50. Koll. Graubaum 5,—. Tischlereien Röthling, 2. Rate 44,30; Gast, 2. Rate 21,40; Siebert u. Aschenbach, 2. Rate 70,80; Schacht u. Müller 7,90. 13 Kollegen von Görz, 1. Rate 14,90. Tischlerei Lütte, Britzerstraße, 2. Rate 32,90. Firma Hede u. Grabe 8,60. Firma Schimming 1,—. Firma Franke 24.—. Polierer von Lucat 8,—. Tischlereien Meyer, 7. Rate 63,50; Schirrmeister 7,—. Firma Teufel u. Co. 5,—. Tischlereien Dunske 29,50; Dischleit, 4 Treppen 7,80; Binger, 4. Rate 28,60; Hausmann 25,—. Firma Ballin, Kaufh. d. Westen 23,20. Tischlerei Hempel 5,—. Firma Telzer u. Kohler 18,—. Firma Köhler 9,—. Firma Dallmann u. Petereit, 2. Rate 7,—. Firma Ahmann u. Co., 2. Rate 6,—. Firma Mitusch 16,—. Polierer von Dischleit 4,40. Tischlereien Bohrmann 6,—; Ferchel 2,—; Körner, 1. Rate 9,—; Aschner 35,70; Stienes 4,—; Fahldick 5,50; Angrick 2,70; Drechslerei Bredow 3,50. Genossenschaften Hoffnung 17,50; Schneider 11,80; Haupt 5,—. Tischlereien Stawenow, 1. Rate 55,—; Fehrmann 6,20. Kollegen Fahlke 1,10; Halenstein 1,—; Peterich 1,10; Schach 4,50; Thümen 1,50. Tischlereien Müller, Köpenickerstraße 24,25; Sauerwein 38,30; Schubert 12,10; Augsten 9,50; Bollin 7,50; Thierichen 6,40; Haberer Nachfl., 1. Rate 6,50; Reiher u. Linke 8,90; Olm 20,90; Kämmling 5,—. Siemens Werrnerwerke 47,—. Tischlereien Heheisel 3,—; Klug 49,—; Gring u. Böll 21,60; Georg Kunert 34,10; Barisch, Kopernikusstraße 24,—; Müller, Blücherstraße 27,60; Heidelkang, 6. Rate 2,—. Kollege Grigosteit, 2. Rate 1,—. Kollege Geldmann, 3. Rate 2,—. Maschinenarb. d. Sommerlatte 5,—. Zahlst. Neusalz durch Zacher 2,50. Sparverein „Einzig" 5,—. Tischl. Franke 11,—. Wegner, Italienerstraße 4,—. Tischlereien: Nissen, 3. Rate 12,10; Gast. u. Bruck, 3. Rate 6,—; Demitz 13,70. Koll. Berenger 1,—. Koll. Tschel 1,—. Kranzspendenüberschuß Kabelwerke Oberspree 14,50. Angestellte des Verbandes 140,—. Tischl. Sommerlatte 19,—; von Ernst Mittag 47,60. Firma Till, München und Wild, Regensburg 2,50. Pessenbacher, München 1,—. Tischl. Gossow 10,70. Firma Beyer 4,60. Tischl. Böhnisch u. Comp. 10,—. Firma Tschirlei 13,35. Firma Körner, 2. Rate 12,35. Tischlereien: Götz 4,15; Luckat 3,10; Trebs 13,20. Tante Böhl, 4. Rate 6,—. Zahlst. Franz. Buchholz 50,—. Koll. P. Stochel, 1. Rate —,50. Koll. J. Stochel, 1. Rate —,50. Koll. Wenzel, 1. Rate —,50. Ehemaliger Verein blauer Brüder 3,50. Tischl. Röthling, 3. Rate 10,10. Gen. Anton Boeker, 2. Rate 30,—. Tischl. Kutzner u. Hanf 20,—. 10 Berliner Ausgesperrte in Kirchheim 9,20. Sammlung b. Storries am Biertisch 4,60. Zahlst. Zossen 30,—. Zahlst. Bernau, 1. Rate 6,60. Tischl. Röthling, 4. Rate 10,20. Firma Moldenhauer Söhne, Sechserkasse 40,—. Tischl. Stavenow, 2. Rate 7,—. Stoscheck, 1. Rate 1,50. Tischl. Heidelkang, 7. Rate 2,—. Tischl. Schulz-Charlottenburg 6,—. Berliner Ausgesperrte in Darmstadt, 1. Rate 18,10. Zahlst. Sommerfeld 50,—. Haberer Nachf., 2. Rate 8,—. Bierprozente b. Liebnitz u. Reese 5,—. Firma Klee 9,—. Zahlst. Schönewalde 30,—. Vom Holzarbeiter-Verband in Zürich 800,—. Helmholz 3,—. Kranzsp.-Uebersch. Maschinenfabr. Gebauer, 1. Rate 15,50. Von Gewerkschaften durch die Gewerkschaftskommission, 1. Rate 4000,—. Bannemann u. Hoffmann 10,—. Tischl. Stavenow, 3. Rate 20,—. Gen. Wenzel, 2. Rate —,50. Gen. P. Stoscheck, 2. Rate —,50. Gen. J. Stoscheck, 2. Rate —,50. 15 Münchener Kollegen, Kaufhaus Westen 16,—. Berliner Ausgesperrte Darmstadt, 2. Rate 22,—. Von Gewerkschaften durch die Gewerkschaftskommission, 2. Rate 3000,—. Gen. Hertel 1,—. Tischlerei Binger, 5. Rate 50,—. Firma Wagner, Langestr. 2,40. Tante Böhl, 5. Rate 6,—. Firma Kindermann 32,20. Theatergesellschaft Concordia 50,—. Firma Stegmann 25,—. Metallarb. d. A. Schneider 16,50. Firma Reye 7,20. Gen. Lamprecht, 1. bis 10. Rate 21,—. Gen. Seefeld, 3. bis 12. Rate 20,—. Gen. Roock 1,35. Gen. Behrend 1,—. Firma Lochmann, 2. Rate 10,—. Zentralverb. d. technischen Bühnenpers. 100,—. Tischl. Nissen, 4. Rate 1,10. Autoschlosser d. Berl. Omnibusgesellsch. 6,—. Ges. bei Glaubitz 2,20. Zahlstelle Bernau, 2. Rate 35,40. Kranzspende-Ueberschuß Gießerei Gebauer, 2. Rate 18,20. Tischl.-Genossenschaft „Modern", 3. Rate 10,—. Berliner Raucherbund, 1. Rate 50,—. Berl. Ausgesp. in Darmstadt, 3. Rate 21,80. Arbeiter von A. Borsig 350,—. Firma Pulvermacher 2,—. Gesellenausschuß der Tischlerinnung 51,—. Verband der Buchbinder 500,—. Schülles Nachfolger 50,—. Tante Böhl 6,—. Verb. d. Berl. Maschinisten u. Heizer 200,—. A. Beck 4,—. Tante Böhl, 6. Rate 6,—. Von Gewerkschaften durch die Gewerkschaftskommission, 3. Rate 3000,—. Tischlerei Binger, 6. Rate 60,—. Tischlereien Hecht 20,—. Sommerlatte 30,—. H. Eichel 10,—. Berliner Raucherbund, 2. Rate 38,75. Kranzspende-Ueberschuß Eisengießerei Grauert 8,20. Tischlerei Schubert 15,—. Tischlerei Horrack 15.— Geburtstagsfeier bei Leu 7,30. Verband der Metallarbeiter Zahlstelle Berlin 1000,—. Berliner Ausgesperrte in Darmstadt, 4. Rate 27,30. Tante Böhl, 7. Rate 6,—. Buchbinder von Raschig 20,—. Ruppel Nachfolger 16,25. Arbeiter-Radfahrerverein „Stern" 15,—. Tischlerei Röthling, 5. Rate 10,—. Hoteldiener-Verband 50,—. Tischlerei Scheffler 40,—. Masch. von Hasse u. Co. 34,15. Arbeiter von Barthling 5,—. Kantinen-Ueberschuß d. Raschig, 1. Rate 9,70. Maschinenfabr. Kuppler 55,10. Tante Böhl, 8. Rate 6,—. Hammerschmiede von Borsig, 1. Rate 280,—. Berliner Ausgesperrte in Darmstadt, 5. Rate 32,—. Schlosser von Melcher 16,—. Von Gewerkschaften durch die Gewerkschaftskommission, 4. Rate 1500,—. Max Held 6,—. Dreher von der A. E.-G., Voltastraße 17,10. Metallarbeiter von Baschig 10,25. Tischlerei Dallmann u. Petereit, 3. Rate 10,—. Kranzspendenüberschuß Autofabrik Stock 11,40. Bierprozente Wollenberg 28,60. Bierprozente Raschig, 2. Rate 7,30. Genosse Achilles 10,—. Schmiede der Turbinenfabr. Huttenstraße 51,—. Tischlerei Gokisch 22,—. Borsig-Werke, Lokomotiv-Montage 320,70. Borsig-Werke, Bohrer, Stoßer, Fräser 271,15. Borsig-Werke, Dreher 133,95. Borsig-Werke, Schleifer 80,—. Buchbinder von Raschig, 2. Rate 14,70. Kuttner u. Hanf, Sechserkasse 10,—. Weber & Comp., Gr. Frankfurterstr. 13 212,60. Tischl. Oelschlägel, Sechserkasse 6,—. Lotterieverein „Glückstern" 15,—. Tischl. „Einigkeit" 10,—. C. Simonis 59,60. Berliner Ausgesperrte in Darmstadt, 6. Rate 12,—. Firma Schöning, Reinickendorf, 1. Rate 75,—. Tischl. Röbel 20,—. Wöhler u. Schwab, Sechserkasse 3,85. Tante Böhl, 9. Rate 6,—. Hes u. Comp., Bierprozente 11,80. Firma Schönung, Reinickendorf 44,—. Tischl. Stavenow 10,—. Gen. Kirmsee, 1. Rate 2,—. Berliner Raucherbund, 3. Rate 11,70. Kesselschmiede v. Borsig, 2. Rate 242,75. Dreher v. Borsig, 2. Rate 164,75. Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser v. Borsig, 2. Rate 4,30. Tischl. Markiewicz, 2. Rate 120,—. Tante Böhl, 10. Rate 3,—. Hammerschmiede v. Borsig, 2. Rate 70,—. Gen. Seefeld, 13.—17. Rate 14,—. Gen. Lamprecht, 11.—17. Rate 14,—. Tischlerei Wollenberg, 3. Rate 30,—. Tischlerei Röthling, 6. Rate 25,—. Modelltischlerei von Müller u. Schmelzer 11,55. Teilschlosser v. Borsig, Abt. 10 262,—. Gen. Kirmsee 2,—. Von Gewerkschaften durch die Gewerkschaftskommission, 5. Rate 2000,—. Kranzspendenüberschuß A. E.-G., Abt. Priebe, Brunnenstraße 6,50. Tischlerei Wolf 10,—. Branche der Bodenleger 9,05. Tischlerei Wiśniewski, Sechserkasse 9,—. 2/5

Im Auftrage der Ortsverwaltung:
F. Mieke, Kassierer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1239. Verwaltungsstelle Berlin. **Charitéstraße 3.** **Haupt-Bureau: Hof III. Amt III. 1987.**

Montag, den 26. August 1907, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

im **Palast-Theater**, Burgstraße 24.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren.
2. Neuwahl des 2. Bevollmächtigten, des 1. Kassierers, eines Beisitzers und vier Revisoren.
3. Der Uebertritt der Graveure und Ziseleure.
4. Anträge der Ortsverwaltung und an die Verwaltung gelangte Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 147/8

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verband der baugewerbl. Hülfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Telephon: Amt IV Nr. 4493. Verbandsbureau: Engel-Ufer 16, pt. Telephon: Amt IV Nr. 4493.

Freitag, den 23. August 1907, abends 8 Uhr, in den „Industrie-Festsälen", Beuthstraße 19/20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: **1. Situationsbericht. 2. Diskussion.**

Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Eintritt!

Recht regen Besuch erwartet 47/6 **Der Zweigvereinsvorstand.**

Steinarbeiter.

Berlin I.

Freitag, den 23. d. M., abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Wegen der Wichtigkeit derselben ist es notwendig, daß sämtliche Kollegen erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. 180/14*

Die Ortsverwaltung.

Fey's Gesellschaftshaus, Brunnenstr. 184,
habe ich neu renoviert und mit neuem Parkett übernommen. *
Empfehle dasselbe zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Totensonntag ist noch zu vergeben. **Richard Fey jun.**

Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 5353K*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststickerei.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre,

Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstr. 158

Unterhalte **nirgends Filialen!**

Gelegenheitskauf!

Bunt Cretonne Ersatz für Deckbett 3⁰⁰

Similiseide | Wollatlas — in den Farben rot, blau, oliv — 5²⁵ 7⁵⁰ | 6⁷⁵ 8⁵⁰

Bunte Normal-Schlafdecken 1⁵⁰ 2⁵⁰ 3⁵⁰

Wolldecken ganz dick 3⁰⁰ 4⁰⁰

Reisedecken (engl.) gefügert 6, 8, 10 M.

Pracht-Katalog mit ca. 600 Illustrat. **gratis und franko.**

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Fl. **50** Pf. u. **1.00.** — Ebenso Schwaben, Russen, Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel **30** Pf. **60** Pf. u. **1.00.** 5625K*

— Zahlreiche Anerkennungen. —

1000 Mark Belohnung

zahle demjenigen, der mir einen Mißerfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth,** Drogerie, jetzt Brunnenstr. **14.** früher Nr. 81.

Kassenbäder jeder Art, Augusta-Bad, Köpenickerstr. 60. *

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! **Küchenmöbel-Branche.**

Donnerstag, den 22. August, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung

für die in der
Küchenmöbelbranche beschäftigten Tischler, Maler und Maschinenarbeiter Berlins und Vororte
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Kein Kollege darf in dieser Versammlung fehlen.

92/13 Die Branchenkommission.

Gewerkschaftsfest in Velten

am **Sonntag, den 25. August,** von **nachmittags 3 Uhr** ab auf dem **Festplatze an der Eisenbahn. Konzert, Kinderfestspiele** mit Geschenkverteilung an jedes Kind. **Tanz auf zwei Pariser Tanzsälen** und allerlei **Volksbelustigungen.** Am Abend: **Kinder-Fackelzug.**

Entree a Person 20 Pf., Kinder frei. 295/15*

Es ladet freundlichst ein **Die Gewerkschaftskommission.**

Wer sich vor enormen Verlusten

an den **Effektenbörsen schützen,** wer aus den **Preissteigerungen** an den **Produktenbörsen Vorteile** ziehen will, **muß** die Broschüre Proestler studieren.

Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft

ist zu beziehen durch **alle Buchhandlungen** (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre **A. vollständige Ausgabe, Mk. 2.** — **Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg.** Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann **Michael Proestler** in **Würzburg** versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.

Man verlange ebendaselbst Flugschriften und Prospekte.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Freitag, den 23. August, abends 8½ Uhr, im Schullokal, Grenadierstraße 37:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und des Lehrerkollegiums.
2. Anträge und Statutenänderung.
3. Schulangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert! 4/16*

Beiträge werden entgegengenommen.

Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingen die wertvollen Eigenschaften von Knorr's Hafermehl als leichtverdaulichste, nahrhafte und Durchfall vorbeugende Kindernahrung.

Nähre mit „Knorr".

Etablissement Pharus-Säle

Inhaber Julius Wernau.
Berlin N. 65, Müllerstraße No. 142.
Sehenswert! **Wilhelm Busch-Restaurant!** Sehenswert!
Moderne Festsäle für Hochzeiten, Vereine u. Gesellschaften
100 bis 2000 Personen fassend.
Prachtvoller Naturgarten und Terrassen.
Stadtküche. — Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr.
Jeden Abend: Künstler-Freikonzert.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Skalitzerstraße 40. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 2515K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 261/1*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2167K*

Hermsdorf, Seestraße, am Fließ grenzende zehn Grundstücke mit Wiese werden jetzt billig verkauft, Quadratrute 25 Mark, im ganzen billiger. Joachim, Brunnenstraße 95. 2400b*

Krautstraße 50 Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig. Möbelspeicher Saalfeld. 2395b*

Pfandleihhaus! Hermannplatz sechs. Polizeilich konzessioniertes Leihhaus! Jedermann empfehlenswerte Einkaufsquelle! Extrabilliger Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, Leibwäsche, Brautbetten, Vermietungsbett, Bettstücke, Bettinlette, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Pfänderverkauf, Nähmaschinen, Uhrenverkauf, Goldsachen, Schmucksachen, Festgeschenke, hochelegante, spottbillige Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots. Sonntags ebenfalls geöffnet. †116*

Restaurant, gutgehend, 7 Jahre in einer Hand, sofort zu verkaufen. Große Räume, 1400 Mark Miete. Monatlich 64 Halbe Bayrisch, 14 Halbe Weißbier. Rixdorf, Emserstraße 119.

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51.

Anzüge, Paletots, zurückgesetzte Maßbestellungen kommen billigst zum Verkauf Friedrichstraße 212 I. Händler verbeten. 2383b*

Nahe am Müggelsee Waldparzellen Quadratmeter von 1 Mark an, Obstgartenparzellen Quadratmeter von 1 Mark an, 10jährige Obstbäume, bester Baugrund, hoch gelegen, gutes Trinkwasser. Emil Engelmann, Köpenick, Müggelheimerstraße 9.

Möbelfabrik, Oranienstraße 58 direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 20, Schlafsofa 29, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 55, hochelegante Garnitur 75, Säulentrumeau 32, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 18. Muschelspind, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch **Sonntags geöffnet.** Musterbuch gratis. 2613K*

Pfandauktion! stattgefunden. Billigster spottbilligster Ausverkauf zurückgekaufter Pfandstücke, Schmucksachen, Taschenuhren, Uhrketten, Bettwäsche, Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Fenstervorhänge, Damensachen, Herrensachen, Nähmaschinen, Bilderverkauf, Regulatoren, Freischwinger, Bettinlette, Aussteuerwäsche. **Pfandleihhaus,** Weidenweg 19. †30*

Metallbetten, prachtvolle, reelle, spottbillige Kaufgelegenheit. Ritterstraße 112 II. 2622K*

Möbeltischlerei liefert gediegen, Wohnungseinrichtungen äußerst billig Bunte Küchen. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Kinderwagen, Kinderbettstellen Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2247K*

Steppdecken. Großer Räumungs-Ausverkauf, Similiseide 4,75, Wollatlas 5,65. Spezialhaus, Dresdenerstraße 8. 2615K*

Kanarienvögel, flott singend, Papageien singend, sprechend. Restaurant Kommandantenstraße 52. 2581K*

Bronzegaskronen!! Gaszuglampen! 9,00. Schaufensterlicht! Hängelicht! spottbillig! Gasöfen 1½, Zweilochgaskocher! 3,00. Woblauer, Wallnertheaterstraße 32. 2606K*

Tüllbettdecken, volle Bettgröße 2,50, in Erbstüll 6,35, Tüllstores 1,85, Erbstüllstores 4,35. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Nähmaschine 8,00, Prinzenstraße 77.

Gänse! Gänse! frisch geschlachtet, sind sehr billig verkäuflich Samariterstraße 21, Paul Hoft. Bettfedern-Verkauf. 60/12*

Kleiderspind, Muschelvertiko 25,00, Plüschsofa, Ausziehtisch, Schreibtisch, Säulentrumeau, Bettstellen, Waschtoilette 16,00, großer Muschelspiegel 10,00, Stühle, Uhr, Bilder, Paneelbrett, Teppich, Küchenmöbel verkauft spottbillig Schuhmann, Waldemarstraße 27, vorn I. 24055

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, große Auswahl, spottbillig. Bock, Zennstraße 16. 2636K*

Perser Tischdecken, herrliche Handarbeit 8,50, Gelegenheitsposten. „Teppich", Vorwärtsexpedition Steinerstraße. †75

Kaninchen billig. Keitz, Buchstraße 4. †75

Eckrestauration sofort zu verkaufen, Einrichtung, elektrisches Piano, Warenbestand für 3500 Mark, Miete 1600, bei Makler, Schlächtermeister, Rixdorf, Weisestraße 17—18. †116

Kinderwagen. Gummiräder verkäuflich Wasserthorstr. 14 III, Appelt.

Eine über 10 Jahre innehabende Gastwirtschaft mit Grundstück im östlichen Vorort ist krankheitshalber zu verkaufen (10 000 Mark Anzahlung), wichtig für bekannte Parteigenossen. Nur Selbstreflektanten werden berücksichtigt. Näheres unter Chiffre A. B. 7, Postamt 18, Alte Jakobstraße 170. *

Verschiedenes.

Danksagung. Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Frau Alwine Steuer und Kinder. †89

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Beisel, Gitschinerstraße 94a. 2555K*

Platinabfälle, Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold, alte Uhren, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Gold- und Silberschmelze Köpenickerstraße 29. 60/5*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Ich erkläre hiermit die Frau Schulz, geborene Steinke, Mariannenstraße 19, als eine ehrenhafte Frau. E. Kubisch, Lübbenerstraße 26. †5

Suche Lokal zu pachten auf Tonnenpacht. B. L. 311 Nazarethkirchstraße 49. †81

Suche 6000 Mark zum Neubau. Julius Beneke, Alt-Töplitz bei Werder.

Waschanstalt Leschek, Köpenick, Gartenstraße 15: 4 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung Freitag, Sonnabend. 2634K

Vermietungen.

Wohnungen.

Vorderhaus 2 Zimmer, Küche, Balkon, Zubehör Hochstädterstraße 4, Wedding. †144

Stube und Küche gegen Hausreinigung an saubere Leute. Frankfurter Chaussee 144, I.

Schlafstellen.

Schlafstelle, freundliche, für zwei Herren Rominterstraße 24/25, Quergebäude III rechts. †121*

Schlafstelle zu vermieten Reuterstraße 23, vorn II bei Smolla. †116

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht kleines möbliertes Zimmer, Nähe Bahnhof Wedding. Offerten unter W. H. 100 Postamt SO. 16. 24023

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Malackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Automobilführer! Vorzüglichste theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Größter Stellennachweis gratis. Autotechnikum „Berlin", Wilmersdorf, Hildegardstraße 13. Bedeutendstes Lehrinstitut Deutschlands. Von Behörden bevorzugt. 2610K*

Chauffeurschule „Am Wedding", nur Gerichtstraße 17, größte, bedeutendste, nimmt stets Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Kostenlose Vermittlung hochbezahlter Stellungen. 284/15*

Bauschlosser, selbständige, verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. †129*

Grundierer verlangt Max Leonhard, Weißensee, Lehderstraße 80. †138

Fliesenleger auf Wandbekleidung verlangt H. Baubach, Hobrechtstraße 13. 2399b

Rahmenmacher und Zuschneider verlangt Grosz, Ritterstraße 27. 2408b

Tüchtige Zementstampfer finden sofort dauernde Beschäftigung. Hans Fischer u. Co., Kunststeinfabrik, Groß-Lichterfelde-West. 2407b*

Künstliche Blumen-Kräuslerinnen Kleberinnen verlangt Schindelhauer Alexandrinenstraße 93/94. 2290b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Gesucht erstklassige

Handwickler

von einem bedeutenden Werke im Nordwesten Frankreichs. Seriöse Referenzen verlangt. Schreiben unter **V 3511 X an Haasenstein u. Vogler in Genf.** 204/12

Korbmacher

auf **Geschoßkörbe** und anderes bei hohem Lohn (Drillingskörbe 4,60 M.) gesucht. Reisevergütung nach Vereinbarung. 60/1*

Gebr. Wolff, Bernburg.

Korbmacher

stellen sofort ein, auch auf Geschoßkörbe, Drillinge, bei Teilarbeit. **Verdienst 40—60 M. pro Woche.**

Calm & Ahlfeld, Bernburg. 56/19*

Lehrmädchen

mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung für unsere Geschäfte per sofort oder später gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr. 5684K*

A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestr. 1—2.

Schnellpressen-Monteur.

Ich suche zum baldigsten Antritt einen älteren erfahrenen und einen jüngeren **Monteur für Buch- und Steindruck-Schnellpressen.** Umzugskosten werden vergütet. Angebot mit Angabe der Lohnansprüche und bisherigen Tätigkeit an 2409b*

Karl Thümecke, Maschinenfabrik Johannisberg. Reparaturwerkst. Danzig-Langenfuhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
für **Tischler Winkler & Nots,** Planufer 92b.
für **Vergolder u. Leistenpolierer** die Firma **Mackensen,** Ritterstraße 47. 86/17*
Für **Bodenleger** gesperrt der Bau Schillerstr. 121/122, Firma **Mittag.** Bau Waldstr. 3, Firma **Pumplun.** Bau der Firma **Petsch,** Rosenthalerstraße, Ecke Kyffhäuserstraße.
Zuzug fernhalten.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 25. August, findet ein Familienausflug nach Grünau statt. Treffpunkt vormittags von 10 Uhr ab im Restaurant „Wendenschloß (vis-a-vis Grünau). Für diejenigen, welche erst nachmittags um 2 Uhr in Grünau eintreffen, ist der Treffpunkt Restaurant „Schmetterlingslust“ (15 Minuten vom Wendenschloß). wo gemeinschaftliches Kaffeekochen stattfindet. — Da dieser Ausflug voraussichtlich der letzte in diesem Jahre ist, ersucht um recht rege Beteiligung Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Am Dienstag, den 27. August, abends 8½ Uhr, findet im Lokale „Neu-Karlshof“, Beuth-, Ecke Charlottenstraße, die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Rezitation des Genossen Stripp über: „Ludwig Anzengruber“. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der interessanten Tagesordnung wird pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder mit ihren Frauen erwartet. Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Herzfelde. Die Wahlvereinsversammlung für den Bezirk Herzfelde findet am Sonntag, den 25. August, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schukar statt. Tagesordnung: Abrechnung, Bericht des Delegierten, Bericht der Gemeindevertreter und Lokalfrage. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Frauen in der Armenpflege der Stadt Berlin.

Es hat in Berlin sehr lange gedauert, ehe man sich dazu entschloß, zur Mitarbeit in der Armenpflege der Stadtgemeinde auch Personen weiblichen Geschlechts zuzulassen. In unserer „Musterstadt“ ist man ja ohnedies nicht allzurasch bereit, Neuerungen mitzumachen, die andere Städte uns Berlinern vorgemacht haben. Als aber schließlich auch wir die Frauenzulassung kriegten, da glaubten etliche Optimisten, daß nun die Frauen in hellen Haufen in die Armenkommissionen hineinziehen würden. Indes, der stärkste Widerstand gegen diese „schreckliche“ Neuerung war ja nicht von der Armendirektion, sondern von den Armenkommissionen ausgegangen. Die freisinnigen Spießbürger, die in den Kommissionen regieren, waren entschlossen, den kleinlichen Kampf gegen die Armenpflegerin nicht aufzugeben, sondern ihn in ihren Konventikeln mit aller Hartnäckigkeit fortzusetzen. Leider ist ihnen das möglich geworden, weil die Zuziehung nicht allgemein angeordnet, sondern in das Belieben der einzelnen Kommissionen gestellt wurde.

Der Erfolg dieses Entgegenkommens ist derartig, daß die Gegner der Mitarbeit von Frauen in der Armenpflege ihn sich nicht besser wünschen können. Fünf Jahre sind es jetzt her, daß für die Armenkommissionen Berlins jene neue Geschäftsanweisung eingeführt wurde, die den nach Mitarbeit verlangenden Frauen die Wege zu ebnen bestimmt war. Und wieviel Armenpflegerinnen haben wir heute? Aus dem diesjährigen Band der „Personalnachweisung der Berliner Gemeindeverwaltung“, dem sogenannten „Rotbuch“ für 1907, haben wir sie uns herausgezählt: wir haben nicht mehr als 82 gefunden, die sich auf 24 verschiedene Armenkommissionen verteilen. Ganz Berlin hat jetzt etwa 400 Armenkommissionen, in denen rund 4500 Personen tätig sind. Man sieht, wie wenig die Frauen mit ihren Bemühungen, in die Armenkommissionen hineinzugelangen, ausgerichtet haben. Es scheint sogar, daß die in den ersten Jahren beobachtete allmähliche Mehrung der Armenpflegerinnen, die einen zwar langsamen, aber stetigen Fortschritt versprach, schon zu Ende ist und bereits wieder durch eine Minderung abgelöst worden ist. Bis zum Frühjahr 1906 war die Zahl der Armenpflegerinnen, wie aus dem letzten Verwaltungsbericht der Armendirektion zu ersehen ist, auf 41 gestiegen, während in den drei vorhergehenden Jahren 37, 30, 23 gezählt worden waren. Es ist möglich, daß die Angaben des „Rotbuches“ für 1907, das nur noch 82 Armenpflegerinnen nennt, nicht ganz vollständig sind. Aber es könnte sich da nur um eine geringe Differenz handeln, so daß das Ergebnis auf jeden Fall ein Rückgang gegenüber dem Vorjahre bleibt.

Die Armendirektion hat in ihrem letzten Verwaltungsbericht das Resultat einer Rundfrage veröffentlicht, die sie über die Tätigkeit der Armenpflegerinnen veranstaltet hatte. Sie hatte diejenigen Armenkommissionen, zu denen bereits Pflegerinnen zugelassen worden waren, um Auskunft über die mit ihnen gemachten Erfahrungen gebeten. Fast ausnahmslos waren die Antworten zugunsten der Frauen ausgefallen. Mehr kann gewiß kein Mensch verlangen, aber die Gegner der Frauenzulassung sind taub gegen alle Vernunftgründe. Um die Armenpflege Berlins stände es besser, wenn in sämtlichen Kommissionen Frauen mitarbeiten dürften. Die Beschwerden über Mißgriffe in der Armenpflege, die Klagen über raschfertige Abweisung wahrhaft bedürftiger Personen wie über blindzugreifende Unterstützung gewerbsmäßiger Schnorrer würden dann bald abnehmen. Drei Viertel aller Almosenempfänger Berlins sind weiblichen Geschlechts: am Schluß des Verwaltungsjahres 1905/06 standen in den Listen volle 25 000 Frauen (verwitwete, auch geschiedene oder eheverlassene sowie unverheiratete). Da soll eine Armenpflegerin nicht geeigneter als ein Armenpfleger sein, die nötigen Recherchen anzustellen und den vorgeschriebenen Verkehr mit den Unterstützten zu unterhalten?

Alle Gründe, die früher gegen die Hinzuziehung von Frauen zu den Armenkommissionen angeführt worden waren, haben sich als haltlos erwiesen. Nicht einmal der entsetzliche Verdacht, daß die Frauen in übertriebener „Barmherzigkeit“ das Geld mit vollen Händen auszustreuen beabsichtigten, hat irgendwelche Bestätigung gefunden. Doch die Männer aus dem liberalen Bürgertum, von denen die Armenkommissionen bisher beherrscht worden sind, wollen nun mal unter sich bleiben. Man darf hierbei nicht vergessen, daß ihnen die Kommissionen noch etwas mehr sind als nur eine Stätte, an denen die „Nächstenliebe“ sich instruktionsgemäß zu betätigen hat. Sie sind dem Berliner Stadtfreisinn — ebenso, wie all' die anderen kommunalen Körperschaften, in denen die freisinnigen Inhaber der kleinen Ehrenämter unserer Stadt bei einander sitzen — zugleich ein wichtiges Bindemittel, das seinen politischen Agitatoren den nötigen Zusammenhalt gibt.

Die Bevölkerungsziffer Berlins, die von Jahr zu Jahr immer mehr ins riesenhafte schwillt, hatte die Hunderttausend bereits Mitte des 18. Jahrhunderts überschritten. Freilich half im wesentlichen die damalige starke militärische Besatzung viel zur Erreichung dieser stolzen sechsziffrigen Zahlen. Die Köpfe der in Spreeathen wohnhaften Zivilpersonen waren erst um 1770 kaum auf 100 000 gestiegen. Eine Liste über die Bevölkerungsziffer Berlins, die bis ins 16. Jahrhundert zurückgeht, gibt uns ein interessantes Bild über das Wachstum der Stadt. Danach zählte Berlin in einzelnen Jahren des 17. und 18. Jahrhunderts:

im Jahre	1590:	12 000	Einwohn.	im Jahre	1721:	66 300	Einwohn.
„ „	1602:	8 000	„	„ „	1738:	86 000	„
„ „	1608:	11 000	„	„ „	1746:	97 000	„
„ „	1619:	12 000	„	„ „	1747:	106 803	„
„ „	1631:	8 100	„	„ „	1755:	126 661	„
„ „	1661:	6 500	„	„ „	1756:	99 177	„
„ „	1680:	9 800	„	„ „	1758:	92 356	„
„ „	1685:	17 400	„	„ „	1762:	98 000	„
„ „	1690:	21 500	„	„ „	1763:	119 219	„
„ „	1698:	22 400	„	„ „	1768:	130 359	„
„ „	1700:	28 500	„	„ „	1780:	140 625	„
„ „	1709:	55 000	„	„ „	1784:	145 021	„

Zu bemerken ist, daß die angegebenen Zahlen meist die militärische Besatzung einbegreifen; eine Ausnahme machen nur diejenigen Jahreszahlen, die in die Zeit des siebenjährigen Krieges fallen (1756, 1758, 1762); hier wird denn auch der Rückgang der Bevölkerungsziffer, der bedingt wurde durch die Versetzung der Garnison nach dem Kriegsschauplatz, am deutlichsten. Auch der dreißigjährige Krieg (1631) und die ihm folgende Zeitperiode (1661, 1680), in die die Feldzüge zur Zeit des Großen Kurfürsten fielen, lassen die Einwohnerzahl des schon über die Zehntausend hinaus erblühten Städtchens noch einmal stark sinken. Dann aber geht es stetig aufwärts; und wächst Berlin im 17. Jahrhundert gut um das dreifache, vermehrt es sich im 18. Jahrhundert um das fünf- bis sechsfache, so hat das 19. Jahrhundert eine Einwohnervermehrung um das zwölffache gezeigt und eine Bevölkerungsziffer gezeitigt, die sich am besten dadurch illustrieren läßt, daß die Stadt, welche 1602 erst 8000 Einwohner zählte, innerhalb dreier kurzer Jahrhunderte zu dem dreimillionenköpfigen Groß-Berlin angeschwollen ist.

Submissionsblüten besonderer Art zeigten sich bei der Vergebung der Arbeiten für den Innenausbau des Märkischen Museums. Von den Bewerbern verlangte der Tischlermeister Georg Kuhnert, Berlin 2682 M., die Firma Siebert u. Aschenbach 2420 M. und Ernst Gossard 1744 M., d. h. fast 1000 M. weniger als der erstere. Für die Lieferung von Möbel für das Märkische Museum verlangte Tischlermeister Karl Müller, Berlin 12 762 M., P. F. Lüdtke 9615 M. und R. Glagner, Berlin 5644 M. oder 7118 M. weniger als die Firma Karl Müller. So große Unterschiede in der Festsetzung des Preises gerade auf diesem Gebiete sind allerdings unerklärlich. Hier können weniger die Unterschiede in Arbeitslöhnen und Materialpreisen als vielmehr falsche Kalkulationen die Ursache der auffälligen Preisdifferenzen sein.

Die Verkehrsschwierigkeiten auf dem Bahnhof Nikolassee will die Eisenbahndirektion Berlin durch geeignete Maßnahmen beseitigen. Zu den Schilderungen über das Gedränge am Sonntag hat dieselbe einem Blatte folgende Mitteilung gemacht:

„Die Ueberleitung der Personen vom oberen Bahnsteig über die Gleise nach dem Ausgang, die infolge des starken Gedränges auf dem Bahnsteig zeitweise erforderlich wurde, erfolgte auf Anordnung der Eisenbahnverwaltung unter Aufsicht von Betriebsbeamten und unter dem Schutze von Haltsignalen, so daß Gefahr für die betreffenden Personen nicht vorhanden war. Eine Abtrennung der Aus- und Eingänge durch Schranken hat sich nach unseren Erfahrungen nicht bewährt, und wir müssen von deren Errichtung absehen. Wir werden indessen durch sofortige Herstellung einer hölzernen Rothrücke über das nordwestliche Gleis der Grunewaldstrecken einen Ausgang schaffen, die Bahnsteigsperren auf je sechs Stände erweitern und das Betriebspersonal entsprechend vermehren, so daß Zustände, wie sie am letzten Sonntag eingetreten waren, in Zukunft voraussichtlich vermieden werden, zumal wenn das Publikum den Anordnungen der Betriebsbeamten williger Folge leistet.“

Die Annahme der Frachtstückgüter auf den Berliner Ringbahn- und Vorortstationen soll, wie gemeldet, vom 2. September d. J. ab geändert werden; während jetzt alle Sendungen, die bis 6 Uhr abends das Bahnhofstor passiert haben, noch angenommen werden, sollen künftig die Annahmestellen um diese Zeit schon geschlossen werden, so daß diejenigen Fuhrwerke, die bis dahin nicht abgefertigt werden konnten, unverrichteter Sache wieder nach Hause fahren müssen. Eine ähnliche Regelung der Güterabfertigung auf den Berliner Innenbahnhöfen ist für das nächste Jahr in Aussicht genommen. In Handelskreisen werden gegen die geplante Einrichtung jetzt nachträglich Bedenken laut; man sagt, eine genaue Berechnung, bis wann die Güter mit der bestimmten Aussicht auf Annahme zur Bahn geschickt werden können, wäre den Versendern kaum möglich, da sich die Frequenz im voraus nicht bestimmen lasse. Daraus würden sich für viele Geschäftshäuser große Unzuträglichkeiten ergeben. Es scheint fraglich, ob die Staatsbahnverwaltung die geplante Neuerung wird fallen lassen.

Zu dem Straßenbahnzusammenstoß auf dem Alexanderplatz, bei dem, wie wir bereits gestern kurz meldeten, drei Personen schwer verletzt wurden, wird uns noch mitgeteilt: Die Verunglückten sind der 27jährige Lehrer Johannes Senger, Petersburgerstraße 46, der 23jährige Kaufmann Hermann Schmidtke aus der Höchstestraße 8 und der 73jährige Schauspieler David Franke vom Petersburger Platz 7. Alle drei standen auf dem Vorderperron eines Anhängewagens der Linie 81 (Charlottenburg—Zentralviehhof). Der Unfall geschah auf der Mitte des Platzes, wo sich die Fahrtrichtungen nach der Königs- und Landsbergerstraße kreuzen. An der dort befindlichen Weiche sprang der „Anhänger“ aus dem Gleise und fuhr nach dem Nebengleise, auf dem ein Motorwagen der gleichen Linie aus der entgegengesetzten Richtung herankam. Die Entfernung zwischen beiden Wagen war so kurz, daß es dem Motorführer nicht mehr gelang, seinen Wagen zum Halten zu bringen. Es erfolgte ein heftiger Zusammenstoß zwischen dem Motorwagen und dem „Anhänger“, dessen Vorderperron durch den Anprall total zerstört wurde. Die auf ihm stehenden, oben genannten Fahrgäste wurden gegen die Wagenwand geschleudert. Der Lehrer Senger erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und eine klaffende Kopfwunde, weshalb er nach dem Krankenhause Am Friedrichshain transportiert werden mußte. Der Kaufmann Schmidtke trug eine Kopfwunde und der Schauspieler Franke eine starke Quetschung des linken Oberschenkels davon.

Wen die Schuld an dem bedauerlichen Unfall trifft, konnte noch nicht ermittelt werden.

Ein Elendsbild. In der Wienerstraße 53 stürzte sich gestern früh 2 Uhr der 53jährige Halbinvalide Bahr aus dem Fenster seiner im dritten Stock belegenen Wohnung hinaus. Er fiel dabei auf das Zinkdach eines einstöckigen Gebäudes, wo er erst vier Stunden später mit schweren Verletzungen aufgefunden wurde. Früher hatte er bessere Tage gehabt, periodisch auftretende starke Krampfanfälle brachten ihn aber zurück, so daß er nur schwer Arbeit fand. Zuletzt war er Pförtner in der Eisengießerei von Gebauer in Moabit. Aber auch diese Stellung mußte er vor vierzehn Tagen infolge seiner Anfälle aufgeben. Als gar vorgestern seine Frau infolge einer schweren Erkrankung nach der Charité geschafft werden mußte, mag er wohl in Verzweiflung geraten sein. Er stürzte sich aus dem Fenster, ohne daß ein Hausbewohner hiervon etwas merkte. Erst gegen 6 Uhr wurde man durch ein leises Wimmern aufmerksam und fand dann beim Nachsuchen den Lebensmüden. Er wurde von der herbeigerufenen Feuerwehr herabgeholt und nach dem Krankenhause Bethanien gebracht. Hier wurden innere Verletzungen sowie ein Beckenbruch konstatiert. Ob Bahr, der verheiratete Kinder besitzt, mit dem Leben davonkommen wird, erscheint fraglich.

Die Zahl der „Kientöppe“, wie der Volksmund die Kinematographentheater, die in allen Stadtgegenden wie Pilze aus der Erde schossen, getauft hat, beginnt endlich abzunehmen. Im Nordosten allein sind in den letzten Wochen fünf solcher Theater eingegangen. Teils hat sie schlechter Geschäftsgang infolge der allzu großen Konkurrenz veranlaßt, ihre Pforten zu schließen, teils sind sie von den Hauswirten vor die Tür gesetzt worden, da die übrigen Mieter sich über das Treiben, das sich in den Abendstunden am Eingange der Kientöppe entwickelte, beschwerten. Bezeichnend für die Abnahme des Zuspruches zu den Kinematographentheatern ist auch die namentlich in den Vororten erfolgte Einführung der sogenannten Kientoppprämien. Daß jede dritte „Dame“ an bestimmten Tagen beim Besuche des Kientopps eine Kaffeetasse erhält, könnte man schließlich hingehen lassen, weniger harmlos erscheinen die Prämien für die männliche Jugend, da sie durchweg aus sogenannten Schmökern, Indianer-, Räuber- und Detektivgeschichten bestehen. In mehreren Fällen ist die Verteilung von „Prämien“ verboten worden.

Auf frischer Tat ertappt wurden in der verflossenen Nacht zwei jugendliche Einbrecher, welche in die in der Leipzigerstraße 94 belegenen Geschäftsräume der Kakao-Kompagnie Theodor Reichardt eingedrungen waren. Die Diebe hatten die Ladentür mittels Nachschlüssels geöffnet, die Ladenkasse erbrochen und den Inhalt derselben, etwa 500 M., erbeutet. Als sich die beiden Burschen mit ihrem Raube entfernen wollten, wurden sie von einem Beamten der Wach- und Schließgesellschaft, der sie beobachtet hatte, gestellt und nach heftiger Gegenwehr festgenommen. Auf dem Polizeirevier stellte es sich heraus, daß die Verhafteten zwei gesuchte Einbrecher sind, die schon seit langer Zeit ihr Handwerk treiben.

Geldschrankknacker statteten in der Nacht zum Mittwoch dem Kolonialwarengeschäft en gros von Adler u. Waldbach in der Großen Hamburgerstraße 17 einen unerbetenen Besuch ab. Sie drangen vom zweiten Hofe aus über eine Anstelleiter hinweg durch Eindrücken eines Fensters in die im ersten Stock belegenen Bureauräume der Firma ein und machten sich an dem Geldschrank zu schaffen. Mittels eines Sauerstoffgebläses brannten sie die Schlösser des schweren Schrankes aus und durchstöberten dann den Inhalt der Fächer. Wertpapiere und sonstige Effekten ließen sie liegen. Nur auf bares Geld hatten sie es abgesehen. Erbeutet haben sie annähernd 3000 M. Bis jetzt ist noch keine Spur von den Spitzbuben gefunden.

Ein größerer Kellerbrand, bei dem mehrere Arbeiterinnen mit genauer Not das Freie erreichten, kam am Mittwochmittag in der Seydelstraße 5 zum Ausbruch und machte der Feuerwehr viel zu schaffen. In dem umfangreichen Keller des Vorderhauses befinden sich dort die Lager- und Expeditionsräume der Hutfabrik von Franz Schneider. Als nun gestern mittag mehrere Arbeiterinnen in dem Keller damit beschäftigt waren, Hüte einzupacken und zum Versandt fertig zu machen, erscholl plötzlich der Ruf: „Feuer!“ Alles flüchtete, doch entstand bald eine derartige Verqualmung, daß mehrere Arbeiterinnen durch dicken Qualm über die Treppen dringen mußten. Glücklicherweise hat aber keine von ihnen nachteilige Folgen für ihre Gesundheit davongetragen. Die Feuerwehr, die bald zur Stelle war, mußte mit Rauchhelmen vorgehen, um an den Brandherd zu gelangen. Nach einstündiger Löschtätigkeit war die Gefahr beseitigt. Der Keller ist zu einem großen Teil ausgebrannt. Ueber die Entstehungsursache des Feuers ist noch nichts ermittelt.

Auf dem Bahnsteig vom Tode überrascht wurde vorgestern ein unbekannter etwa 40 Jahre alter Mann. Er hatte auf dem Perron des Görlitzer Bahnhofes auf die Abfahrt des Vorortzuges gewartet und war plötzlich leblos zusammengebrochen. Beamte brachten ihn nach der Rettungswache, wo aber nur noch der Tod, der infolge eines Herzschlages eingetreten war, festgestellt werden konnte. Bei dem Unbekannten wurden Angelgeräte vorgefunden, und es ist daher anzunehmen, daß er im Begriffe gewesen war, nach einem der östlichen Seen zu fahren, um dort zu angeln.

Zwei Kindesleichen sind am gestrigen Tage aufgefunden worden. Vor der Bodentür des Hauses Chausseestraße 118 stieß ein Mieter auf ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Der tote Körper war in ein grobes weißes Handtuch mit den Zeichen A. V. 30 und in einen weiß gestickten wollenen Schal eingehüllt. — Eine zweite Kindesleiche wurde an der Nordbahn gefunden. Sie war in einen Pappkarton eingehüllt, der an der Bahnböschung niedergelegt worden war. Auch in diesem Falle handelt es sich um einen Knaben. Beide Leichen sind nach dem Schauhaus gebracht worden, um durch die Obduktion festzustellen, ob die Kinder getötet worden, oder ob sie eines natürlichen Todes gestorben sind.

Auf eigentümliche Weise ihres Geldes beraubt wurden am Sonntag im Freibad Wannsee die zwei Badegäste R. Müller und Ernst Schulz. Beide hatten sich eine Zelle gemietet, in welcher sie ihre Sachen untergebracht hatten. Nach Verlassen derselben wurde die Zelle vom Schließer geschlossen. Als die beiden Leute wieder zurückkehrten, gewahrten sie, daß ihnen Portemonnaie und Geld aus der Tasche verschwunden war. Bei Sch. handelte es sich um 20 M. und bei Müller um 3,50 M. Beide bitten uns das mitzuteilen, um weitere Kreise zur Vorsicht zu mahnen.

Einbrecher, die es auf Pferde abgesehen haben, treiben gegenwärtig ihr Handwerk. So drang in der gestrigen Nacht eine Bande in den auf dem Grundstück Alexandrinenstraße 45 belegenen Stall gewaltsam ein und stahl zwei wertvolle Pferde sowie zwei Geschirre. Die Täter hatten die Hufe der Tiere vorsichtshalber mit Stoff umwickelt, um jedes verdächtige Geräusch zu vermeiden. Die bestohlene Firma, der die Pferde, zwei Fuchswallache, gehörten, hat einen Schaden von etwa 3000 M. erlitten. — Dem Fuhrherrn Karl Dahlke wurde nachts aus dem Stalle in der Waldenserstraße 2—4 von Einbrechern ein Rappen im Werte von 1000 M. gestohlen. Die dreisten Diebe nahmen auch noch einen Plattenwagen mit.

Eine große Menschenansammlung hatte ein blutiger Exzeß zur Folge, der sich in der gestrigen Nacht am Nettelbeckplatz abspielte. Es handelte sich um vier randalierende junge Leute, die gewaltsam aus einer in der Nähe befindlichen Restauration entfernt werden mußten und die die Tochter des Gastwirts B. sowie dessen Hausdiener schwer verletzt hatten. Auch hatten sie die Schaufensterscheibe der Restauration zertrümmert. Durch diesen Vorgang hatten sich an tausend Zuschauer zusammengefunden.

Im Monat September findet im Kinderhaus, Blumenstraße 78, einmal wöchentlich unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege für unbemittelte Frauen und Mädchen statt. Meldungen hierzu vom Montag, den 26., bis Sonnabend, den 31. August, täglich von 2—4 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstraße 78, vorn links I.

Der Bund für Mutterschutz, der den ledigen Müttern in jeder Beziehung ratend und helfend zur Seite stehen will, bittet alle diejenigen, die geneigt sind, eine Mutter mit Kind gegen geringes Entgelt in ihrem Hause aufzunehmen, ihre Adressen und Bedingungen dem Bureau des Bundes, Wilmersdorf, Rosbergerstr. 8 anzugeben. Sprechstunden täglich von 9—1, außerdem Dienstag und Freitag abends von 7—9.

Im Sportpark Treptow finden am Sonntag 2 Dauerrennen mit Motorführung über 20 und 30 Kilometer statt. Ferner erhält das Programm noch einige starkbesetzte Fliegerrennen.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 7 Uhr kam auf dem Gesundbrunnen, Biesenthalerstraße 2, ein Feuer zum Ausbruch, das der Wehr viel Arbeit verursachte. Der Dachstuhl stand in Flammen. Diese hatten hauptsächlich an dem Hausrat der Mieter reiche Nahrung gefunden, so daß der 16. Zug längere Zeit kräftig Wasser geben mußte, um des Feuers Herr zu werden. Die Entstehung des Brandes wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt. Gleichzeitig wurde der 8. Zug nach der Wienerstraße 58 gerufen. Dort hatte ein Mann auf dem Dache Verletzungen erlitten. Die Feuerwehr holte ihn herunter und brachte ihn nach dem Krankenhause Bethanien, wo man einen Beinbruch feststellte. — Grober Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die den 7. Zug nach der Frankfurter Allee 121 rief. Der Täter ist unerkannt entkommen. — Auf dem Exerzierplatz an der Schwedterstraße brannte zum hundertsten Male eine alte Pappel, nach der dieser Platz den Namen „An der einsamen Pappel" führt. Die Feuerwehr löschte die Flammen. — Ein Küchenbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Voigtstraße 25, vor dem Hause Woldenbergerstraße 25 brannte Teer und in der Neuen Jakobstraße 10 mußten Kohlen im Keller abgelöscht werden. Wegen eines Schornsteinbrandes liefen drei Alarme aus der Langestraße 72 ein. Außerdem wurde die Feuerwehr noch wegen der Rettung von Pferden mehrere Male in Anspruch genommen.

Vorort-Nachrichten.

Wie der Landrat v. Stubenrauch Beschwerden beantwortet.

Der Kampf der Behörden gegen die Jugendorganisation im Kreise Teltow hat, wie unseren Lesern bereits bekannt sein dürfte, schon zu den merkwürdigsten Maßnahmen geführt. Wir haben seinerzeit die Auflösungen der öffentlichen Versammlungen der jugendlichen Arbeiter durch die überwachenden Beamten vom rechtlichen Standpunkte untersucht und der Meinung Ausdruck gegeben, daß Auflösungsgründe nicht gegeben waren. In dieser Auffassung wurden wir bestärkt, als wir die Antwort durchlasen, die der Landrat v. Stubenrauch auf die gegen die Versammlungsauflösung in Baumschulenweg eingelegte Beschwerde gegeben hat. Der Beschwerdeführer erhielt folgenden landrätlichen Bescheid:

„Der Beschwerde über die Auflösung der Versammlung in Baumschulenweg vom 8. Juli cr. vermag ich keine Folge zu geben.

Ich darf es mir versagen, auf die Berechtigung der polizeilichen Maßregel näher einzugehen, nachdem hierüber aus Anlaß ähnlicher Beschwerden bereits Erörterungen in der sozialdemokratischen Presse stattgefunden haben, aus denen Sie die Gründe für die Abweisung der Beschwerde erkennen können.

gez. v. Stubenrauch."

Aus dieser Antwort ist zweierlei herauszulesen. Entweder der Herr Landrat vermag Gründe über die Versammlungsauflösung nicht anzugeben und dann befindet er sich im Einverständnis mit uns, oder aber er versagt dem Beschwerdeführer eine sachliche Antwort, weil sich die sozialdemokratische Presse bereits eine Kritik der behördlichen Maßnahmen erlaubt hat.

Wie die Auffassung des Landrats über die Versammlungsauflösung aber auch immer sein mag, jedenfalls hat der Beschwerdeführer zu verlangen, daß der Landrat mitteilt, ob die Versammlungsauflösung zu recht erfolgt ist oder nicht. Er wird sich selbstverständlich mit der Antwort des Landrats nicht zufrieden geben.

Für die sozialdemokratische Presse ist die Antwort des Landrats eigentlich etwas schmeichelhaft, indem dieselbe zur Orientierung über berechtigte oder unberechtigte Maßnahmen der Behörden empfohlen wird. Insofern macht sich der Herr Landrat v. Stubenrauch zum Agitator der sozialdemokratischen Presse, ein Bestreben, wofür wir ihm eigentlich zu Dank verpflichtet wären.

Schöneberg.

Sehet die Wählerlisten ein!

Bei jeder Stadtverordnetenwahl hat es sich gezeigt, daß vielfach Wähler zurückgewiesen wurden, weil sie entweder gar nicht oder falsch eingetragen waren. Wer sich sein Wahlrecht sichern will, der überzeuge sich, ob sein Name richtig eingetragen ist. Die Listen liegen noch bis zum 30. August im Rathause am Kaiser Wilhelmplatz, Zimmer 2 des Quergebäudes aus, und zwar an den Wochentagen in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr und am Sonntag von vormittags 11 bis nachmittags 1 Uhr. Wer nicht in der Lage ist, selbst Einsicht zu nehmen, gebe seine Adresse in einem der an den roten Plakaten kenntlichen Geschäften ab.

Abgestürzt vom Baugerüst der Beamtenwohnhäuser in der Martin Lutherstraße am Wartburgplatz ist vorgestern wiederum einer der Maurer, die in großer Anzahl in dem seiner Vollendung nahen riesigen Häuserkomplex während und nach dem Streik Wohnung genommen hatten. Der 55 Jahre alte, aus Breslau während des Streiks zugewanderte Maurer Albert Meyer stürzte in dem Moment in die Tiefe, als er sich auf dem Gerüst von der ersten in die zweite Etage begeben wollte, und erlitt außer Rippenbrüchen anscheinend schwere innere Verletzungen, so daß er von seinen Arbeitskollegen in einer Droschke nach der Unfallstation und von dort nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht werden mußte.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren wurde gestern gegen Mittag vor der Wohnung seiner Eltern in der Bahnstraße der vierjährige Knabe Fritz Loch, als er, hinter einem mit Gras beladenen Molkereiwagen herlaufend, einzelne Halme herauszog und, plötzlich sich umwendend, direkt in den nachfolgenden Straßenbahnwagen hineinlief. Trotzdem der Fahrer sofort alles aufbot, den Wagen zum Stillstand zu bringen, wurde das Kind doch eine Strecke mit fortgeschleift, so daß es außer äußeren Wunden am Kopf und im Gesicht anscheinend schwere innere Verletzungen erlitt. Es wurde zunächst nach der Unfallstation in der Herbertstraße gebracht.

Groß-Lichterfelde.

Ein großer Dachstuhlbrand wütete vorgestern in der Lankwitzerstraße 11. Das Feuer war in der in der vierten Etage belegenen Wohnung ausgebrochen und griff bald nach dem Dachstuhl über. In den dort aufgeschichteten leicht entzündbaren Stoffen fand das Element reichliche Nahrung. Da starke Rauchwolken nach unten geschlagen wurden, so wurde das Treppenhaus vollständig verqualmt. Es war infolgedessen den Löschmannschaften nicht möglich, in das Haus einzudringen. Mit Hülfe der mechanischen Leiter mußte der Angriff gegen den Brand unternommen werden. Der Dachstuhl, der bei dem Eintreffen der Feuerwehr bereits in hellen Flammen gestanden hatte, wurde vollständig zerstört.

Wilmersdorf.

Lebendig verbrannt. Einen entsetzlichen Tod hat das dreijährige Söhnchen Rudolf des Straßenbahnführers Hunschmann, Pfalzburgerstraße 13, gefunden. Während die Mutter Einkäufe besorgte, war der Kleine unbeaufsichtigt in der Wohnung zurückgeblieben. Mit einem Stück Papier in der Hand näherte sich das Kind dem Küchenherd und machte sich an dem Feuer zu schaffen. Es dauerte nicht lange, so wurde das Papier vom Feuer ergriffen, und die aufschlagende Flamme setzte die Kleidung des Knaben in Brand. Im nächsten Augenblick brannte er lichterloh. Schreiend lief das unglückliche Kind in der Wohnung umher. Als die Mutter wieder zurückkehrte, fand sie ihr Kind schon nahezu verkohlt auf. Sie erstickte die Flammen und ließ sofort einen Arzt herbeiholen. Dieser vermochte den Knaben jedoch nicht mehr zu retten. Unter furchtbaren Qualen starb das bedauernswerte Geschöpf.

Ober-Schöneweide.

Das von der organisierten Arbeiterschaft am Sonntag veranstaltete Volksfest erfreute sich eines außerordentlichen Zuspruches. Saal und Garten des Restaurants „Wilhelminenhof" waren überfüllt, so daß es an Sitzgelegenheit mangelte. Die Arbeiter-Gesang-, Turn-, Radfahrer- und Athletenvereine leisteten ihr Bestes zur Verschönerung des Festes. Ohne ein Strafmandat wird es allerdings nicht abgehen, da einer der Zettelverteiler am Bahnhofe festgestellt wurde. Da es bei der Ueberfüllung nicht möglich war, eine veranstaltete Verlosung zu erledigen, sei auf die Gewinnliste hingewiesen, welche im Konsumverein und bei den Genossen Muth und Kaufholt ausliegt. — Ein gefundener Schirm, Tasche, Hausschlüssel sind bei Burgschat, Siemensstr. 8, abzuholen. Desgleichen wird der Finder einer verlorenen Damenuhr gebeten, dieselbe dort abzugeben.

Boxhagen-Rummelsburg.

Ueber einen Steuereinnehmer, dessen Pflichteifer sich mitunter bis zur Unhöflichkeit zu steigern scheint, wird aus der Neue Bahnhofstraße Klage geführt. Ein Mieter des Hauses Nr. 33 teilt uns hierüber folgendes mit: „Am 15. August gegen 11 Uhr vormittags klopfte es mit einmal heftig an meiner Wohnung. Meine Frau war gerade mit dem Kinde beschäftigt und im Begriff es niederzulegen um die Tür zu öffnen, als das Pochen von neuem einsetzte, diesmal aber mit einer Vehemenz, daß nicht die Knöchel der Finger, sondern die Stiefelabsätze den Wohnungsinhaber vor die Tür zitieren sollten. Es war kein Klopfen mehr, sondern ein Donnern. Rasch machte meine Frau die Tür auf, da plötzlich dröhnte es ihr in die Ohren: „Steuern! Wollen Sie gleich bezahlen!" „Nein," erwiderte meine Frau. „Na warum denn nicht, am 19. müssen Sie doch bezahlen." „Wenns irgend möglich wäre, ja, aber jetzt kann ich nicht," war die Antwort meiner Frau. „Na Sie bezahlen sie doch nicht, sondern Ihr Mann! Haben Sie einen Schlafburschen hier?" Nachdem meine Frau auch dies verneinte, entfernte sich der Beamte." So die Zuschrift, für deren Richtigkeit der Einsender sich zu verbürgen vermeint. Wenn das Auftreten des Beamten so war, wie geschildert, so wäre das allerdings ein starkes Stück und ein Grund seiner vorgesetzten Behörde, ihm einmal Instruktionen darüber zu erteilen, wie er sich bei dem Publikum zu betragen hat.

Vermischtes.

Zu dem Großfeuer in Darmsheim (Oberamt Böblingen) wird noch berichtet: Der durch das Feuer angerichtete Schaden wird auf eine Million Mark geschätzt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen, dagegen ist viel Vieh, Mobiliar und Bargeld im Feuer verbrannt. Die Versicherung des zerstörten Inventars ist mangelhaft, namentlich waren die großen Erntevorräte nicht versichert. Es sind über 60 Häuser abgebrannt, die Obdachlosen wurden von den übrigen Ortsbewohnern aufgenommen. Das Feuer ist gestern am frühen Morgen gelöscht worden.

Entgleist. Amtlich wird unter dem gestrigen Datum von Koblenz gemeldet: Gestern abend 9¾ Uhr entgleisten auf der hiesigen Station neun Wagen des Eilgüterzuges 6085. Personen sind nicht verletzt, der Betrieb ist ungestört.

Die eiserne Tonne. Auf dem Nordwestbahn-Bahnhof in Tetschen explodierte beim Anlegen von Zollplomben eine eiserne Tonne. Der mit dem Pomblieren beschäftigte Klempner wurde in Stücke gerissen. Mehrere andere Personen wurden schwer verletzt.

Ein Erdrutsch.

In der Steingrube von Hogoheid erfolgte, wie aus Lüttich berichtet wird, ein Erdrutsch, wobei fünf Arbeiter verschüttet wurden. Zwei wurden als Leichen geborgen, die übrigen drei haben schwere Verletzungen davongetragen.

An Konservenfleisch erkrankt. Wie aus Trient gemeldet wird, erkrankten im Fort Mont Bonteon mehrere Artilleristen nach Genuß von Konservenfleisch. Einer ist bereits gestorben.

Die Blatternerkrankungen in Wien sind in der Zunahme begriffen. Bisher sind 20 Erkrankte in den Infektionsbaracken aufgenommen worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstätte Belleallianceplatz, Durchgang auch Lindenstr. 101), wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

E. B. 10. Das hängt einzig und allein vom Statut der Hülfskasse ab. — **L. 35.** 1. Ja. 2. Wenn und soweit der Lohn mehr als 125 Mark monatlich beträgt, ja, sonst nicht. 3. Damit der Gläubiger glaubhaft erfährt, was er dem Schuldner pfänden kann. — **M. D. 581.** Bei Gütergemeinschaft haftet auch das eingebrachte Frauengut den Gläubigern des Mannes. Wenn die Ehe nach dem 1. Januar 1900 geschlossen ist, so ist das eingebrachte Frauengut auch ohne besondere Abrede der Gütertrennung für Gläubiger des Mannes unpfändbar. Ist die Ehe vor 1900 geschlossen, so kommt es darauf an, wo der erste eheliche Wohnsitz war. 2. Ja. — — **Marie 5.** In dem Ihrer Wohnung zunächst gelegenen Schulgebäude dürften Sie sofort Auskunft erhalten. — **Frau Rieber.** Wir verweisen Sie auf das Berliner Adreßbuch, II. Teil, Seite 215. Empfehlungen müssen wir ablehnen. — **K. T. 200.** Die Steuern sind nach Anruf, in der Regel in der zweiten Hälfte des laufenden Quartals zu zahlen. — **B. B. 1.** In Nr. 174, 1. Beilage, des „Vorwärts" ausführlich behandelt. — **B. 200.** Ueber den Erlaß der Steuer entscheidet die Steuerdeputation des Magistrats. — **R. G. 27.** 1. Bürger-Rettungsinstitut. 2. Friedrich Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame. 3. Biedersee-Stiftung. Alle drei im Berliner Rathause. — **G. B. 200.** Wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen an das Sekretariat der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15. — **W. W. 24.** Ihre Frau soll sich als freiwilliges Mitglied bei der Ortskrankenkasse in Lichtenberg melden. — **P. W. 37.** Tragen Sie Ihr Anliegen mit Begleitumständen dem Sekretariat der Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, vor. — **Otto Fiedler.** Fordern Sie Protokoll vom Internationalen Kongreß, Buchhandlung Vorwärts. — **S. M. 29.** Wenden Sie sich an das Forsteinrichtungsbureau, Königgrätzerstraße 123b. — **R. R. 100.** Nein. — **Kyrix.** Nein. Die Wirtin muß Sie mit den Sachen ziehen lassen. — **M. 100.** Die Frau hat die Möbel zu beanspruchen. — **Otto Bloch, Waidmannslust.** Sie müssen dem Wirt eine Frist zur Beseitigung der Feuchtigkeit stellen. Macht er den Keller nicht in der Frist trocken, so brauchen Sie nicht einzuziehen. — **S. 25.** Nein. Nur wenn es ein Betrüger war, können Sie Ihr Geld zurückverlangen. — **A. H. 100.** Fünf Jahre. — **F. G. 1.** Nein. — **R. S. 200.** 1. Nein. 2. Nein, wenn Sie bei dem Bäckermeister angestellt waren; dann können Sie nur auf Lohnzahlung klagen. Anderenfalls auch Strafanzeige wegen Diebstahls zulässig. — **A. H. 3.** Rechtsansprüche haben Sie nur, wenn Sie die Sachen an der Garderobe abgegeben hatten. — **S. H.** 1. Amtsgericht Mitte. 2. Klagen Sie auf Herausgabe der Bilder, eventuell drei Mark Schadenersatz; auf der Anmeldestube des Amtsgerichts Mitte, Neue Friedrichstraße. — **H. 23.** 1. Landgericht I Berlin. 2. Amtsgericht Mitte. 3. Nur einen beim Landgericht I zugelassenen Anwalt; die meisten Berliner Anwälte sind dies aber. 4. Wenn Sie obsiegen, muß die Frau die Kosten tragen. Etwa 50—100 Mark. Vorschuß hängt von Vereinbarung ab; manche Anwälte arbeiten ohne Vorschuß. — **G. M. 9.** Wenn Sie den Kauf ausdrücklich oder durch Verwendung der Sachen in Ihrem Haushalt genehmigt haben, müssen Sie die Zwangsvollstreckung in das Vermögen Ihrer Frau dulden. Persönlich haften Sie nicht. — **H. L. 11.** 1. Ja. 2. An beide. 3. Zu antworten brauchen Sie nicht, wenn Sie es auf eine Klage ankommen lassen wollen. 4. Nein, ist verjährt. — **F. Mischke, Reichenbergerstr. 33.** Der Arbeitgeber muß, abgesehen von der Strafe, die Beiträge zahlen. — **F. 31.** 1. Der Erzeuger ist auch nach der Umschreibung unterhaltspflichtig. 2. Der Anwalt muß das Urteil an die Vormünderin herausgeben. — **F. 926.** 1. Eltern bekommen ½, die Ehefrau auch ½; lebt nur der Vater oder die Mutter, so erbt der lebende Elternteil ¼, die Frau ½ und die Geschwister zusammen ¼. Lebt kein Elternteil, so erben die Geschwister ½ und die Frau ½. Natürlich geht ein Testament dem Gesetz vor. 2. Geburtsurkunde ist erforderlich, wenn Sie einen Erbschein haben wollen. 3. Das Amtsgericht des letzten Wohnsitzes des Verstorbenen. — **N. Z.** 1. Es kommt darauf an, wie lange die Krankheit dauerte. Bis zu zwei Wochen hat sie Anspruch auf Lohn. Die Rechtsprechung ist bei den verschiedenen Gerichten verschieden. 2. Ja. 3. Ja. **O. E. Rixdorf.** Sie können von der Miete nur soviel zurückbehalten, wie Ihnen durch Ausräumung des Kellers Schaden entstanden ist, beziehungsweise um wieviel die Wohnung sich an Wert gemindert hat (z. B. ¼ der Miete). Außerdem können Sie auf Wiederherstellung des Kellers klagen. — **H. B., Tauroggenstraße 40.** 1. Ja. 2. Nach 10 Uhr abends. — **K. Z.** Nein. — **P. P. 99.** 1. Nein. 2. Ja. Durch Erklärung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen. 3. Ebenso. — **A. A. 55.** Das Testament ist ungültig. Sie müssen es selbst von Anfang bis zu Ende schreiben und unterschreiben, darüber müssen Sie Ort und Tag der Niederschrift des Testaments schreiben. Dann muß Ihre Frau, wenn Sie ein wechselseitiges Testament machen wollen, selbst darunter schreiben: Vorstehendes Testament enthält auch meinen letzten Willen. Darunter Ort und Tag der Niederschrift und Name Ihrer Frau. Sicherer ist es, wenn Sie das Testament einem Notar zu Protokoll erklären. — **J. K.** 1. Am 10. August verjährt. 2. Bei bloßer Verspätung nein. — **B. B. 100.** Der Mieter. Der Wirt nur, wenn Sie ihm von dem Wasserlaufen Mitteilung gemacht haben, ohne, daß er dagegen eingeschritten ist. — **Carl Harnack. W. R. 99. G. F. 71:** Kommen Sie in die „Vorwärts"-Sprechstunde. — **P. 1.** Ja. — **Z. K. 18.** Es kommt auf den Vertrag an. Wenn das Eigentum bis zur Abzahlung vorbehalten ist, kann Ihnen, trotz eingetretener Verjährung, die Uhr abgenommen werden, falls Sie nicht zahlen. — **G. H. 27.** 1. Sie können den gesetzlichen Vater (Ihren früheren Ehemann) auf Unterhaltszahlung verklagen. 2. Mündlich beim Magistratskommissar für Arbeiterversicherung, Am Köllnischen Park 8. — **G. Bl. 75.** 1. Lassen Sie sich eine vollstreckbare Ausfertigung des Anerkenntnisurteils und des Vergleiches vom Gerichtsschreiber des betreffenden Gerichts geben, dann können Sie wegen der Erbteilszahlung sofort vollstrecken. Gewinnt der Kläger, so kann er sich allerdings an das Erbteil halten, wenn bis dahin nicht vollstreckt ist. 2. Unbekannt. Fragen Sie auf dem Polizeirevier. — **M. R. 100.** Wenn Sie vor der Scheidung Ehebruch begehen, werden Sie und der Ehebrecher bestraft, wenn Ihr Mann es beantragt. Ferner dürfen Sie den Ehebrecher später nicht ohne Erlaubnis des Justizministers heiraten.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—72 pr. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 59—60. Bullenfleisch Ia 65—70, IIa 53—62. Kühe, fett 52—60, do. mager 40—50, Fresser 56—64, Bullen, dän. 52—63, do. holl. 0,00. Kalbfleisch, Doppellender 100—120. Mastkälber Ia 75—85, IIa 66—74, Kälber ger. gen. 47—59, do. holl. 0,00, dän. 0,00. Hammelfleisch Mastlämmer 82—84, Hammel Ia 77—81, IIa 71—76, Schafe 68—70. Schweinefleisch 60—66. Rehbock Ia per Pfund 0,60—0,70, IIa 0,30—0,50. Rothirsch Ia 0,40—0,55, do. IIa 0,00. Damhirsch 0,00. Wildschweine 0,40—0,45. Kaninchen per Stück 0,30—0,70, do. australische 0,00. Wildenten per Stück 0,00. Krickenten per Stück 0,00. Rebhühner, junge große 1,05—1,40, do. kleine 0,60—1,00, alte 0,65—0,90. Hühner, alte, per Stück 1,40—2,25, IIa 1—1,40, do. junge 0,50—1,10. Tauben 0,30—0,57, italienische 0,00. Enten per Stück 1,25—2,15, do. Hamburger per Stück 2,00—3,00. Gänse per Pfund 0,55—0,66, do. per Stück 2,00—4,75, do. Hamburger per Pfd. 0,00, per Stück 0,00, do. Oderbrucher per Pfd. 0,55—0,63. Poulets per Stück 0,40—0,10. Poularden per Pfd. 0,00. Hechte per 100 Pfund 102—112, do. matt 89—99, do. mittel und groß 98, do. mittel 0,00, do. groß 0,00, do. klein 0,00. Zander, matt 105—120. Schleie, groß 119, do. groß, matt 97—105, do. 130—140, Aale, groß 98—102, do. klein und mittel 90—92, mittel 104—108, do. unsortiert 0,00, do. groß-mittel 100—107, do. 0,00. Plötzen, matt 0,00. Rotbarsch 0,00. Karpfen, 60er—70er 82—86, do. 80er—100er 89—91. Bleie, matt 0,00. Bunte Fische 41—50. Barse 0,00, do. matt, klein 61. Karauschen 94—101, do. klein 0,00. Weiß 68. Bleifische 0,00. Wland 0,00. Quappen 0,00. Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa 60. Seelachs 10—15. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, mittel per Kiste 2, Hamb. Stiege 4—6, balde Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 9, IIa 1—3. Bücklinge, Kieler per Wall 2—3, Stralf. 3,50—5,00, Bornh. 0,50—0,60. Aale, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5—9. Schottische Kiste 3—4,00, ½ Kiste 1,50—2. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90—95. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, med. 36—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 50—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Bäckle (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 11, do. kleine 5—6, do. Riesen- 14. Kroble per Schock, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 0,00, do. unsortiert 7,00. Galizier groß 0,00, do. unsortiert 0,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 3,60—3,80, do. große 4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 117—120, IIa 108—117, IIIa 100—108, abfallende 90—95. Saure Gurken, neue, Schock 4,00. Pfeffergurken 4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. weiße runde 2,75—3,25, blaue 3,25—3,75, Rosen- 2,00 bis 2,50, Nieren- 3,00—3,50. Porree, Schock 0,50—1,00. Meerrettich, Schock 5—15. Spinat per 100 Pfund 20—25. Sellerie, per Schock 2,00—6,00. Zwiebeln per 100 Pfd. 5,00—6,00, do. Perl- 60,00—75,00. Charlotten 75,00—90,00. Petersilie, grün, Schockbund 0,75—1,00. Kohlrabi Schock 0,75—1,25. Rettich, bayr., neuer Stück 0,07—0,10, do. hiesiger, Schock 3—4. Mohrrüben, per 100 Pfund 5,00 bis 6,00. Karotten, hiesige, Schockbund 2,00—3,00. Wirsingkohl per Schock 8,00 bis 14,00. Rotkohl, Schock 6—12. Weißkohl 4—10. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 8—14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 100 Stück 8—18. Kohlrüben, Schock 4,00—6,00. Petersilienwurzeln, Schockbund 3,00—4,00. Schoten per 100 Pfund 8—16. Pfefferlinge per 100 Pfd. 5—9. Steinpilze per 100 Pfund 18—20. Radieschen per Schockbund 0,75 bis 1,00. Salat per Schock 1,50—2,50. Gurken, Einmache-, Schock 14,00, do. böhmische Schock 0,00, do. Liegnitzer Schock 3,00—4,50. Bohnen, grüne, 100 Pfd. 4—10. Wachsbohnen, per 100 Pfd. 10—25. Stachelbeeren, per 100 Pfund 0,00. Blaubeeren, per 100 Pfd. 10—18. Johannisbeeren, per 100 Pfd. 10—15. Preißelbeeren per 100 Pfd. 14—20. Kirschen, per 100 Pfund Werdersche 0,00, Sächsische 0,00, Schlesische 0,00, Natten 0,00, saure 20—30. Birnen, ital., 100 Pfund 14—40. Tiroler 25—40, hiesige 5—16, Salander 20—25. Pfirsiche, hiesige per 100 Pfd. 10—30, ital. in Kistchen zu 12 Stück 0,90—1,50, do. in Körben Ia per 100 Pfd. 20—35, do. IIa in Körben per 100 Pfd. 17—28. Aprikosen, ital., per 100 Pfund 0,00, französ. 20—35. Aepfel, italienische, per 100 Pfund 8—15, ung. 12—18, hiesige 6—10, Gravensteiner Ia 20—35, do. IIa 15—20. Pflaumen, ital., per 100 Pfund 10—22, Reineclauden 20—30, hiesige 12—20, ung. 13—18, Badener, Früh- 20—35. Weintrauben, franz., per 100 Pfd. 25—35, italien. 20—33. Ananas I, per Pfund 1—1,20, do. II 0,00. Zitronen, Meßina, 300 Stück 10,00—20,00, do. 360 Stück 9,00—21,00, do. 200 Stück 6,00—12,00, do. 150 Stück 5,00 bis 8,00. Bananen, gelb, per 100 Pfd. 18,00—20,00, grün 0,00. Melonen, per 100 Pfd. ital. 12—20, franz. 30—50 holl. 20—30.

Witterungsübersicht vom 21. August 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	759	W SW	4	heiter	12	Haparanda	748	O	6	bedeckt	12
Hamburg	763	W SW	4	bedeckt	11	Petersburg	754	S SW	3	heiter	13
Berlin	762	NW	4	bedeckt	12	Scilly	773	SSW	2	heiter	14
Frankf. a. M.	767	W SW	3	wolkig	12	Aberdeen	764	W SW	1	wolkig	11
München	768	NW	7	wolkig	10	Paris	771	W SW	1	wolkenl.	10
Wien	764	W	4	bedeckt	15						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 22. August 1907.

Kühl bei lebhaften nordwestlichen Winden, veränderlich, zeitweise heiter; keine oder geringe Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20. 8. cm	seit 19. 8. cm [1])	Wasserstand	am 20. 8. cm	seit 19. 8. cm [1])
Memel, Tilsit	230	+12	Havel, Spandau	120	— 3
Pregel, Insterburg	133	+26	„ Rathenow [2])	145	— 2
Weichsel, Thorn	92	0	Spree, Spremberg	94	+ 2
Oder, Ratibor [2])	144	—24	„ Beeskow	205	— 1
„ Krossen	114	— 5	Weser, Münden	—57	—29
„ Frankfurt	131	+10	„ Minden	39	+37
Warthe, Schrimm			Rhein, Waldshut	—	—
„ Landsberg	42	0	„ Kaub	226	+17
Netze, Nordnamm	23	0	„ Köln	201	+14
Elbe, Leitmeritz	—1	+16	Neckar, Heilbronn	30	—10
„ Barby	89	+ 1	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	110	+ 1	Mosel, Trier	—	—
Saale, Grochlitz	74	— 6			

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.